

DGB Bildungswerk

# Länderprofil Indonesien

Demokratischer Aufbruch, gesellschaftlicher Wandel und Folgen der Globalisierung



DGB BILDUNGSWERK



# Einleitung

Die jüngste deutsche Berichterstattung zu Indonesien lässt sich im Groben unter zwei große „T“ zusammenfassen: Terror und Tsunami. Obwohl Deutschland und Indonesien auf lange, intensive Verbindungen zurückblicken können, macht das Inselreich kaum Schlagzeilen in den deutschen Medien, es sei denn, als Schauplatz von Katastrophen, seien sie nun natürlicher Art oder Menschen gemacht. So gerät die beeindruckende Geschichte und Gegenwart Indonesiens in den Hintergrund. Eines Landes, das, auf die europäische Landkarte übertragen, von Irland bis nach Zentralrussland reichen würde. Eines Landes, dessen natürliche Schönheit einem ebenso die Sprache verschlägt wie das Tempo und die Ignoranz, mit der dieser Reichtum ausgebeutet wird. Eines Landes, das mehr als 300 verschiedene Völker und Sprachen kennt, mit einer Kulturlandschaft, die in ihrem Facettenreichtum noch jeden Besucher in ihren Bann gezogen hat. Eines Landes, dessen heutige Form ein koloniales Konstrukt ist und das Generationen von Wissenschaftlern mit der Forschungsfrage versorgt, welcher „Kitt“ es eigentlich als nationale Einheit zusammenhält.

Indonesien befindet sich in einem rasanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch. Zehn Jahre ist es her, dass die Asienkrise den Unmut der Massen schürte und Diktator Suharto, der das Land 32 Jahre lang mit eiserner Faust regiert hatte, nach wochenlangen Demonstrationen schließlich abdankte. Herrscht nun in Indonesien die Demokratie? Profitieren die Menschen vom neuerlichen Wirtschaftsaufschwung? Haben sich Armut und soziale Ungleichheit verringert? Wie steht es um die viel beschworene „Einheit in Vielfalt“ in Indonesien? Wie groß ist die Gefahr der Radikalisierung des Islam im Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt? Und schließlich: Wie sehen Möglichkeiten und Strategien der internationalen Gewerkschaftskooperation und Entwicklungszusammenarbeit zur Gestaltung des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft aus?

Mit dieser Broschüre wollen wir die vielschichtigen Entwicklungen in Indonesien nachzeichnen. Den engagierten Autorinnen und Autoren – allesamt langjährige Kenner des Landes – sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Beginnend mit der kolonialen Vergangenheit, den ersten Jahren der Unabhängigkeit bis zur jüngsten Geschichte skizzieren sie die Lebenswelten und politischen Kämpfe im südostasiatischen Inselreich. Die Demokratiebewegung habe zwar Suharto gestürzt, aber keine langfristige Alternative geboten, ist beispielsweise Alexander Flor überzeugt. Vieles, was im Westen als Demokratisierung gefeiert werde, bleibe als Freiheit einer kleinen Elite vorbehalten. Auch in der nach dem Tiefschlag der Asienkrise wieder wachsenden Wirtschaft nehmen neben internationalen Akteuren die alten Eliten die Schlüsselrolle ein. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.

Investoren werden mit Sonderwirtschaftszonen angelockt, wo Steuererleichterungen geboten und Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden. Hier ist internationale Solidarität gefragt, wie Ingeborg Wick eindrucksvoll am Beispiel eines Schulungsprojektes für Gewerkschaften beschreibt. Das DGB Bildungswerk unterstützt die Stärkung gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten in den indonesischen Arbeitsbeziehungen durch ein mehrjähriges Projekt zur Verbesserung des Rechtsschutzes für Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitnehmer. Auch, was die Umwelt angeht, wird das Wirtschaftswachstum teuer erkaufte. Häufig zahlen indigene Bevölkerungsgruppen den Preis der Modernisierung. Rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen raubt ihnen ihren Lebensraum. Deutlich wird das am von Diaz Gwijangge geschilderten Beispiel des amerikanischen Minenbetreibers PT Freeport-McMoran in Westpapua. Auch im Riau-Archipel werden die dort beheimateten Seemaden immer stärker in ihrer materiellen und kulturellen Existenz bedroht, wie Lioba Lenhardt berichtet.

Das Potenzial für soziale Unruhen wächst angesichts der gravierenden Widersprüche. Indonesien gilt vielen Beobachtern als tickende Zeitbombe, was das Entladen von sozialen Spannungen angeht. Judith Melzer schildert, wie – auch wenn Indonesien noch immer zu Recht als Land mit hoher religiöser Toleranz gilt – sich derartige Spannungen auch in einer Radikalisierung des Islam bemerkbar machen.

Es soll jedoch in diesem Heft nicht nur um die Betonung der umfassenden Probleme des Landes gehen. Wir möchten vielmehr diejenigen würdigen, die sich für eine friedliche und gerechte Entwicklung in ihrem Land engagierten und engagieren.

Eindrucksvoll schildert Don K. Marut, wie die Mitglieder traditioneller Räte auf den Molukken für die Durchsetzung dörflicher Autonomie sorgen und damit Konflikten den Nährboden entziehen.

Das literarische Werk von Pramoedya Ananta Toer, das Rüdiger Siebert in seinem Beitrag würdigt, hilft, Indonesien in all seiner Widersprüchlichkeit ein wenig besser zu verstehen. Einst ein Kämpfer für die Unabhängigkeit, war seine Stimme den jeweils Mächtigen zu kritisch. Sowohl unter Sukarno als auch unter Suharto wurde der Autor inhaftiert, erst nach 1998 durften seine Bücher in Indonesien wieder verlegt werden. Gerade die Schicksale der „kleinen Leute“, der Protagonisten in Pramoedyas Werken, zeigen, wie der Schatten der Vergangenheit in Indonesien noch immer das Handeln in der Gegenwart prägt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und erkenntnisreiche Lektüre!

Anett Keller, freie Journalistin und Indonesienexpertin

Andreas Merx, Projektleiter im Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks

Dezember 2007



# Inhaltsverzeichnis

## Politik | Gesellschaft

## Kultur

<b>Einleitung</b> .....	2	<b>Karl Mertes</b>		<b>Rüdiger Siebert</b>	
<b>Ausblick</b> .....	88	Politische Konflikte .....	6	Pramoedya Ananta Toer. Indonesiens Beitrag zur Weltliteratur .....	48
<b>Impressum</b> .....	92	<b>Judith Melzer</b>		<b>Anonym</b>	
<b>Nachruf</b> .....	86	Islam in Indonesien .....	20	Spruchgedicht aus der Sammlung des Radja Ali Hadji (1847) .....	52
		<b>Alex Flor</b>		<b>Volker Gottowik</b>	
		Einheit ohne Gemeinsamkeiten .....	30	Traditionelle Medien: Maskenaufzug, Volkstheater, Schattenspiel .....	54
		<b>Don K. Marut</b>			
		Lokale Autonomie: Gemeindeinitiativen für nachhaltigen Frieden .....	40		





## Globalisierung | Gewerkschaftsarbeit

<b>Lioba Lenhart</b> Seenomaden im Riau-Archipel .....	58
<b>Diaz Gwijangge</b> Im Kampf gegen die amerikanische Mine PT Freeport-McMoran .....	62
<b>Fauzi Abdullah   Sari Aneta   Iskandar Zulkarnaen</b> Die indonesischen Gewerkschaften .....	64
<b>Eni Lestari Andayani</b> Indonesische Hausangestellte in Hongkong .....	68

## Deutsch-indonesische Beziehungen

<b>Anett Keller</b> Deutsch-indonesische Entwicklungszusammenarbeit .....	70
<b>Alex Flor</b> Made in Germany. Deutsch- indonesische Waffengeschäfte .....	76
<b>Ingeborg Wick</b> Wie hilfreich sind Verhaltenskodizes? .....	78
<b>Manfred Oepen</b> Die Medienstrategie eines Armutsbekämpfungsprogramms für Müllsammler .....	82

## Weitere Informationen

<b>Alex Flor</b> Selbstporträt Watch Indonesia .....	89
<b>Asienhaus Essen</b> Literaturempfehlungen .....	90
<b>Anett Keller</b> Links zu Indonesien .....	91





Unabhängigkeitskampf in den 1940er Jahren,  
Denkmal in Yogyakarta, Zentraljava © Rüdiger Siebert



| Karl Mertes

# Politische Konflikte in Indonesien

# Unabhängigkeit und Revolution

„Sekali merdeka – tetap merdeka!“ – so lautete einer der Schlachtrufe der indonesischen Unabhängigkeitsbewegung: „Einmal in Freiheit – immer in Freiheit!“ Politische Konflikte in der Republik Indonesien hat es naturgemäß seit 1945 gegeben, nachdem die beiden Politiker Achmad Sukarno und Mohammad Hatta am 17. August die Unabhängigkeit von der niederländischen bzw. japanischen Kolonialmacht in Jakarta ausgerufen hatten.

Zuvor war der weltgrößte Archipel seit 1942 von Japan besetzt. Nach dem Atombombenabwurf der USA in Hiroshima und Nagasaki hatte das japanische Kaiserreich seine Niederlage im Zweiten Weltkrieg eingestanden und kapituliert und somit die Neugründung der Republik Indonesien im August 1945 möglich gemacht. Dieser japanischen Kolonialzeit waren europäische Interventionen vorangegangen: Portugiesen, Spanier, Engländer und insbesondere Holländer hatten seit dem 16. Jahrhundert in wechselnden Rollen zunächst Kaufleute, dann Soldaten und Missionare in das Inselreich am Äquator geschickt. Anfangs ging es um Gewürze, danach um Bodenschätze und Handelsinteressen sowie den Machtanspruch in dem imperialistischen Streben der Europäer, sich die Erde untertan machen zu wollen.



Das Siegel der Amsterdamer Kammer der Niederländischen Ostindien-Kompanie (VOC), Quelle: Wikipedia

Nach und nach hatte die Vereinigte Ostindien Compagnie (VOC) die anderen europäischen Konkurrenten verdrängt und schließlich wurde im Namen der niederländischen Krone Insulinde bzw. Niederländisch-Ost-Indien als Bestandteil des holländischen Mutterlandes angesehen. Die fortwährenden Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft auf den 17.000 Inseln im Verlauf von gut dreihundert Jahren und der ab Beginn des 20. Jahrhunderts wachsende Widerstand gegen die weiße Kolonialmacht sind aber eine andere Geschichte, auf die wegen der Fokussierung auf

die Entwicklungen Indonesiens seit der Unabhängigkeit an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann.

Am 16. August 1945 formulierten unter anderem Hatta, Sukarno und Sutan Sjahrir den Text, mit dem dann am 17. August, einem Freitag, die Souveränität reklamiert wurde: „Wir, das indonesische Volk, erklären hiermit die Unabhängigkeit Indonesiens. Die Fragen der Machtübertragung werden in ordentlicher Weise und so schnell wie möglich geregelt.“ Die Japaner hatten diese Initiative noch unterstützt; zugleich hatte aber auch eine gewachsene Untergrundbewegung auf die Loslösung aus den kolonialen Zwängen gedrängt.

Die Frage der regulären Übernahme der staatlichen Gewalt wurde jedoch letztlich erst vier Jahre später gelöst: In der Haager Round-Table-Konferenz gestand die Niederländische Krone der vormaligen Kolonie formell die endgültige Souveränität zu. Heute aberwitzig erscheinende Maßnahmen hatten die Indonesier zwischen 1945 und 1949 hindern sollen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Nach der Unabhängigkeitserklärung waren die Machtverhältnisse höchst unklar: Japanische Streitkräfte lieferten sich mit Widerstandsgruppen noch Rückzugsgefechte, englische Truppen waren einmarschiert, um für Holland die geplante Fortführung der Kolonialpolitik sicherzustellen und schließlich landeten auch wieder Truppen der Niederlande in Indonesien, die in so genannten Polizeiaktionen die als innenpolitischer Widerstand eingestuftes Unabhängigkeitskämpfe zu unterdrücken versuchten. Ein holländischer Gouverneur wurde eingesetzt. Verhandlungsbereite Indonesier auf der einen Seite und Guerillakämpfer auf der anderen Seite wollten die seit Jahrzehnten gewachsenen Forderungen nach Abschüttelung der Fremdherrschaft mit unterschiedlichen Mitteln durchsetzen. Diese Zeit der oft

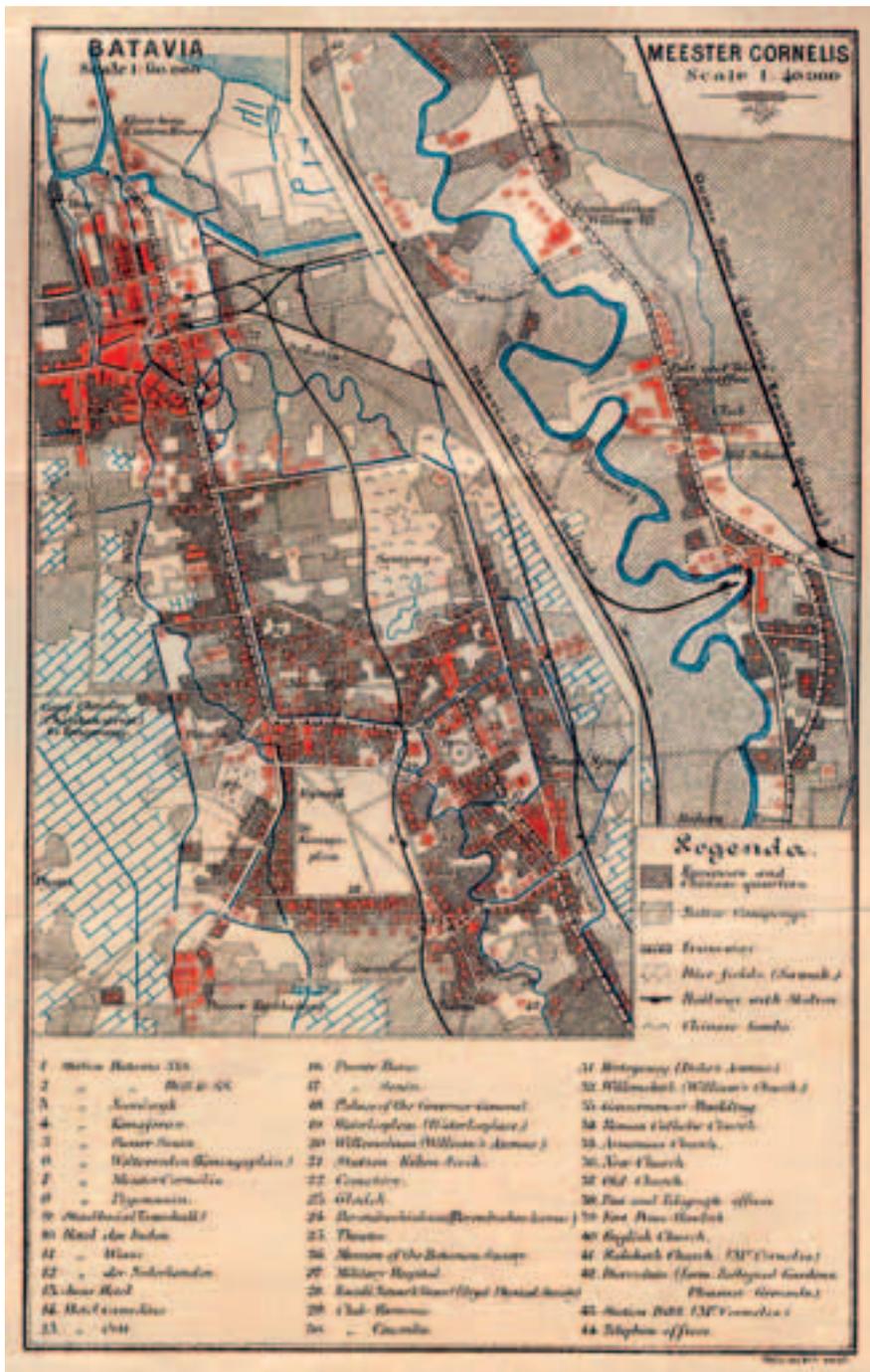


Postkarte von 1902 © iStockphoto

gewaltsamen Loslösung von den europäischen Machtansprüchen ist in der indonesischen Geschichte als Revolution festgeschrieben, ein kampfbereites Volk wollte lieber tot als nochmals Sklave sein. Die Holländer verfolgten eine „Teile-und-Herrsche“-Strategie, indem sie teilstaatliche Regelungen forderten, zwischenzeitlich Sukarno und Hatta – die Symbolfiguren der Unabhängigkeit – verhafteten und damit im Gegensatz zur gerade neu etablierten UNO standen, die die Republik Indonesien bereits anerkannt hatte.

Neben diesen Auseinandersetzungen mit den Holländern gab es aber auch unterschiedliche Vorstellungen und Interessen auf Seiten der Indonesier selbst. Muslime forderten einen islamischen Staat, Kommunisten drängten auf eine soziale Revolution, Separatisten sprachen sich gegen eine Zentralgewalt aus und schließlich hatten sich Söldner von den Molukken und Ambon auch noch den niederländischen Machthabern angeschlossen und gegen Landsleute gekämpft. (Den Haag hatte eine eigenständige Republik Süd-Molukken in

Aussicht gestellt; die kam allerdings nicht zu Stande, was viele Molukker zum Exil in die Niederlande zwang, wo deren Integration bis heute noch als höchst konfliktreich erlebt wird.) Der christliche Teil der Bevölkerung der Molukken proklamierte 1950 die Republik Maluku Selatan (RSM). Der Sezessionsversuch wurde von der indonesischen Armee jedoch mit Waffengewalt unterdrückt. Indonesische Truppen besetzten im November die Hauptstadt Ambon und eroberten bis 1955 das gesamte Gebiet.



Mit solchen Schiffen kamen die Kolonialherren und machten sich Indonesien untertan © Rüdiger Siebert

Der Verzicht auf koloniale Machtansprüche der Niederlande wurde jedoch erst auf internationalen Druck hin durchgesetzt. Ab dem 30. Dezember 1949 übertrugen die Niederlande – im Rahmen einer bis Mitte der fünfziger Jahre existierenden Niederländisch-Indonesischen Union – die Hoheitsrechte an die Vereinigten Staaten von Indonesien. Mit einer Ausnahme allerdings: West-Neuguinea / Westpapua wurde weiterhin als Kolonie gehalten, dann unter UN-Verwaltung gestellt und schließlich eine neue Provinz von Indonesien, nachdem indonesische Truppen einmarschiert waren. Das damals noch zu Portugal zählende Ost-Timor war nicht Gegenstand der Entkolonialisierungspolitik – bis schließlich in Folge der portugiesischen Nelkenrevolution die Europäer auch dort 1975 den Rückzug antraten und die Indonesier völkerrechtswidrig den Inselteil besetzten.

2002 wurde nach einem Referendum, bei dem sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Loslösung von Indonesien ausgesprochen hatte, die unabhängige Republik Timor Leste ausgerufen. Die Auswirkungen der willkürlichen imperialistischen Fremdherrschaft reichen also bis ins 21. Jahrhundert.

Karte von Batavia (Jakarta) 1897, Quelle: Wikipedia

# Einheit in der Vielfalt



Auf Großpostern wird das eine Indonesien beschworen: Satu Indonesia © Rüdiger Siebert

Nachdem seit Anfang 1950 die Republik als unabhängiger Staat Anerkennung gefunden, die Solidarität gegenüber kolonialen Interessen sich also ausgezahlt hatte, war die außenpolitische Position gefestigt. Innenpolitisch brachen nun jedoch andere Konflikte aus. Der anfangs als Vereinigte Staaten von Indonesien (Republik Indonesia Serikat – RIS) etablierte Staat suchte noch seine Selbstbestimmung. Extrem unterschiedlich waren die kulturellen, sozialen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Interessen. Übertragen wir die geographischen Ausdehnungen des riesigen Inselreiches auf die Karte Europas, so reicht Indonesien weiter als von Irland bis ans Kaspische Meer. Entsprechend dieser Weite leben hier eben unterschiedlichste Völker in sehr verschiedenen Lebensräumen und unter

höchst ungleichen Lebensbedingungen. Eine funktionierende Infrastruktur, eine praktische Organisation aufzubauen, waren außergewöhnliche Herausforderungen.

Das Fundament für eine politische Einheit war 1945 durch eine Philosophie etabliert worden, die als das Fünf-Säulen-Prinzip, als „Pancasila“, Sukarno zugeschrieben wurde. Er hatte zusammengefasst, was als Grundpfeiler die Ideologie der Republik definierte: Glaube an einen Gott – Nationalismus – Humanität – Demokratie – soziale Gerechtigkeit. Als ein weiteres Bindeglied galt der Vorsatz „Bhinneka tunggal ika“ (Einheit in der Vielfalt). Der Vielvölkerstaat gründete sich auf dem Kompromiss, der auch Basis der Verfassung von 1945 war. Sukarno, der populäre Charisma-

tiker aus Java, als Ingenieur in Bandung ausgebildet, war von der „Vorbereitenden Kommission für Unabhängigkeit“ zum Präsidenten, Hatta, der Intellektuelle aus Sumatra mit Rechtsstudium in Europa, zum Vizepräsidenten gewählt worden.

Die Revolution hatte sich also ausgezahlt. Und nun galt es, die Aufbauarbeit in Angriff zu nehmen. Die ordnungspolitischen Prozesse, die den Staatsapparat und die Organisation des politischen Alltags regeln sollten, boten genügend Spielraum, um widersprüchliche Absichten zu verfolgen: Pragmatische Gruppierungen sorgten sich um den wirtschaftlichen Fortgang, wollten die Defizite aus der Kolonialzeit auch im Bildungs- und Gesundheitswesen abbauen und ein soziales Gemeinwesen fördern. Im Gegensatz dazu standen die Kräfte, die die Ziele der Revolution nach wie vor nicht verwirklicht sahen. Die Niederlande hatten Westpapua noch besetzt, Plantagen und Industrien lagen weiterhin in Händen von Holländern, die USA drängten auf einen antikommunistischen Sicherheitspakt, die nationale Autonomie schien noch nicht gefestigt. Zudem gab es anhaltende Meinungsverschiedenheiten darum, ob Indonesien nun ein säkularer Staat oder eine islamische Republik sein sollte; gestützt vor allem durch eine starke Bewegung, die als Darul-Islam jahrelang gewaltsam ihren Forderungen Nachdruck verlieh. 1948 kam es in Madiun auf Java zu einem folgenschweren Kampf zwischen regierungstreuen Soldaten und kommunistischen Truppenteilen, der mit einer Niederlage der Kommunisten endete und der im Aufbau befindlichen PKI (Partai Komunis Indonesia) einen Rückschlag versetzte. Die Vereinigten Staaten von Indonesien (Republik Indonesia Serikat – RIS) wurden am 17. August 1950 aufgelöst und der indonesische Einheitsstaat proklamiert. Bis heute überlebt die RIS allerdings bei Philatelisten, weil die Briefmarken aus diesen Jahren als besondere Rarität gelten.

## Bandung-Konferenz / Blockfreien-Bewegung

Die politischen Unruhen und Unsicherheiten an der Heimatfront wurden 1955 von einem internationalen Ereignis zeitweise in den Schatten gestellt. Der Präsident der Republik Indonesien, Sukarno, hatte Vertreter aus ehemaligen Kolonien zur „Asia-Afrika-Konferenz“ geladen. Ein ungewöhnliches Ereignis, eine erst- und einmalige Initiative zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem der so genannte Kalte Krieg in Korea in eine heiße Phase getreten war.

In der in den Bergen liegenden Stadt Bandung, 80 km von Jakarta entfernt, trafen unter anderem zusammen: Nasser, Nehru, Tschu En Lai, Tito, U Thant und eben Sukarno, der charismatische Proklamator der großen indonesischen Republik. Er war nun der Gastgeber, dem jetzt

auch weltweit Beachtung geschenkt wurde. Die Versammlung mit Repräsentanten aus 23 afrikanischen und sechs asiatischen Ländern tagte im April 1955. Auf dem Programm standen Themen wie Entkolonialisierung und Antirassismus. Das Treffen ging in die Geschichte als die „Bandung-Konferenz“ ein und gilt als Vorläufer der Blockfreien-Bewegung, die sich 1961 in Belgrad etablierte. Zwischen Ost und West hatte sich unüberhörbar der Süden zu Wort gemeldet. Mehr als die Hälfte der damaligen Weltbevölkerung war seinerzeit dort vertreten. Das Stichwort in dem scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den USA und der Sowjetunion mit ihren jeweiligen Anhängern war nunmehr die Suche nach einer „friedlichen Koexistenz.“ Dieser Ausflug auf

die Weltbühne stärkte fraglos die Position von Sukarno, wenn auch die friedliche Koexistenz im Lande selbst noch nicht erreicht war. In der Abgrenzung zur ehemaligen Kolonialmacht der Niederlande hatte er Ende 1957 die Holländer des Landes verwiesen. Dieser demonstrative Schritt mag das nationale Selbstbewusstsein gestärkt haben, geschadet hat er jedoch auch, weil nicht nur – trotz der Enteignung und Verstaatlichung – Kapital entzogen wurde, sondern auch Fachkräfte und Fachwissen abhanden kamen, was sich nur mühsam und schrittweise wieder ersetzen ließ. Im Gesundheitswesen war dies beispielsweise die Stunde vieler österreichischer und deutscher Ärzte und Krankenschwestern, die nach Indonesien vermittelt wurden.

Die Nationalfahne in Rot und Weiß weht über Jakarta © Rüdiger Siebert



Sonderbriefmarke anlässlich der Bandunger Konferenz  
© Rüdiger Siebert

---

# Gelenkte Demokratie / Konfrontasi

---

Der Gründerpräsident Sukarno als Poster am Straßenrand © Rüdiger Siebert

Es gab in den 50er Jahren eine unübersichtliche Zahl an Parteien, noch kein gewähltes Parlament, wiederholte Kabinettsbildungen und keine eingespielte Administration – bis dann im September 1955 die ersten Wahlen zu einer Volksvertretung durchgeführt wurden, zehn Jahre nach der Unabhängigkeit, fünf Jahre nach der Souveränität. Das Ergebnis brachte jedoch keine Klarheit zwischen den politischen Lagern. Sukarnos Nationalpartei, mehrere islamische und die kommunistische Partei gingen als die stärksten Kräfte aus dem Wahlgang hervor. Deren Koalitionsfähigkeit war aufgrund höchst unterschiedlicher ideologischer Prinzipien jedoch eingeschränkt.

Die zweite Hälfte der 50er Jahre war wesentlich von Konflikten um die Rolle der Militärs bestimmt. Deren Funktion in der Phase der Revolution war unstrittig, hatte jedoch zum Teil zu einer regionalen Eigenständigkeit geführt, wobei militärische Machthaber sich in den Provinzen festsetzten und der Zentralregierung widersprachen. 1957 stand das Land zeitweise unter Ausnahmezustand. Erst eine Heeresreform führte zum Ende der Aufstandsbewegungen und zu einer Stärkung von Sukarno. Das anhaltende Ringen um den Fortschritt im Lande und die Erwartung einer wachsen-

den Stabilität veranlassten den Präsidenten zu einer Aushebelung der geltenden Verfassung. Er setzte sich an die Spitze so genannter revolutionärer Kräfte und etablierte 1959 eine „Gelenkte Demokratie“, mit ihm als Staatshaupt und Oberstem Befehlshaber. Das Parlament wurde seiner Macht enthoben, die der Präsident auf einen alle fünf Jahre tagenden Volkskongress übertrug.

Ideologisch suchte Sukarno die Widersacher zu verbinden, indem er unter dem Schlagwort „Nasakom“ (Nationalismus – Religion – Kommunismus) eine Politik nach dem Motto „Ich-kenne-keine-Parteien“ zu betreiben versuchte. Dies gelang aber nur unzureichend, weil die Zielvorstellungen aller Beteiligten zu unterschiedlich waren. Korruption, Misswirtschaft, aufwändige Auslandsreisen, Auslandsschulden, enorme Kosten für den Militärapparat, notdürftige Infrastruktur und anhaltende gewaltsame Unruhen führten das Land in ein Desaster. Sukarno versuchte diese Entwicklung mit Pathos und Visionen zu überspielen. Stand er doch für einen jahrzehntelangen Kampf gegen den Imperialismus und für den Willen, ein großes zusammenhängendes Indonesien mit bedeutender Rolle in der Weltpolitik schaffen zu wollen.

Aktionen mit außenpolitischem Signal und dem Unterton, einem Neoimperialismus die Stirn zu bieten, führten zur militärischen Besetzung von Westpapua, das nach 1963 vollständig unter indonesische Kontrolle geriet (vgl. die Beiträge von Alex Flor und Diaz Gwijangge in diesem Heft).

Im gleichen Jahr veranlasste die Gründung Malaysias und die Eingliederung von Sabah und Sarawak (auf der Insel Borneo) in die Malayische Föderation (mit Singapur) Sukarno zur so genannten Konfrontationspolitik (Konfrontasi). Bis 1966 kam es immer wieder zu Kämpfen auf Borneo. Malaysia wurde dabei von Großbritannien und Australien mit Truppen unterstützt. Für Sukarno war diese Entwicklung im neuen Nachbarstaat Anlass, aus der UNO auszutreten.

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit hatten die innenpolitischen Probleme zugenommen. Inflation, wirtschaftliche Not breiter Bevölkerungskreise, Unruhen in der Auseinandersetzung mit Ausländern, Gewalt auf den Straßen und außenpolitische Isolierung schwächten die Position des „Vaters der Unabhängigkeit“.









Das zu Suhartos Zeiten allmächtige und allgegenwärtige Militär © Rüdiger Siebert

## Machtwechsel: Von der Alten zur Neuen Ordnung

Am 30. September 1965 ging der Deckel auf dem Topf hoch: Die zunehmende Willkürherrschaft von Sukarno provozierte einen – angeblich kommunistischen – Umsturzversuch. Dieser scheiterte an einem Gegenputsch der Armee, in dessen blutigen Folgemonaten bis zu einer Million Menschen getötet wurden. Der neue starke Mann war ein Heeresgeneral, Suharto, wesentlich von den USA gestützt, denen die zunehmend anti-westliche Politik Indonesiens nicht mehr in die geopolitische Konzeption passte. Mit beispielloser Härte und Rücksichtslosigkeit gingen die neuen Machthaber zu Werke, als sie gnadenlos alle Kommunisten – und Menschen, die als solche bezichtigt wurden – verfolgten, ermordeten oder jahrzehntelang rechtlos inhaftierten. Grausame Jahre der Denunziation folgten, die

bis heute ein historisches Trauma darstellen, dessen Aufarbeitung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Nach außen erfolgte ein Machtwechsel auf Raten. Am 1. Januar 1966 gab es eine Währungsreform; am 11. März 1966 erzwang General Suharto von Sukarno die Vollmacht zur Regierungsbildung. Ein Jahr später wurde Suharto „geschäftsführender Staatspräsident“; Sukarno blieb jedoch nominelles Staatsoberhaupt. 1968 übernahm schließlich Suharto auch formal das Amt des Staatspräsidenten. Sukarno starb unter Hausarrest im Juni 1970.

Nach innen wurde das Machtgefüge konsequent neu geordnet. In Abgrenzung zu dem System der Alten Ordnung unter Sukarno wur-

de nunmehr die so genannte Neue Ordnung ausgerufen: Wirtschaftliche Reformen, Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen, Familienplanung, Ausbau der Verkehrswege, Reorganisation des Militärs und eine beispiellose Indoktrinierung mit planmäßigen Schulungen zur Neuinterpretation der Pancasila-Ideologie wurden systematisch in Angriff genommen.

Kontrolliert wurde dieser Prozess vom allgegenwärtigen Militär, dem – sehr wohl in Erinnerung an die Unabhängigkeitskämpfe – eine Doppelrolle zugestanden wurde, nämlich sowohl für die äußere als auch für die innere Sicherheit zuständig zu sein. Verletzungen der Menschenrechte, Missachtung der Justiz und eine nun erst recht gelenkte Demokratie



General Haji Mohamed Suharto, Quelle: Wikipedia

kennzeichnen die mehr als dreißig Jahre andauernde Herrschaft des Suharto-Clans. Davon zu sprechen, kennzeichnet ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß an Korruption und Günstlingswirtschaft. Eine gigantisch wachsende Auslandsverschuldung, galoppierende Inflation und eben die willkürliche Machtausübung ohne tatsächliche demokratische Kontrolle führten letztlich Ende der 90er Jahre zum Zusammenbruch des Systems.

Dennoch entwickelte sich Indonesien zu einem bevorzugten Staat für westliche Zuwendungen und Unterstützung, Entwicklungshilfe genannt. Im historischen Zusammenhang ist dabei zu beachten, dass in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts die USA die „Dominotheorie“ definiert hatten: Mit dem kommunistischen Sieg in Vietnam und den angrenzenden Staaten fürchtete der Westen das dominosteinartige Umfallen weiterer Länder in Südostasien. Der Kalte Krieg lieferte das Szenario für den vorbehaltlosen

Beistand zum Suharto-Regime. Geadelt wurde diese Position noch durch die Gründung der ASEAN, der Vereinigung südostasiatischer Staaten, in der Indonesien eine Führungsrolle spielte.

Der innenpolitische Preis war eine erzwungene Neuorganisation der Parteien, ein routinierter Wahlzirkus mit dem stets vorhersehbaren Sieg der Staatspartei Golkar und der zwingend folgenden Wahl von Suharto – dem „Vater der Entwicklung“ – zum Staatspräsidenten. Die Gewerkschaften wurden zwangsvereinigt und weder eine parlamentarische noch eine außerparlamentarische Opposition geduldet. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit waren eingeschränkt.

Das Bevölkerungswachstum wurde mit einer zielstrebigem Familienpolitik kontrolliert („Zwei Kinder sind genug“) und mit einer gewaltigen Umsiedlungskampagne von den dicht besiedelten Inseln Java, Madura und Bali auf die

weniger bevölkerten Inseln Borneo, Sumatra, Sulawesi und Westpapua. „Transmigrasi“ hieß dieser Versuch, durch Neuansiedlungen im großen Maßstab Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik betreiben zu wollen. Dahinter stand fraglos auch ein sicherheitspolitisches Interesse. Vergleichbare Bemühungen hatte es bereits seit der niederländischen Kolonialzeit gegeben, nun wurden jedoch planmäßig Millionen von Menschen umgesiedelt. Diese Politik brachte jedoch vor Ort auch ethnische Streitigkeiten mit sich und war in vielen Fällen so unsystematisch angelegt, dass die Neusiedler die versprochene Unterstützung tatsächlich nicht erhielten. Sie waren fachlich ungenügend qualifiziert, um neue Arbeits- und Lebensbedingungen schaffen zu können.

In den siebziger und achtziger Jahren gelang es zumindest zeitweise, Indonesien zu befrieden. Eine relative wirtschaftliche Stabilität, wachsender Wohlstand und eine scheinbar beruhigte innenpolitische Situation bemäntelten allerdings lediglich die restriktive Politik, die dahinter stand. Anhaltende soziale Spannungen entluden sich 1973 in ethnischen Konflikten, die sich gegen die chinesische Minderheit richteten. In den Folgejahren kam es immer wieder zu regionalen sozialen Unruhen. Durch die Schranken setzende Pressepolitik unterdrückte das Suharto-Regime allerdings eine öffentliche Auseinandersetzung um den gesellschaftlichen Veränderungsprozess. „Die Presse ist frei – aber verantwortlich“ lautete das Motto, nach dem Zensur ausgeübt wurde. Versammlungsfreiheit war ebenfalls nicht gewährleistet und aufkeimende Opposition stand immer schnell im Rufe „kommunistisch“ zu sein. Im Rückgriff auf die – bis heute nicht restlos geklärten – Ereignisse der Jahre 1965/66 wurden diese immer wieder instrumentalisiert, um innenpolitischen Druck auszuüben.

# Reformasi

1997 liefen die ökonomischen Strukturen in Asien aus dem Ruder. Die „Asienkrise“ führte zum Zusammenbruch einer Reihe nationaler Wirtschaften. Unkontrollierte Investitionen, maßlose Kredite sowie schwache Finanzmärkte hatten zu diesem wirtschaftlichen Crash geführt – und in der Folge vor allem in Indonesien auch zu einschneidenden politischen Konsequenzen. Als die Blase des vermeintlich abgesicherten Wachstums platzte und die innenpolitischen Forderungen nach Stärkung der Zivilgesellschaft, nach Kontrolle der Machtausübung und Mitsprache im demokratischen Selbstverständnis wuchs, waren auch die Tage des mittlerweile gealterten Suharto gezählt. Er war gezwungen zurückzutreten. Das Amt des Staatspräsidenten fiel 1998 seinem Vize Bacharuddin Jusuf Habibie zu.

Dieser Machtwechsel nach mehr als dreißig Jahren autokratischer Herrschaft ging nicht ohne Blutvergießen vonstatten. Studenten waren es, die demokratische Prinzipien einforderten, dabei jedoch von Polizei und Militär bekämpft wurden. Gegen die Minderheit der Chinesen brachen Pogrome aus, bei denen es unter anderem zu massenhaften Vergewaltigungen kam. Der Schein von 1965 schien wie-

der aufzuleuchten. Furcht vor bürgerkriegsähnlichen Spannungen machte sich breit.

Das Schlagwort der Stunde war: „Reformasi“ (= Reformpolitik). Mit einer neuen Ausrichtung in der Politik sollte wieder Stabilität hergestellt werden. So kam es – nach der Übergangszeit mit Habibie – 1999 erstmals zu freien Wahlen, aus denen Abdurrahman Wahid als Präsident hervorging. Ihm folgte 2001 Megawati Sukarnoputri, die als Tochter des Staatsgründers Sukarno anfangs besondere Sympathie genoss. 2004 wurde dann der frühere General Susilo Bambang Yudhoyono als Präsident direkt vom Volk gewählt.

Diese Stabilisierung des Staatsapparates war letztlich durch einen weitgehend gewaltfreien und durch demokratische Wahlen gestützten Machtwechsel möglich geworden. Dem standen allerdings eine Reihe anderer Konflikte in den letzten Jahren entgegen. Indonesien ist nach wie vor nicht zur Ruhe gekommen.

Ein Bestandteil der Reformpolitik ist die Dezentralisierung: Den Provinzen und Regionen sind größere Eigenständigkeiten zugestanden worden. Die tagespolitische Einübung der neuen Freiheiten wirft allerdings eine Reihe

neuer Probleme auf. Prüfsteine dieser Abkehr von der Zentralgewalt sind die Provinzen Aceh und Papua; dort gibt es ausgeprägte Autonomiebestrebungen, auf die sich Jakarta nicht einlassen will. Aceh hat zwar einerseits in Folge der Tsunami-Katastrophne seinen inneren Frieden gemacht, die Einführung des islamischen Scharia-Rechtes und der Mangel an Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit hat jedoch die Diskussion um Menschenrechtsfragen wieder entfacht.

Die offensiv proklamierte Menschenrechtspolitik der „Reform-Politik“ wird im (Rechts-)Alltag nicht entschlossen praktiziert. Symbolisch dafür steht der Giftmord an Munir, Indonesiens bekanntestem Menschenrechtsaktivisten im September 2004. Die weiterhin nicht unabhängige Justiz sowie der Sicherheitsapparat haben es geschafft, die Aufklärung dieses Verbrechens niederzuschlagen. Ebenso ist das Unrecht aus der Suharto-Ära nach wie vor nicht aufgearbeitet.

Indonesien, das Land, in dem weltweit die meisten Muslime leben, durchlebt augenfällig die auch anderenorts feststellbare Renaissance der Religion. Kopftuchtragende Mädchen und Frauen sind vermehrt zu sehen, Mo-

Aceh nach dem verheerenden Tsunami 2004 © iStockphoto



scheebauten werden vorangetrieben, die Scharia wird gefordert. Islamische Fundamentalisten bombten sich auf die Tagesordnung. 2002 starben bei Bombenanschlägen auf der Urlaubsinsel Bali mehr als 200 Menschen. Eine Reihe von weiteren islamistisch inspirierten Anschlägen lösten Angst und Unruhe aus. An einer anderen Front kam es zu gewaltsamen Konflikten als Auswirkung sozialer und ökonomischer Probleme zwischen Christen und Muslimen, so in Sulawesi (Celebes) und auf Ambon, oder zu anderen ethnischen Kontroversen, als beispielsweise in Kalimantan (Borneo) zugewanderte Maduresen mit Einheimischen in Streit gerieten. Hier wurden Kirchen in Brand gesetzt und Moscheen zerstört. Derartiger Extremismus hat unterschiedliche Ursachen; ein Grund liegt fraglos in der weiterhin extremen Armut eines Großteils der Bevölkerung.

Den politischen Ordnungskräften ist es noch nicht gelungen, berechenbare und zivilgesellschaftliche Prinzipien zu verankern. Die Korruption stellt nach wie vor ein enormes Problem dar. Und der Tourismus – als eine der Haupteinnahmequellen – ist bei weitem nicht auf dem Stand wie vor zehn Jahren, selbst

wenn die Region wieder Zuwächse verzeichnet. Die Ökonomie verzeichnet zwar wieder relative Stabilität, ein Wirtschaftswachstum von 6 % signalisiert vermehrte ausländische Investitionen und zeigt sich unter anderem in einem neuen Bauboom.

Dennoch: Ungehemmter Raubbau der Regenwälder, rücksichtslose Ausbeutung von Rohstoffquellen, unzureichende Standards in der Industrie, anhaltende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt sowie soziale Konflikte sind einige der drängenden Fragen des frühen 21. Jahrhunderts.

Im viertgrößten Land der Erde mit rund 220 Millionen Bewohnern auf 17.000 Inseln, geprägt durch unterschiedliche historische, soziale, kulturelle und ökonomische Lebensbedingungen, zündelt es derzeit an vielen Ecken und Enden.

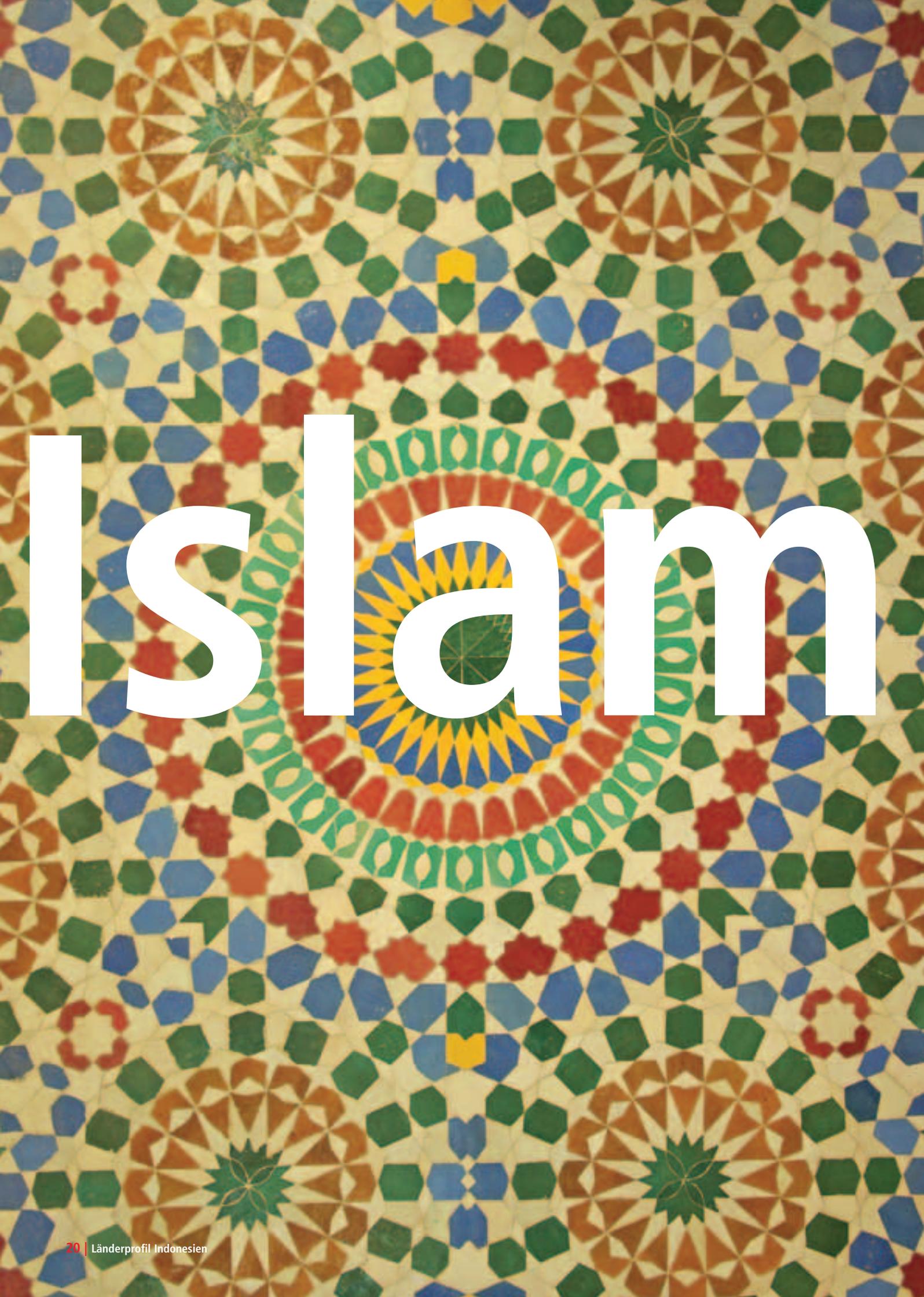
Naturkatastrophen wie der Tsunami Ende 2004 oder Vulkanausbrüche und Erdbeben, Überschwemmungen und Waldbrände in den Folgejahren sowie viele Verkehrsunfälle zu Wasser, Land und in der Luft tragen dazu bei, den ohnehin oft beschwerlichen Alltag der Indonesier noch weiter zu belasten.

Internationale Aufmerksamkeit hat im November 2007 der ASEAN-Gipfel verzeichnet. Immerhin haben sich die Staatschefs dieses Verbandes der südostasiatischen Länder zu Demokratie und Menschenrechten bekannt und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, nach Vorbild der EU, bis 2015 vereinbart. Auch der Klimagipfel auf Bali im Dezember 2007 rückte Indonesien noch einmal in die internationalen Schlagzeilen. In diesem Jahr jährt sich der Sturz Suhartos zum 10. Mal, im kommenden werden Parlament und Präsident gewählt. Mehr als ein Jahrzehnt „Reformasi“ wird dann auf den Prüfstand gestellt.

#### **Karl Mertes (1949)**

zwischen 1976 und 1981 in Medienprojekten in Indonesien tätig, verheiratet mit einer Indonesierin; Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk in Köln und Präsident der Deutsch-Indonesischen Gesellschaft.





# Islam



# in Indonesien

Tolerante Tradition vs. zunehmende Radikalisierung | Judith Melzer

Noch bis vor wenigen Jahren konzentrierten sich journalistische und wissenschaftliche Arbeiten zum Islam mehrheitlich auf den Nahen Osten. Erst in den letzten Jahren hat sich dieser Fokus auf Süd- und Südostasien ausgeweitet. Das Bild, das die meisten Menschen aber hierzulande mit Indonesien verbinden, ist wohl vor allem vom Bali-Tourismus geprägt. Denn die wenigsten wissen, dass Indonesien weltweit das Land mit der zahlenmäßig größten muslimischen Bevölkerung ist. Rund 85 Prozent der etwa 220 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Indonesien war lange Zeit für einen gemäßigten Islam und die traditionelle Toleranz gegenüber Andersgläubigen bekannt. Das friedliche Miteinander der

verschiedenen Religionen Indonesiens (Islam, Christentum, Hinduismus und Buddhismus) wurde gerühmt und die „Einheit in der Vielfalt“ des indonesischen Inselstaates zelebriert. Erst mit dem Ende der repressiven Politik des Präsidenten Suharto im Jahre 1998 brachen Konflikte zwischen den Religionsgemeinschaften aus, die durch die „Transmigrasi“ (= Umsiedlungspolitik) von Ballungsgebieten in weniger besiedelte Gebiete seit Jahrzehnten geschürt worden waren. In diesem Prozess wurden vor allem Muslime aus dem überbevölkerten Java in Regionen angesiedelt, die mehrheitlich christlich waren. In den letzten Jahren sind zunehmend radikalere und gewaltbereitere Tendenzen sichtbar geworden, wie zum Beispiel

in den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen auf den Molukken, den Bombenanschlägen am Heiligabend 2000 auf 18 javanische Kirchen, den Bombenanschlägen auf Touristenorte auf Bali in den Jahren 2002 und 2005, sowie auf das JW Marriott Hotel in Jakarta 2003 und die australische Botschaft in Jakarta 2004. So ist in den Medien in den letzten Jahren ein anderes, wenig tolerantes Bild vom indonesischen Islam entstanden. Dieses von einer Minderheit gewaltbereiter und radikaler Islamisten geprägte Bild wird dem Islam in Indonesien nicht gerecht, da es seine vielfältigen Ausprägungen, die sich in acht Jahrhunderten entwickelt haben, nicht richtig wieder gibt.



## Verbreitung der Lehren des Koran im indonesischen Archipel

Die Geschichte des Islam in Indonesien beginnt bereits im 13. Jahrhundert. Wie schon zuvor hinduistische und buddhistische Elemente, so kamen auch die Lehren des Koran mit indischen Kaufleuten über den Indischen Ozean und verbreiteten sich entlang der Handelsrouten. Als Marco Polo im 13. Jahrhundert auf seiner Rückreise von China die Insel Sumatra bereiste, beschrieb er den an der Nordspitze der Ostküste Sumatras gelegenen Ort Perlak. Hier, so berichtete er, sollen indische Kaufleute die Bevölkerung zum Islam bekehrt haben, während das Hinterland noch „heidnisch“ war. Von Sumatra aus verbreitete sich der Islam erfolgreich im ganzen Archipel. Seine mystische Form, der Sufismus, machte den Islam zu diesem Zeitpunkt deswegen so erfolgreich, da er leicht in das bestehende hindu-buddhistische Glaubenssystem integriert werden konnte. Die traditionelle Toleranz der javanischen Kultur und ihr Bestreben, fremde Elemente mit den eigenen Glaubensgrundsätzen zu verbinden, trugen zusätzlich zu einer raschen Verbreitung der neuen Religion bei.

Im Verlauf der Zeit übte der Islam einen erheblichen Einfluss auf traditionelle wie auch hindu-buddhistische Strömungen aus und trug entscheidend zu deren Veränderung und teilweisen Ablösung bei. Aber auch der Islam selbst unterlag einem stetigen Wandel und wurde durch verschiedene Modernisierungsbewegungen geprägt. In diesem Prozess erhielt der Islam seine kulturspezifischen Färbungen. Diese werden besonders im Kontext von Ritualen und Festen deutlich. Das Fest zum Ende des Fastenmonats Ramadan wird weltweit von Muslimen gefeiert und hat in jeder Region seine spezifische kulturelle Prägung. In Indonesien gehört das „Idul Fitri“ oder „Lebaran“ genannte Fest zu den beliebtesten Feiertagen und viele Indonesier nutzen diese Gelegenheit, um ihre Familien zu besuchen. So sind zum Ende des Ramadan Busse und Bahnen meist überfüllt und Fähren und Flüge ausgebucht. „Idul Fitri“ ist ein Familienfest, an dem gemeinsam gebetet wird und sich die ganze Familie zu Festessen, den so genannten „Slametans“, trifft. Es gehört auch dazu, sich am Ende der Fastenzeit bei Verwandten und Freunden für falsches Verhalten und Ungerechtigkeiten aus dem letzten Jahr zu entschuldigen und sich gegenseitig für kleine und große Sünden um Verzeihung zu bitten. Am Vorabend von „Idul Fitri“ finden vielerorts Paraden statt, bei denen meist junge Leute Trommeln schlagend und mit Fackeln zu den örtlichen Moscheen ziehen. In der letzten Nacht des Ramadan werden Lebensmittel, insbesondere Fleisch, von Moscheen, Firmen, Vereinen, Organisationen oder auch Privatpersonen an Bedürftige ausgeteilt. Am Morgen danach strömen die Gläubigen dann zum Gebet in die Moscheen. In der größten Moschee Südostasiens, der aus weißem Marmor erbauten Istiqlal-Moschee in Jakarta, versammeln sich an einem solchen Morgen etwa 100.000 Gläubige.

## Kulturspezifische Prägungen des Islam in Indonesien

Auf Java werden die „Slametan“ genannten Festessen auch zu anderen Gelegenheiten abgehalten, zum Beispiel bei Schwangerschaft, Geburt, Beschneidung, Hochzeit oder Begräbnis. Neben der geselligen Zusammenkunft dienen sie vor allem auch dazu, die soziale Harmonie zu sichern und das kosmologische „Slamet“ (= Gleichgewicht) wieder herzustellen. Hierfür werden die Speisen gesegnet und die Geister, wichtiger Teil der javanischen Kosmologie, eingeladen, von der Essenz der Speisen zu kosten. Islamische Gebete sind hierbei unverzichtbar. Diese Verbindung von Geisterglaube und Religion findet man auch häufig bei den traditionellen „Dukun“ (= Heiler), die gleichzeitig mit islamischen Gebeten und der Unterstützung der Geisterwelt arbeiten.

Jedoch nicht nur die javanische Kultur weist eine besondere kulturelle Variante des Islam auf. Ein Sprichwort in Westsumatra sagt: „In verschiedenen Teichen, verschiedene Fische – in verschiedenen Wiesen, verschiedene Grashüpfer“. Hier geht der Islam eine besonders interessante Verbindung mit der lokalen Tradition ein. Bei den Minangkabau, einer der größten Bevölkerungsgruppen Indonesiens, deren Siedlungsgebiet sich in erster Linie auf die Provinz Westsumatra erstreckt, hat sich der patriarchale Islam mit einer traditionellen Kultur verbunden, die einem Matriarchat, d. h. der Herrschaft der Frauen, sehr nahe kommt. Obwohl die Minangkabau bekannt für ihre matrilineare „Adat“ (= Tradition) sind, zählen sie gleichzeitig zu den strenggläubigsten Muslimen Indonesiens.

In Westsumatra waren seit jeher Frauen die Besitzerinnen der Häuser und des Familienlandes, insbesondere der wertvollen Reisfelder. Zudem wird bei den Minangkabau in mütterlicher Linie (matrilinear) vererbt; d. h. sowohl Land als auch Häuser gehen von den Müttern an die Töchter, während die Söhne leer ausgehen. Diese Vererbungsregeln stehen im Widerspruch zum islamischen Erbrecht, das besagt, dass Töchtern nur die Hälfte dessen zusteht, was ein Sohn bekommt. Unter dem Einfluss von Kolonialisierung, islamischen Modernisierungsbewegungen und der Globalisierung haben sich die Besitzverhältnisse in Westsumatra zwar verändert, doch Häuser und Reisfelder gelten immer noch als Besitz der Frauen. Die zentrale Stellung der Frau in Familie und öffentlichem Leben scheint mit dem Islam, wie man ihn aus der arabischen Welt kennt, unvereinbar. Trotzdem bilden für die Minangkabau die „Adat“ und der Islam gemeinsam die Basis ihrer kulturellen Identität und stellen die Säulen der Gesellschaft dar. Beide Systeme beeinflussen sich seit Jahrhunderten gegenseitig und so erhält der Islam hier einen ganz speziellen Charakter.

## Islam als Symbol des Widerstands

Neben der kulturellen Dimension des Islam sollte auch seine politische Bedeutung in der Geschichte Indonesiens nicht übersehen werden. Mit seinem Prinzip der Gleichheit aller Gläubigen vor Gott, wurde der Islam zunächst zum Symbol des Widerstandes gegen das theokratische Reich Majapahit, das vom 13. bis 15. Jahrhundert weite Teile des malaischen Archipels dominierte, und stellte im Verlauf des 16. Jahrhunderts eine Alternative zur christlichen Herrschaft der Portugiesen und Spanier dar.

Während der anschließenden 350 Jahre holländischer Kolonialzeit wurde der Glaube als Opposition zur Kolonialmacht zwecks Selbstdefinition und Abgrenzung nach Außen herangezogen. Der Islam, der von einem Großteil der indonesischen Bevölkerung als nationale Identität angesehen wird, stellte hier ein einigendes Band und einen tragfähigen Gegenentwurf zum westlichen Imperialismus dar.

Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Politik der niederländischen Kolonialregierung gegenüber dem Islam negativ ausgerichtet.



Die große Moschee Baiturrahman in Banda Aceh © Rüdiger Siebert

Man befürchtete, die Gläubigen würden mit antikolonialen Ideen von der Pilgerfahrt nach Mekka zurückkehren und einen pan-islamischen Staat anstreben. Daher wurden Pilgerfahrten behindert und islamische Gruppierungen misstrauisch beobachtet. Der holländische Orientalist Christiaan Snouck Hurgronje (1857–1936) riet der Regierung hingegen dazu, die Mekkafahrten nicht zu behindern und auch die verschiedenen islamischen Gruppen nicht zu unterdrücken, solange sie sich von politischer Propaganda fernhielten. Er war der Überzeugung, dass eine repressive Politik die oppositionelle Haltung der Muslime nur verstärken würde, während eine Atmosphäre der religiösen Toleranz bei gleichzeitiger Wachsamkeit die Modernisierung und Verwestlichung der indonesischen Gesellschaft erleichtern würde. Die Aussagen des Theoretikers Hurgronje beeinflussten die so genannte „ethische Politik“ der Niederlande gegenüber ihren Kolonien zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dieser liberale Ansatz wurde jedoch in der Praxis nicht konsequent durchgeführt und

so blieben die Beziehungen zwischen der holländischen Kolonialregierung und den indonesischen Muslimen weiterhin von Spannungen gekennzeichnet.

Erst während der japanischen Besatzung zwischen 1942 und 1945 änderte sich die Situation für die Muslime, da die japanischen Besatzer dem Islam positiv gegenüber standen. Sie wollten ihn als Gegengewicht gegen die Westmächte stärken und hofften, die Muslime in ihrem Sinne beeinflussen zu können, um so mit deren Unterstützung im Krieg gegen die Westmächte rechnen zu können. Einige muslimische Gruppierungen sahen hierin einen „Heiligen Krieg“ gegen den christlichen Westen. Obwohl die Japaner versuchten, die muslimischen Organisationen im Sinne der japanischen Kriegsführung gegen die Westmächte zu funktionalisieren und alle politischen Aktivitäten unter ihrer strengen Kontrolle standen, war die Anerkennung der Muslime als wichtiger politischer Faktor eine entscheidende Änderung zur vorherigen Praxis der niederländischen Kolonialherren, die dem Islam keinerlei



Gesichter des Islam – als Poster auf dem Markt  
© Rüdiger Siebert

politische Macht hatten zugestehen wollen. Mit dem Ende der japanischen Besatzung und der Rückkehr der Niederländer entbrannte der Kampf um die nationale Befreiung Indonesiens, der von 1945 bis 1949 dauerte. Das gemeinsame Ziel der Unabhängigkeit verband die verschiedenen Lager innerhalb der indonesischen Bevölkerung und ließ bestehende Differenzen in den Hintergrund treten. Erst mit dem Erlangen der Unabhängigkeit traten diese Meinungsverschiedenheiten in der jungen Republik wieder zutage und prallten in der Gestaltung des unabhängigen Staates Indonesien aufeinander. Als besonders problematisch in diesem Prozess erwiesen sich die verschiedenen Strömungen innerhalb der Parteien. Auf der einen Seite standen die Befürworter eines säkularen Nationalstaats und auf der anderen Seite die Vertreter eines islamischen Staates auf Grundlage der Scharia. Die muslimischen Parteien selbst waren wiederum in zwei Lager aufgeteilt, in Modernisten und Traditionalisten.

## Traditionalisten und Modernisten



Unter traditionellem Islam versteht man jene Gruppen, die die Erneuerungen und Reflexionen des Modernismus kaum oder gar nicht rezipiert haben. Organisatorisch hat sich die traditionalistische Strömung in der Nahdlatul Ulama gesammelt, die heute mit 40 Millionen Mitgliedern die größte islamische Massenbewegung darstellt. Die NU („Renaissance der Rechtsgelehrten“) ist aus der traditionalistischen Strömung hervorgegangen und hatte ihren Ursprung in den traditionellen ländlichen Islam-Schulen (Pesantren) Ost- und Mitteljavas. 1926 wurde sie vom Großvater des späteren Staatspräsidenten Abdurrahman Wahid gegründet. Sie war als Vereinigung von Ulama gegründet worden, die sich sowohl gegen Nationalismus und Kommunismus als auch gegen den zunehmenden Einfluss der reformistischen Muhammadiyah durchsetzen wollten. Die zweitgrößte muslimische Massenorganisation Muhammadiyah („Weg des Mohamad“) war bereits 1912 gegründet worden

und versammelt bis heute eher die städtische Mittelschicht. Ihre Mitgliederzahl beträgt etwa 30 Millionen. Die Modernisten versuchen, eine zeitgemäßere Form des Islam zu leben. Sie lassen den Ijtihad, die individuelle Interpretation von Koran und Sunna, zu. Durch Predigt und Aufklärung sollte dazu beigetragen werden, die islamischen Gesetze in ihrer Reinheit zu verwirklichen. Hinduistische und animistische Elemente, wie sie die Traditionalisten tolerieren, sollten verdrängt werden. Die Hoffnungen der islamischen Parteien, die Entscheidung würde bei der ersten freien Wahl 1955 auf Grund der beträchtlichen Mehrheit muslimischer Staatsbürger zugunsten eines islamischen Staatskonzeptes ausfallen, wurden jedoch enttäuscht. Die islamischen Parteien hatten zusammen lediglich 43,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können. Die Wahl führte nicht zum Sieg einer der Strömungen, sondern zur Notwendigkeit politischer Kompromisse. Die Konkurrenz zwischen säkularen und religiösen Tendenzen hält bis zum heutigen Tag an.

## Sukarnos „gelenkte Demokratie“

1959 führte Sukarno, der erste Präsident der Republik, unter dem Schlagwort „gelenkte Demokratie“ eine populistische Scheindemokratie ein. In dieser Phase wurden die drei größten Strömungen des Landes unter dem Slogan NASAKOM (Nasionalis Agama Komunis – Nationalismus Religion Kommunismus) zusammengeführt und so ihr politischer Einfluss beschnitten. Das Regime von Sukarno fand sein gewaltsames Ende 1965 und wurde durch General Suharto und seine „Orde Baru“ (= Neue Ordnung) abgelöst. Von der neuen Regierung erwarteten die Muslime eine Stärkung ihrer politischen Macht. Diese Erwartungen wurden jedoch nicht erfüllt. Sie blieben auch weiterhin weitgehend aus den Zentren der Macht ausgeschlossen. 1973 wurde der politische Islam durch eine „Vereinfachung“ des Parteiensystems weiter geschwächt, indem sämtliche muslimischen Parteien zu der Vereinigten Entwicklungspartei (PPP) zusam-

mengefasst wurden. Die dritte offiziell zugelassene Partei neben der Regierungspartei Golkar war die Demokratische Partei Indonesiens (PDI), in der die christlichen und nationalistischen Parteien vereinigt wurden. Trotz des Versuches einer Entpolitisierung des Islam kam es seit Beginn der 80er Jahre zu einer allgemeinen Islamisierung. Die Rückbesinnung auf religiöse Werte war Ausdruck der Unzufriedenheit der Muslime mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten. Dieser Trend war nicht nur in Indonesien zu beobachten, sondern weltweit und in allen Gesellschaftsschichten. Der Islam und sein Wertesystem sollten moralischem Verfall entgegen wirken, Korruption beenden und dem westlichen Kapitalismus und Liberalismus entgegen treten.

## Instrumentalisierung des Islam in den 80er Jahren

Neben der Behinderung der Entfaltung des politischen Islam verfolgte das Regime Suhartos noch eine weitere Strategie, um den Islam in seinem Sinne zu funktionalisieren: die Unterstützung des privaten, religiösen Islam durch Aufbau und Erneuerung von Moscheen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Auch durften seit Mitte der achtziger Jahre muslimische Mädchen in der Schule ihr „jilbab“ (= Kopftuch) tragen. Erst in den letzten Jahren der „Neuen Ordnung“ wurde der politische Einfluss des Islam teilweise gestärkt. Zugeständnisse wurden zum Beispiel hinsichtlich der Beteiligung von Muslimen in Parlamenten, Kabinetten, dem Golkar-Vorstand und der Militärführung gemacht. Mit der Zusage von öffentlicher Unterstützung an die neu gegründete „Vereinigung Islamischer Intellektueller Indonesiens“ (ICMI – Ikatan Cendekiawan Muslimin Indonesia) bekräftigte Suharto seinen Kurswechsel gegenüber dem politischen Islam und gestand der muslimischen Gemeinschaft erstmals seit seiner Machtübernahme eine eigene Organisation für politische Aktivitäten zu.

Diese Annäherungen an islamische Gruppen waren politisches Kalkül. Suharto hoffte, durch die Stärkung der islamischen Gruppen die Position des Militärs zu schwächen, nachdem es seit Ende der achtziger Jahre immer öfter zu Spannungen zwischen ihm und Teilen des Militärs gekommen war. Die zu Beginn der





„Neuen Ordnung“ gehegten Hoffnungen des politischen Islam auf eine Islamisierung des indonesischen Staates wurden bis zum Sturz Suhartos 1998 jedoch nicht erfüllt.

Die Asienkrise, die ab August 1997 zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Indonesiens führte, läutete das Ende der Ära Suharto ein. Der Verfall der Rupiah mit teilweise bis zu dreistelligen Inflationsraten und die massenhafte Entlassung von Arbeitern riefen landesweite Unruhen hervor. Es kam zu Ausschreitungen zwischen Muslimen und Indonesiern chinesischer Abstammung, nachdem der Indonesische Rat der Islamgelehrten (MUI) zum „Dschihad“ (= heiliger Krieg) gegen Spekulanten und angeblich Waren hortende Geschäftsleute aufgerufen hatte. Die aufgeheizte Stimmung und der fehlende Rückhalt Suhartos von Seiten des Militärs und der Volksversammlung zwangen ihn am 21. Mai 1998 zum Rücktritt.

## Zunehmende Islamisierung der Mittelschicht

Seit dieser Krise befindet sich Indonesien in einem gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umbruch. Der bisher streng zentralisierte Nationalismus konnte nicht fortgesetzt werden und ökonomische wie politische Reformen wurden dringend nötig, um die Einheit der Republik zu erhalten. Die zahlreiche Gründung neuer islamischer Parteien und Organisationen in den letzten zehn Jahren macht deutlich, dass der Islam eine bedeutende politische Größe in Indonesien geworden ist. Der politische Islam erfährt im Demokratisierungsprozess einerseits einen Machtzuwachs, leidet aber gleichzeitig unter der zunehmenden Zersplitterung der politischen Parteien. Bereits seit den 90er Jahren ist eine zunehmende Islamisierung der indonesischen Mittelklasse festzustellen. Führende Positionen in Wirtschaft, Verwaltung und Politik standen Muslimen nun häufiger offen, wodurch ihr Einfluss auf die Politik und ihre gesellschaftspolitische Macht stetig gewachsen sind. Die ersten freien Wahlen seit den 50er Jahren boten den islamischen Parteien im Juni 1999 die Möglichkeit, ihr politisches Gewicht unter Beweis zu stellen. Das Wahlergebnis zeigte allerdings, dass die demographisch und religionspolitisch dominante Gruppe der Muslime mehrheitlich nicht hinter den islami-

schen Parteien steht. Das Ringen zwischen Befürwortern eines Staates auf Basis von Religion und Scharia (= islamisches Recht) mit säkularen Gruppen, die Religion und Politik trennen wollen, setzt sich auch in der Gegenwart fort.

## Scharia-Elemente in der indonesischen Rechtsprechung

Die Rolle und Einflussnahme des Islam in der indonesischen Gesellschaft ist seit seiner Ankunft im indonesischen Archipel stetig gewachsen und wurde durch verschiedene Modernisierungsbewegungen geprägt. Der indonesische Islam ist in seiner besonderen Variante ebenso von den verschiedenen lokalen Kulturen des Landes beeinflusst, wie umgekehrt auch Kultur und Gesellschaft durch den Islam geformt wurden. Die Änderungen, die der Islam mit sich brachte, beziehen sich zu einem großen Teil auf das Rechtssystem. Das islamische Land- und Erbrecht sowie das Ehe- und Scheidungsrecht haben in das indonesische Rechtssystem Eingang gefunden. Die Scharia, das Gesetz des Islam, ist inhaltlich für die gesamte Welt des Islam gleich. Als Grundlage ethischer und moralischer Wertvorstellungen ist sie für alle Gläubigen verbindlich, sie bildet aber nicht in jedem Land die Grundlage des Rechtssystems. Hierzu gehört auch Indonesien, wo die Scharia bisher nur in islamischen Gerichtshöfen in Fragen des Familienrechts angewendet wurde, nicht jedoch im Strafrecht. Unterschiede gibt es in den einzelnen Ländern also nicht bezüglich des Inhaltes der Scharia, sondern lediglich in der Anwendung dieser Vorschriften. Eine Besonderheit in Indonesien ist die Möglichkeit des „talik-talak“ (= bedingte Verstoßung) die es, entgegen der Vorschriften der Scharia, der Ehefrau ermöglicht, eine Scheidung zu initiieren. Das heißt, dass bei der Eheschließung vertraglich festgelegt werden kann, unter welchen Umständen (z.B. Misshandlung der Ehefrau durch den Ehemann oder Nichterfüllen der ehelichen Pflichten durch den Ehemann) automatisch eine Verstoßung in Kraft tritt. Obwohl nach islamischem Recht nur der Ehemann eine Verstoßung aussprechen kann, erhält so die Ehefrau die Möglichkeit, sein Fehlverhalten vor Gericht vorzubringen und so eine Verstoßung zu erwirken. An diesem Beispiel indonesischer Rechtsauslegung wird deutlich,

dass nicht nur der Islam Veränderungen mit sich gebracht hat, sondern in seiner spezifischen indonesischen Ausprägung auch selbst von den Glaubenssystemen des Hinduismus, Buddhismus und der traditionellen Adat nicht unbeeinflusst blieb.

Islamische Gerichtshöfe existierten neben Adat-Gerichtshöfen bereits unter der niederländischen Kolonialregierung. Ihr Zuständigkeitsbereich beschränkte sich auf Familien-, Erb-, Ehe- und Scheidungsrecht. Die Entscheidungen des Gerichtes konnten sich nur insofern an der Scharia orientieren, wie diese im herrschenden Adat-Recht akzeptiert war. Adat-Gerichtshöfe konnten Entscheidungen der islamischen Gerichtshöfe überstimmen. In der Republik wurden die Adat-Gerichte abgeschafft. Für die Rechtsprechung im Rahmen des islamischen Familienrechtes waren nach wie vor spezielle islamische Gerichtshöfe zuständig, die nun nicht mehr dem Justizministerium unterstanden, sondern dem 1946 ins Leben gerufenen Religionsministerium.

Die seit Januar 2001 allmählich durchgeführte Dezentralisierung hat zu einer Stärkung der traditionellen Institutionen geführt. Gleichzeitig wurden in einigen Provinzen Scharia-Elemente eingeführt. Laut einer Untersuchung der Asia Foundation waren im vergangenen Jahr in insgesamt 32 Bezirken 78 islamische Regeln in Kraft. Inhaltlich beziehen sich die meisten Regeln auf Bereiche wie Bekleidungs Vorschriften, Alkoholkonsum, Prostitution und Glücksspiel und finden in der Bevölkerung breite Zustimmung.

## Aceh – das Tor nach Mekka

Die Krisenregion Aceh ist dafür bekannt, dass ihre Einwohner die strenggläubigsten Muslime Indonesiens sind und hier die reinste Form des Islam gelebt wird. Von Aceh aus, das auch „Serambi Mekka“ (= „das Tor nach Mekka“) genannt wird, hat sich der Islam in ganz Indonesien verbreitet. Von der Region an der Nordspitze der Insel Sumatra aus traten im Laufe der Jahrhunderte die meisten Pilgerreisenden ihre Seereise zur arabischen Halbinsel an.

Nach Jahrzehntelangen Kämpfen zwischen dem indonesischen Militär und der acehnesischen Unabhängigkeitsbewegung (GAM) wurde 2001 der Sonderautonomiestatus von der indonesischen Zentralregierung ausgerufen und per Präsidentenerlass die Scharia ein-

geführt. Dies sollte ein Zugeständnis an die Provinz sein und separatistische Bestrebungen beenden. Im März 2003 wurde das erste Strafgericht auf Basis der Scharia eröffnet. Die Menschen in der Krisenregion hatten sich von der Einführung der Scharia ein Ende der Korruption erhofft. Die Scharia wurde jedoch in erster Linie in Bezug auf die „Keuschheit“ der acehnesischen Frauen umgesetzt. Nach der Einführung islamischer Kleidungs Vorschriften kam es zu etlichen Vorfällen, bei denen Frauen bedroht oder beschimpft wurden, die nicht diesen Vorschriften entsprechend gekleidet waren. Zeitungsberichten zufolge wird jedoch die Großzahl von Scheidungsfällen, die an islamischen Familiengerichten vorgebracht werden, von Frauen eingereicht. Dies zeigt, dass Frauen ihre Rechte auch zu nutzen wissen, um ihre Situation zu verbessern. Erstmals wurde 2005 in Aceh verbotenes Glücksspiel mit öffentlichem Auspeitschen bestraft. An der grassierenden Korruption hat sich jedoch auch durch solch drastische Maßnahmen bisher wenig geändert.

## Kontroverse um das Anti-Pornographiegesetz

Immer mehr Menschen erhoffen sich vom Islam einen Weg aus der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krise. Seit einigen Jahren wird ein Gesetzesentwurf in der indonesischen Öffentlichkeit stark diskutiert. Besonders in der ersten Jahreshälfte 2006 kam es immer wieder zu Demonstrationen von Gegnern ebenso wie von Befürwortern. Der Gesetzesentwurf beschäftigt sich in erster Linie mit der Eindämmung der in Indonesien bis vor kurzem noch für wenig Geld an jeder Straßenecke frei erhältlichen Pornographie. Zu seinen Inhalten gehörte aber auch die drastische Ausweitung von Bekleidungs Vorschriften, die besonders für Künstler und Musiker einschneidende Veränderungen bringen würden. So hatten beispielsweise balinesische Tempeltänzerinnen und Tänzer stark protestiert, da sie befürchteten, aufgrund der bloßen Schultern der Tänzerinnen könne der Tanz in dieser Form nicht mehr gezeigt werden. In der westlichen Presse war das prominenteste Beispiel das Verbot des Küssens in der Öffentlichkeit. Die Wurzeln des Anti-Pornographiegesetzes liegen nicht allein bei islamischen Parteien oder den Vertretern des Rates der Islamge-

lehrten. In ganz Indonesien unterstützen besorgte Eltern den Vorstoß, Pornographie und Unmoral einzudämmen. Über die Ausmaße des Gesetzes herrscht weiterhin keine Einigkeit. Befürworter des Gesetzes betonen, dass harte Maßnahmen notwendig sind, um die Bevölkerung vor dem schlechten Einfluss des Westens zu schützen während Kritiker die Befürchtung äußern, dass ein Gesetz dieser Art zu Selbstjustiz im Namen der Moral führen könnte. Aufgrund der äußerst kontroversen Diskussion ist noch nicht abzusehen ob und in welcher Form das Gesetz verabschiedet werden wird.

## Anti-Terror-Krieg spaltet indonesische Muslime

Die weltpolitische Lage nach dem 11. September 2001 hat die Meinungen der indonesischen Muslime gespalten in Befürworter und Kritiker des Anti-Terror-Feldzuges. Die anti-amerikanische Stimmung leistet panislamischen Bestrebungen Vorschub und stellt eine große Herausforderung für den gemäßigten Islam dar. Die Gefahr der religiösen Radikalisierung ist durchaus ernst zu nehmen und das Ringen zwischen orthodoxen und gemäßigten Strömungen noch lange nicht zu Ende. Trotzdem gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass islamistische Tendenzen auch in den kommenden Jahren in der Minderheit bleiben werden. Die beiden islamischen Massenorganisationen Nahdlatul Ulama und Muhammadiyah setzten im Juli 2002 ein Zeichen gegen die Radikalisierung und Zersplitterung des indonesischen Islam, indem sie einen Kurswandel ihrer Organisationen ankündigten. Um sich von den islamischen Parteien abzugrenzen, die zusehr in ihren Rivalitäten verstrickt seien, um sich auf die Probleme des Landes konzentrieren zu können, wollten sie sich in Bezug auf parteipolitische Auseinandersetzungen von nun an neutral verhalten und sich stattdessen für einen gemäßigten Islam einsetzen. Sie wollten eine neutrale, aber progressive Stimme für die indonesischen Muslime bieten. Neben der Uneinigkeit der islamischen Parteien war ein weiterer Grund für dieses Statement, dass die beiden Organisationen radikalen islamistischen Gruppen nicht das politisch-religiöse Feld überlassen wollten. Zu diesen Gruppen gehört beispielsweise die in Deutschland verbotene Hizbut Tahrir, die sich gegen Demokra-

tie und für einen panislamischen Kalifatsstaat ausspricht. Gruppen wie diese treten lautstark in der Öffentlichkeit auf, können jedoch keine breite Masse für sich gewinnen.

Zwar konnte der derzeitige Präsident Susilo Bambang Yudhoyono seit seinem Amtsantritt 2004 eine gewisse Stabilität in die indonesische Politik bringen und Erfolge in der Bekämpfung des Terrorismus aufweisen. Die politische Orientierungslosigkeit vieler Menschen in der jungen, instabilen Demokratie Indonesiens, eine unbefriedigende Umsetzung der Dezentralisierungspolitik und die schwierige wirtschaftliche Lage – auch aufgrund der grassierenden Korruption – könnten jedoch zum weiteren Erstarken islamistischer Kräfte führen. Einer im Mai 2007 von Indo Barometer und dem Wahid-Institut durchgeführten landesweiten Umfrage zufolge sind 96 Prozent der Indonesier der Meinung, dass der Islam keine Gewalt gegen Andersgläubige erlaubt. Gleichzeitig glaubten jedoch nur 51 Prozent der Befragten, dass die religiöse Toleranz in Indonesien nicht abnimmt, während 43 Prozent ihre Landsleute als zunehmend intolerant gegenüber Andersgläubigen wahrnehmen.

### Judith Melzer (1977)

Studium der Ethnologie an den Universitäten Mainz und Frankfurt; Abschluss des Studiums mit einer Arbeit zur lokalen Aneignung des Islam in Westsumatra; wohnhaft in Mainz.







| Alex Flor **Einheit**  
ohne Gemeinsamkeiten

**M**it überwältigender Mehrheit entschieden sich die Bewohner Osttimors in einem von den Vereinten Nationen (UN) durchgeführten Referendum am 30. August 1999 gegen den Verbleib ihrer Inselhälfte im indonesischen Staatsverband. Die Umbruchphase 15 Monate nach dem erzwungenen Rücktritt von Diktator Suharto, und der damit eingeläuteten Ära politischer Reformen, war eine in der indonesischen Geschichte bislang einzigartige Gelegenheit, ein solches Referendum durchzuführen. Der Weg in die Unabhängigkeit Osttimors war nun frei. Doch der Prozess war alles andere als reibungslos verlaufen. Die Timoresen hatten für ihre Freiheit einen hohen Preis zu zahlen. Vom indonesischen Militär aufgestellte, trainierte und mit Waffen ausgerüstete Milizen hatten bis zuletzt versucht, durch Terror und Einschüchterung auf das Abstimmungsergebnis Einfluss zu nehmen.

Nachdem die Vereinten Nationen das Ergebnis bekannt gaben, eskalierte die Gewalt: Die Milizen überzogen das Land mit Gewalt. Mehr als 1.500 Zivilpersonen wurden getötet, 70% der Infrastruktur zerstört und bis zu 200.000 Menschen nach Westtimor zwangsvertrieben. Erst die militärische Intervention der von Australien angeführten multinationalen Eingreiftruppe INTERFET konnte dem mörderischen Treiben schließlich ein Ende bereiten.

### Sonderfall Osttimor

In anderen Teilen des Archipels wurde die Entwicklung in Osttimor aufmerksam verfolgt. Seit vielen Jahren existierende Unabhängigkeitsbestrebungen in Aceh und Westpapua erhielten neuen Auftrieb. Warum sollte es nicht auch in diesen Regionen möglich sein, ein Referendum abzuhalten? Unwirkliche Hoffnungen wurden geweckt, UN-Truppen könnten auch dort zugunsten der Unabhängigkeit eingreifen. Sogar auf den Molukken, wo Anfang 1999 ein Bürgerkrieg zwischen Christen und Muslimen entbrannt war, der nur von einer zahlenmäßig unbedeutenden Randgruppe mit dem Streben nach Unabhängigkeit in Verbindung gebracht wurde, ertönte der Ruf nach Blauhelmen.

Die aus dem Fall Osttimor abgeleitete Hoffnung auf ein – wie auch immer geartetes – in-

ternationales Eingreifen in die Konflikte in Aceh, Papua oder auf den Molukken war im besten Falle blauäugig. Im schlimmeren Falle wurde diese Hoffnung von interessierten Kreisen wider besseren Wissens geschürt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die internationale Gemeinschaft nicht das geringste Interesse daran hat, einem Zerfall Indonesiens Vorschub zu leisten. Kein Staat der Welt hat jemals ernsthaft bewogen, jenseits von humanitärer Hilfe und Politikberatung in einen der genannten Konflikte einzugreifen.

Osttimor war ein Sonderfall. Die Inselhälfte wurde von Indonesien 1975 völkerrechtswidrig besetzt und 1976 annektiert. Die Herrschaft Indonesiens über Osttimor war international nie offiziell anerkannt, wenngleich sich die westliche Welt mit Rücksicht auf die guten Beziehungen zu Suharto in stillschweigender Duldung übte. Völkerrechtlich galt Osttimor jedoch weiterhin als ein unter portugiesischer Hoheit stehendes zu entkolonialisierendes Gebiet. Die 1999 ausufernde Gewalt der Milizen, gepaart mit der damaligen Schwäche der indonesischen Regierung, gab letztendlich den Ausschlag für das Eingreifen der internationalen Friedenstruppen.

### Separatistische Bestrebungen in Aceh ...

Kein einziger Staat der Welt stellt hingegen die Legitimität der indonesischen Herrschaft über Aceh in Frage. Seit der Unabhängigkeit 1945 wurde die Provinz im Norden Sumatras als integraler Bestandteil Indonesiens angesehen. Ungeachtet früherer, eher religiös geprägter Aufstände, stellte erst die 1976 gegründete „Bewegung Freies Aceh“ (Gerakan Aceh Merdeka; GAM) die Legitimität der indonesischen Oberhoheit in Frage. Seit dieser Zeit war Aceh Schauplatz von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der GAM und den indonesischen Sicherheitskräften. Schätzungsweise 12.000 Menschen fielen diesem Krieg zum Opfer.

Die Gründung der GAM muss in engem Zusammenhang mit der Entdeckung reichhaltiger Rohstoffvorkommen (Öl, Gas) in der Region gesehen werden, an deren Ausbeutung das zentralistische System die Einwohner der Provinz in nur unbedeutendem Maße teilhaben ließ. Dies darf gleichwohl nicht als die einzige Konfliktursache gewertet werden, denn nur

aufgrund dieses Erklärungsmusters müsste es auch in den ebenfalls rohstoffreichen Provinzen Riau und Ostkalimantan Separationsbestrebungen geben. In Aceh prägten drei Jahrzehnte blutiger Auseinandersetzungen zwischen der GAM und den indonesischen Sicherheitskräften das Bewusstsein einer ganzen Generation. Viele mussten erleben, wie Uniformierte ihre Dörfer auf der Suche nach Widerständlern durchkämmten. Häuser und Schulen brannten. Frauen und Kinder wurden zu Zeugen und Opfern willkürlicher Festnahmen, von Vergewaltigung, Folter und kaltblütigen Hinrichtungen. Der Kreislauf der Gewalt schien unaufhaltbar. Längst waren die ursprünglichen Motive des Unabhängigkeitskampfes dem schieren Hass auf den als Besatzungsregime wahrgenommenen Einheitsstaat Indonesien gewichen. Erst in Folge der verheerenden Tsunami-Katastrophe am 26. Dezember 2004 gelang es unter internationaler Vermittlung, ein Friedensabkommen zwischen der GAM und der indonesischen Regierung auszuhandeln. Das Abkommen sieht eine weitgehende Autonomie für Aceh und die Umwandlung der ehemaligen Widerstandsorganisation in eine zivile politische Kraft vor. Nach mehrfacher Verschiebung fanden am 11. Dezember 2006 Wahlen zum Amt des Gouverneurs statt, die von Yusuf Irandi, dem Verhandlungsführer der GAM bei den Friedensgesprächen, gewonnen wurde.

Ob es der neuen Provinzregierung gelingen wird, den Frieden in Aceh langfristig abzusichern, bleibt abzuwarten. Längst nicht alle im Friedensabkommen von Helsinki vereinbarten Punkte wurden zur Zufriedenheit der GAM in nationales Gesetz übernommen. Eine Aufarbeitung der begangenen Menschenrechtsverletzungen findet bislang nicht statt. Das Programm der Eingliederung von Ex-Kombattanten in die Gesellschaft stockt und die von internationalen Beobachtern begleitete Demilitarisierung war in erster Linie eine symbolische Maßnahme zur Vertrauensbildung. Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich nach wie vor zahlreiche Waffen in Umlauf befinden. Und auch die indonesische Armee könnte im Bedarfsfall ihre abgezogenen Truppen binnen weniger Tage wieder zurückverlegen.

Derzeit befinden sich noch Hunderte von Mitarbeitern internationaler Organisationen vor

Ort, die größtenteils in Wiederaufbauprojekten tätig sind. Nach offiziellen Angaben beläuft sich die Zahl neu errichteter Häuser auf 100.000. Etliche Straßen, Brücken, Häfen und Flugplätze wurden repariert oder neu gebaut. Spätestens 2009 sollen die meisten Projekte abgeschlossen sein. Dann werden die internationalen Helfer abreisen und Aceh wird sich selbst überlassen. Was danach passiert, wird den Augen der Weltöffentlichkeit wie früher größtenteils verschlossen bleiben. Mit dem Abschluss des Wiederaufbauprogrammes versiegt auch eine wesentliche Geldquelle, die derzeit das ökonomische Rückgrat Acehs darstellt. Tausende lokaler Beschäftigter werden in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Der Nährboden für neuerliche Konflikte ist fruchtbar.

### ... und Westpapua

Die Komplexität, die den Unabhängigkeitsbestrebungen zugrunde liegt, ist vielleicht leichter am Beispiel Papuas deutlich zu machen.

kleine Minderheit der Papua hat in der Gesellschaft reelle Aufstiegschancen. Die große Mehrheit lebt – trotz Ressourcenreichtum – in bitterer Armut.

Auch die Papua führen völkerrechtliche Argumente ins Feld, um ihr Recht auf Unabhängigkeit zu unterstreichen. Westpapua befand sich nach der Unabhängigkeit Indonesiens zunächst weiter unter niederländischer Administration. Erst in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts machte der damalige Präsident Sukarno Gebietsansprüche geltend und ließ Truppen in Papua einmarschieren. Das New York Agreement der UN von 1962 verpflichtete Indonesien dazu, binnen sieben Jahren die Papua in einer Volksabstimmung zu befragen, wie sie sich ihre politische Zukunft wünschten. Doch statt einer Volksabstimmung führte Indonesien 1969 den so genannten „Act of Free Choice“ durch, an dem anstelle des gesamten Wahlvolkes nur 1.025 sorgsam ausgewählte und vorbereitete Wahlmänner teilneh-

40 Jahren getroffene Fehlentscheidung der UN rückgängig zu machen.

Die Lage in Papua bleibt weiterhin kritisch. Ein 2001 erlassenes Sonderautonomiegesetz wurde nur unzulänglich umgesetzt und war bislang nicht geeignet, den erhofften Beitrag zur Entspannung zu leisten. Identitätsstiftende Elemente wie etwa eine kritische Neubewertung der Geschichte blieben auf der Strecke. Zu tief sitzt die Angst der Indonesier, dass ein solcher Schritt eher als Katalysator für das Streben nach Unabhängigkeit wirken könnte, als den Papua dazu zu verhelfen, ihren Platz im Einheitsstaat zu finden. Die fast zeitgleich mit der Sonderautonomie einhergehende Teilung der Provinz Papua auf Grundlage eines Präsidialdekretes wurde von der dortigen Bevölkerung mehrheitlich als Rechtsbruch, Betrug und Demütigung empfunden.

Vergleichbar mit der Situation in Aceh findet auch in Papua keine ernst zu nehmende Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen



Rohstoffreichtum und Zentralismus spielen auch hier eine wesentliche Rolle (vgl. den Beitrag von Diaz Gwijangge in diesem Heft). Ein weiterer Faktor, der in Papua wie nirgendwo sonst in Indonesien zum Tragen kommt, ist das Erleben von ethnischer Diskriminierung. Die melanesischen Papua unterscheiden sich in ihrem Äußeren deutlich von den mehrheitlich malaiischen Indonesiern. Sie gelten den dominierenden Völkern Javas und Sumatras als primitiv und hinterwäldlerisch. Nur eine

men durften. Sie stimmten einvernehmlich für die Zugehörigkeit zu Indonesien. Ungeachtet der von offiziellen Beobachtern geübten Kritik, wurde das Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses von der UN anerkannt und ist somit völkerrechtlich wirksam. Zwar bezeichnen Diplomaten heute hinter vorgehaltener Hand die damalige Anerkennung des „Act of Free Choice“ als historischen Unfall. Dies ändert jedoch nichts daran, dass auf der internationalen Ebene niemand ernsthaft gewillt ist, eine vor

statt. Die neu gebildete Menschenrechtskommission blieb bislang ein zahnloser Tiger am Rande der Bedeutungslosigkeit. Und das Ergebnis des bis heute einzigen Verfahrens vor dem neuen Menschenrechtsgerichtshof in Makassar war eher geeignet, den Hass der Papua zu schüren als sie mit dem indonesischen Staat auszusöhnen: Die wegen Folter bis zum Tode angeklagten Polizisten wurden wegen „Nichtzuständigkeit des Gerichtes“ freigesprochen.

Neben den staatlichen Behörden tragen jedoch auch lokale Papua-Politiker einen wesentlichen Anteil an der Diskreditierung der Sonderautonomie. So bedarf es zur vollständigen Umsetzung des Gesetzes einer Reihe von Verordnungen, die von den Kammern des Provinzparlamentes verabschiedet werden müssen. In der Verschleppung dieser Gesetzgebungsverfahren sehen einige Beobachter in Jakarta eine absichtliche Verzögerungstaktik seitens der Abgeordneten in Papua. Ein weiterer Vorwurf geht an die Adresse der gewählten Volksvertreter Papuas: die unzureichende Verteilung von Geld. Die Teilhabe an den finanziellen Erträgen aus den natürlichen Rohstoffen Papuas ist ein wesentlicher Punkt des Sonderautonomiegesetzes. Seit dessen Erlass flossen erhebliche Geldströme aus Jakarta zurück in die Kassen der Provinz. Nur konnte bislang die einfache Bevölkerung mit wenigen Ausnahmen von diesen Mitteln kaum profitieren und wird über deren Verbleib im Unklaren gelassen. Ein detaillierter Bericht der Weltbank gibt die Erklärung: Ein Großteil der Mittel versackte in der lokalen Bürokratie. Investiert wurde in Gebäude und Fahrzeuge für die Volksvertreter. Der größte Ausgabeposten in den von der Weltbank gesichteten Unterlagen fand sich unter der Rubrik „Sonstiges“.

### Regionale Konflikte

Ähnlich wie in Ex-Jugoslawien oder der ehemaligen Sowjetunion, war der Zusammenbruch einer jahrzehntelangen absoluten Herrschaft auch im Vielvölkerstaat Indonesien mit erheblichen Werte- und Orientierungsverlusten verbunden. Die Normen und Regeln des alten Systems waren überholt. Aber der Elan der Demokratiebewegung von 1998 reichte nur so weit, um das verhasste Suharto-Regime zum Rücktritt zu zwingen. Eine Alternative über den Tag hinaus hatte die Bewegung nicht zu bieten. Was blieb, war ein Machtvakuum, das von allen erdenklichen Akteuren auf lokaler oder regionaler Ebene nach Belieben gefüllt werden konnte. Provinzfürsten mit politischen oder wirtschaftlichen Ambitionen, fanatisierte Religionsführer und viele andere entwickelten sich unter diesen Umständen zu dem, was man andernorts wohl als „Warlords“ bezeichnen würde. Religiöse, ethnische oder familiäre Bande waren die für die breite Masse am einfachsten zu verstehenden Identifikationsmuster, die von den „Warlords“ auf der Suche nach einer kampfbereiten Anhängerschaft instrumentalisiert werden konnten. Die existenziellen Nöte vieler Menschen aufgrund der gleichzeitigen Asienkrise kamen erschwerend hinzu: Kaum etwas war leichter, als andere Bevölkerungsgruppen zum Sündenbock für vermeintliche wirtschaftliche und soziale Disparitäten zu machen. Vor diesem Hintergrund gediehen blutige Konflikte auf den Molukken sowie in Zentral-sulawesi (vordergründig zwischen religiös verfeindeten Gruppen), in Westkalimantan (scheinbar ethnisch bedingt) und in geringerem Umfang in vielen anderen Regionen. Obgleich diese Konflikte, wie bereits erwähnt, nur in marginalem Zusammenhang mit Sezessionsbestrebungen standen, wurden sie aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Sezessionskonflikte in Osttimor, Aceh und Papua dennoch oft als Anzeichen einer drohenden „Balkanisierung“, d.h. des Zerfalls des Einheitsstaates Indonesien, gedeutet.

Die Folge davon war eine Überempfindlichkeit auf Seiten der Nationalisten, insbesondere der Streitkräfte, die sich selbst als Hüter der nationalen Einheit Indonesiens sehen. Das Militär verstand es meisterlich, Kapital aus diesen regionalen Konflikten zu schlagen: Zum einen flossen reichlich Gewinne aus der Kriegsökonomie, wie beispielsweise aus dem Verkauf von Sicherheit, zum anderen konnte anhand der Konflikte die Unentbehrlichkeit eines starken Sicherheitsapparates aufgezeigt werden. Diese reale Bedrohung der Sicherheit kam dem Militär wie gerufen: Es konnte so sein Image wieder herstellen, das wegen der engen Verquickung mit dem diktatorischen Regime Suharto angeschlagenen war.

Die Folge davon war eine Überempfindlichkeit auf Seiten der Nationalisten, insbesondere der Streitkräfte, die sich selbst als Hüter der nationalen Einheit Indonesiens sehen. Das Militär verstand es meisterlich, Kapital aus diesen regionalen Konflikten zu schlagen: Zum einen flossen reichlich Gewinne aus der Kriegsökonomie, wie beispielsweise aus dem Verkauf von Sicherheit, zum anderen konnte anhand der Konflikte die Unentbehrlichkeit eines starken Sicherheitsapparates aufgezeigt werden. Diese reale Bedrohung der Sicherheit kam dem Militär wie gerufen: Es konnte so sein Image wieder herstellen, das wegen der engen Verquickung mit dem diktatorischen Regime Suharto angeschlagenen war.

### Der indonesische Einheitsstaat – welcher Leim hält ihn zusammen?

Auf einen Zerfall des indonesischen Einheitsstaates gerichtete Ängste oder Hoffnungen – je nach Perspektive der Betrachter – sind bis auf weiteres sicher unbegründet. Weniger, weil der Zusammenhalt, den der Einheitsstaat bietet, so überzeugend stark wäre, als vielmehr, weil die potenziell abtrünnigen Regionen bislang kaum dazu in der Lage wären, ihre politischen und wirtschaftlichen Geschicke in die eigene Hand zu nehmen.

Gibt es denn abseits dessen eine nationale Identität, gemeinsame Werte und Ziele, die den auf tausende Inseln verteilten, sich zu sechs großen Religionsgemeinschaften bekenntenden und Hunderte verschiedener Sprachen sprechenden Volksgruppen einen Zusammenhalt bietet?

Der heutige Staat Indonesien umfasst die Gebiete Südostasiens, die früher unter niederländischer Kolonialherrschaft standen. Es handelt sich dabei um eine eher „zufällige“ Zusammenlegung von Gebieten, die über keine ethnischen, kulturellen, religiösen, sprachlichen oder gar nationalen Gemeinsamkeiten verfügten. Unter diesen Kriterien betrachtet, wären Zusammenschlüsse von Sumatra mit West-Malaysia oder von Kalimantan mit Ost-Malaysia (Sabah und Sarawak) sicher näher liegender gewesen, als ein Staatsgebilde, das nach Gemeinsamkeiten zwischen Aceh und Flores, zwischen Mentawai und Surabaya sucht.

Die „Nationale Bewegung“ Indonesiens geht auf die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Damals formierte sich zum ersten Mal eine regional übergreifende Freiheitsbewegung gegen die holländischen Unterdrücker. Die „nationalen“ Ziele wurden dieser Bewegung aufgepflanzt, um den Zusammenhalt zu stärken.

Ohne den Unabhängigkeitskampf und vor allem die großen Opfer, die dabei erbracht wurden, schmälern zu wollen, muss der Erfolg dieses Kampfes letztendlich wohl in engem Zusammenhang mit dem Ende des zweiten Weltkrieges und der dadurch entstandenen neuen Weltordnung gesehen werden – eine Entwicklung, die Indonesien mit zahlreichen anderen ehemaligen Kolonien in Asien und Afrika teilt.

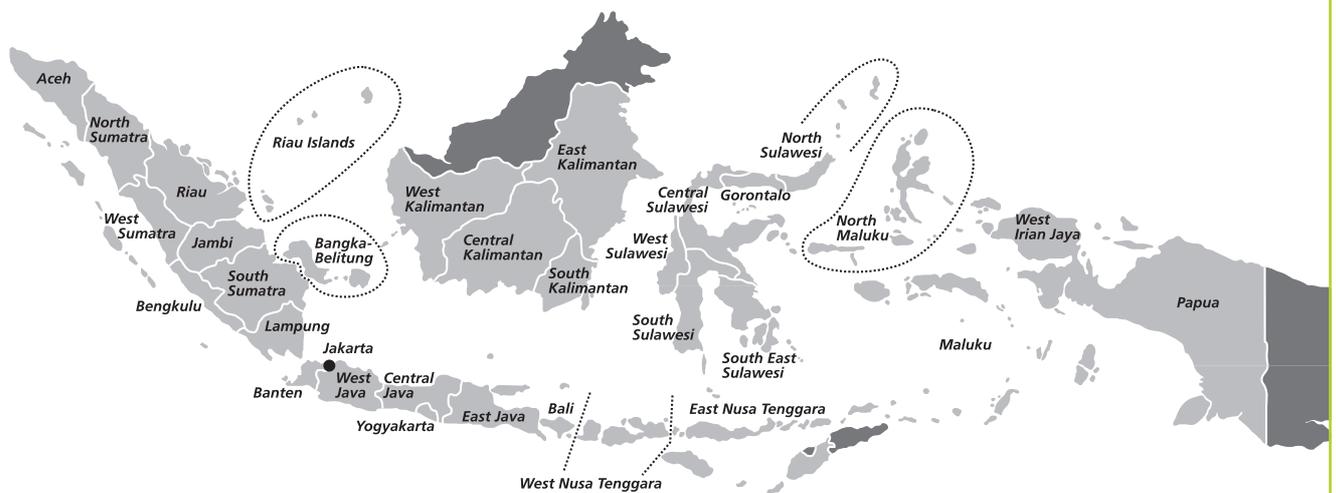
### Indonesien – kein Nationalstaat

Die Entstehungsgeschichte dieser jungen unabhängigen Staaten ist völlig verschieden zu der über Jahrhunderte gewachsenen Genese der als „klassische Nationalstaaten“ angesehenen Staaten Mitteleuropas. Insbesondere die Staaten Insel-Südostasiens mit ihrer extrem hohen Diversität von Ethnien und Kulturen erfüllten kaum eines der Kriterien, um sich innerhalb kürzester Zeit – in Indonesien lagen

weniger als 10 Jahre zwischen Beginn des Pazifikkrieges bis zum endgültigen Abzug der Niederländer und der internationalen Anerkennung 1949 – zu einem Nationalstaat zu mausern. Das einzige identitätsstiftende Element Indonesiens in seiner Gesamtheit ist die ehemalige Kolonisierung durch die Niederlande. Es ist vielleicht psychologisch bedeutsam, dass dieser eine Identitätsbestimmende Faktor keine eigene Errungenschaft, sondern Ergebnis von Jahrhunderten Fremdbestimmung war. Nicht einmal der Name „Indonesien“ ist

Worin liegt also die Bedeutung von nationaler Einheit und Identität? Besteht ein internationaler Druck dahingehend, dass nur Nationalstaaten als „richtige“ Staaten anerkannt werden? Oder gibt es möglicherweise einen Komplex seitens der unabhängig gewordenen Kolonien, der dazu führt, sich als Nationalstaat beweisen zu müssen? Es gibt durchaus ganz pragmatische Gründe, die ein gewisses Maß an innerer Einheit notwendig machen:

Waffengewalt zurück zu gewinnen, versuchten sie durch die Bildung der sog. Vereinigten Staaten von Indonesien (Republik Indonesia Serikat; RIS) mehrere nur locker miteinander verbundene Entitäten zu schaffen, die leicht gegeneinander auszuspielen gewesen wären. Der Versuch wurde in Indonesien als „Teile- und Herrsche-Politik“ gewertet, mit der Folge, dass der Begriff „Föderalismus“ bis heute als Unwort gilt. In den fünfziger Jahren lieferten sich auf Sumatra und Sulawesi militante islamische Bewegungen bewaffnete Konflikte mit



aus der eigenen Kultur, Sprache oder Geschichte gewachsen. Es war ein Brite, der Ethnologe J. Logan, der diesen Begriff 1850 prägte.

Man war Opfer derselben Unterdrücker – und für das mittlerweile unabhängige Osttimor stimmte nicht einmal das. Aber reicht das, um eine Nation so immenser geografischer Ausmaße wie Indonesien zu begründen? Zumal die Gemeinsamkeit als Opfer desselben Kolonialsystems hinterfragbar ist, denn der Grad des Leidens unter den Holländern war in den verschiedenen Regionen recht unterschiedlich ausgeprägt – unter anderem in Abhängigkeit von der jeweiligen Intensität der Machtausübung, der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedeutung der Gebiete und nicht zuletzt der Frage, ob sich die traditionellen Führer gegen die Kolonisatoren auflehnten oder mit diesen kollaborierten. Die Kolonialgeschichte West-Javas ist eine andere als die der Molukken.

Zum einen die Frage der Regierbarkeit. Ohne ein Mindestmaß an gemeinsamen Werten, denen sich Beamte verpflichtet fühlen, ist das Funktionieren einer staatlichen Verwaltung nicht zu gewährleisten. Der gemeinsamen Sprache kommt hier ein besonderer Stellenwert zu. Nur ein reiches Land wie die Schweiz mag sich den Luxus von drei Nationalsprachen leisten können. Indonesien wäre zweifelsohne überfordert gewesen, alle ca. 250 im Archipel gesprochenen Sprachen gleichberechtigt zu National- und Verwaltungssprachen zu erheben.

Zu große Diversität macht den Staat verwundbar gegenüber Sezessionsbewegungen und Spaltungsversuchen seitens äußerer Mächte. Indonesien erlebte in den ersten Jahren der Republik gleich mehrere solcher Versuche. Nachdem es den Niederlanden nicht gelungen war, ihre Kolonie nach dem 2. Weltkrieg mit

der Republik. Wie spätestens mit dem Abschuss eines US-Militärflugzeuges als bewiesen galt, wurden diese Konflikte von der CIA unterstützt, um den linkspopulistischen Anti-Imperialisten Sukarno, Staatsgründer und erster Präsident Indonesiens, zu schwächen.

### Sukarnos Versuch eines nation-building

Sukarnos kämpferische Slogans hatten daher durchaus ihre realen Hintergründe. Die jungen Habenichtse mussten sich gegen die reichen Staaten der Ersten Welt behaupten. Ein Kampf von David gegen Goliath, der nur durch einen hohen Grad an Motivation und Einigkeit zu bestehen war. Obgleich das Ausland seine Interessen heute mit ganz anderen Mitteln als damals wahrnimmt, erzeugt doch jede noch so kleine Äußerung eines Ausländers zu den inneren Problemen Indonesiens noch immer Misstrauen und sofortige Abwehrhaltung.

Dabei wird Ausländern mitunter ein hohes Maß an Toleranz abverlangt. Es gilt vorsichtig und überlegt mit Gefühlen und Denkweisen umzugehen, die der eigenen Kultur und Geschichte entwachsen sind. Wer sich beim Hören des bekannten Songs „Dari Sabang sampai ke Merauke“ (= von Sabang bis Merauke) unangenehm an die nicht minder berühmte Liedzeile „von der Maas bis an die Memel“ erinnert fühlt, sollte seine Gedanken besser für sich behalten. Viele Indonesier werden darauf bestenfalls mit verständnislosem Kopfschütteln reagieren. Heftigere Reaktionen liegen ebenso im Bereich des Möglichen wie das von anerkennendem Schulterklopfen begleitete Kompliment an den deutschen Gast für „Hitler, den starken Führer, den Deutschland einmal hatte.“ Der deutsche Gast, der entrüstet und beschämt umgehend versuchen wird, sich von Hitler zu distanzieren, wird noch mehr irritiert sein, wenn er feststellt, dass sein Gegenüber keineswegs ein tumber Faschist ist, sondern sich als Anhänger Sukarnos zu erkennen gibt. Der im Westen wegen seiner „sozialistischen“ Experimente und seiner Nähe zu kommunistischen Parteien und Regimen als „links“ eingestufte erste Präsident Indonesiens hatte verschiedene Vordenker des deutschen Faschismus studiert und fühlte sich von einigen ihrer Ideen durchaus inspiriert. Er verstand es, das Streben nach Unabhängigkeit und die Sehnsucht nach einem starken Führer mit einem starken Nationalgefühl zu vereinen; letzteres begründet auf die schiere Größe des „befreiten“ Territoriums – der Republik Indonesien von Sabang bis Merauke. Scheinbar so unvereinbare Gegensätze wie faschistoides Gedankengut und linksorientierte Politikkonzepte meisterte er auf seine ganz eigene Art.

Sukarno, der noch heute hohe Popularität genießt, bemühte sich, Gegensätze zu überwinden, indem er (Formel-)Kompromisse suchte. Sukarno sah seine wesentliche Aufgabe nach der Unabhängigkeit im „nation building“, also dem Aufbau einer Nation. Streng genommen fallen etliche Maßnahmen Sukarnos, die seiner Politik des „nation building“ zugeschrieben werden, eigentlich unter den Begriff „state building“.

Freilich beschränkten sich die Kompromisse Sukarnos mitunter auf wohlklingende Worthülsen. Es mag der Versuch gewesen sein, dialektisch aus These und Antithese eine Synthe

se zu schmieden. Wenn sich Gegensätze nicht miteinander verbinden ließen, wurden sie unter neuen Begrifflichkeiten kurzerhand zu einer Einheit zusammengeschiedet, die in Wirklichkeit keine war. Der vielleicht waghalsigste Versuch eine solche Einheit herzustellen, war der Begriff NASAKOM. Er stand für Nationalismus, Glaube (Agama) und Kommunismus – die drei seinerzeit dominanten gesellschafts- und parteipolitischen Strömungen. Über alle ideologischen Gegensätze hinweg versuchte Sukarno, diese drei Strömungen zu einem gemeinsamen Ganzen zu definieren. Ein politischer Balanceakt, der schließlich fatal scheitern sollte und in einem Blutbad endete. 1965 übernahm Suharto die Macht und Hunderttausende, wenn nicht Millionen, tatsächliche und vermeintliche Anhänger der Kommunistischen Partei (PKI) wurden ermordet.

### Die Staatsphilosophie Pancasila

Bhineka Tunggal Ika – Einheit in der Vielfalt – war sozusagen die Mutter aller der genannten Kunstbegriffe und die Staatsphilosophie Pancasila ihre Durchführungsverordnung. 1945 ursprünglich von Sukarno formuliert, sollte die Pancasila (Sanskrit: „fünf Säulen“) als gemeinsame Vision die äußerst unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen Indonesiens vereinen. Unter Suharto ist sie später zu einem Instrument der Gleichschaltung geworden, dem alle gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen gesetzlich verpflichtet waren. Die Pancasila steht für die integralistische Staatsidee, nach der die indonesische Gesellschaft ein Kollektiv bildet, in dem das Individuum der Gemeinschaft untergeordnet ist. Gesellschaftliche Harmonie soll die politische Kultur Indonesiens bestimmen, wobei reale Interessenskonflikte geleugnet und dem „westlich-liberalen“ Individualismus zugeordnet werden.

#### Die fünf Säulen der Pancasila sind:

1. Glaube an einen allmächtigen Gott
2. Humanität
3. Nationale Einheit
4. Auf Konsens basierende Demokratie und
5. Soziale Gerechtigkeit

Sukarno hatte sich massiv dem Bestreben islamischer Kräfte widersetzt, die sogenannte Jakarta-Charter (Piagam Jakarta) in die Ver-





Das Staatswappen der Republik Indonesien zeigt die fünf Symbole der Pancasila vor dem mythischen Garuda-Adler mit dem Motto: „Einheit in der Vielfalt“. Stern: Glaube an einen allmächtigen Gott; Kette: Humanität; Banyan-Baum: Nationale Einheit; Banteng-Büffel: Auf Konsens basierende Demokratie; Baumwolle und Reis: Soziale Gerechtigkeit © Rüdiger Siebert

fassung aufzunehmen, die den Islam für alle Muslime zur verbindlichen Rechtsgrundlage gemacht hätte. Sukarno wollte die Gleichberechtigung aller Religionen, ganz im Sinne von Bhineka Tunggal Ika. Der Glaube an einen Gott sollte ein verbindendes Element sein. Indonesien sollte keine Staatsreligion haben, aber ausdrücklich auch kein säkularer Staat werden, wie es im Westen oft fälschlich ausgelegt wird.

Unter Suharto erfuhr diese Säule der Pancasila eine weit reichende Neuinterpretation: der „Glaube an einen einzigen Gott“ wurde zur Verpflichtung eines jeden Staatsbürgers. Dies zielte insbesondere auf die chinesische Minderheit, die zu größeren Teilen Konfuzianer waren, und die Kommunisten, die fälschlicherweise oft als „gottlose“ Atheisten dargestellt wurden. Die ursprünglich integralistische erste Säule der Pancasila wurde so zu einer Waffe umgeschmiedet, mit der bestimmte Gruppen von der Gesellschaft ausgeschlossen werden konnten. Neben Indonesiern chinesischer Abstammung und vermeintlichen PKI-Anhängern, hatten spätestens mit dieser Definition auch die indigenen Völker ein Problem, die bislang Animisten waren.

### Bahasa Indonesia – ein Volk, eine Sprache

Ein sehr wichtiger Schritt zur Verwirklichung von „Einheit in der Vielfalt“ und „nation building“ war die Einführung von Bahasa Indonesia als Nationalsprache. Der Begriff „Bahasa Indonesia“ wurde auf dem 2. Jugendkongress von 1928 geprägt. Der Leitspruch war „Satu nusa, satu bangsa, satu bahasa!“ (Ein Land, ein Volk, eine Sprache!). Eine einzige Verkehrssprache, die in sämtlichen Schulen gelehrt wird, in der Gesetze und Verordnungen geschrieben werden, und die von nahezu sämtlichen Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) verwendet wird.

Die Wahl von Bahasa Indonesia als Nationalsprache war ein Glücksgriff. Eigentlich dem Malaiischen entlehnt, wurde diese Sprache von praktisch keinem der indonesischen Völker als Muttersprache gesprochen, aber als weit verbreitete Verkehrs- und Handelssprache von sehr vielen verstanden. Die Einführung der größten einheimischen Sprache – Javanisch – hätte die ohnehin von vielen kleineren Völkern misstrauisch beäugte Domi-

nanz der Javaner zu deutlich betont und die junge Republik damit vor eine Zerreißprobe gestellt. Niederländisch, die ebenfalls weit verbreitete Sprache der Kolonialherren, kam wohl aus ideologischen Gründen nicht in Betracht.

### Verordnete Einheit – das Ende der Vielfalt

Während Sukarno versuchte, Unterschiede zu überwinden und Gemeinsamkeiten herzustellen, sah das Suharto-Regime diese Entwicklung offenbar als abgeschlossen an. „Nation building“ war kein Thema mehr. Suharto versuchte eher den Eindruck zu vermitteln, die indonesische Nation habe es schon immer gegeben. Gewagte historische Verweise begründeten die territoriale Ausdehnung Indonesiens nun mit der Ausdehnung des Majapahit-Reiches im 14. Jahrhundert oder im Falle von Papua mit der Ausdehnung des Sultanats von Tidore. Zunehmend wurde der Begriff der nationalen Einheit auf die territoriale Einheit reduziert, während anstelle der Einheit des Volkes die Vereinheitlichung des Volkes trat.

Der inoffizielle Maßstab, an dem sich alle zu messen hatten, waren die Verhältnisse auf Java. Die Bewohner Javas sind sich dessen jedoch am wenigsten bewusst. Sie reagieren mit völligem Unverständnis, wenn ihnen Ignoranz oder diskriminierende Ansichten vorgeworfen werden. Umgekehrt sind natürlich auch die Bewohner der abgelegenen Regionen nicht immer Meister einer differenzierten Analyse. In Papua beispielsweise hegen viele indigene Einwohner Vorbehalte bis hin zu offenem Hass auf „die Javaner“, die sich dort „breit machen“. Dabei handelt es sich um Migranten, die teils im Rahmen von Regierungsprogrammen, teils auf eigene Faust nach Papua umgesiedelt sind. Nicht wenige dieser vermeintlichen „Javaner“ stammen von den Molukken oder aus Sulawesi.

Festzuhalten bleibt, dass unter Suharto der innere Zusammenhalt Indonesiens nicht gestärkt, sondern geschwächt wurde. Zahlreiche Konflikte wurden gesät, die erst später, nach Überwindung des repressiven Systems, zum Ausbruch kommen sollten.

Mit seinem Verzicht auf die Fortsetzung des „nation building“ versäumte es Suharto, neue

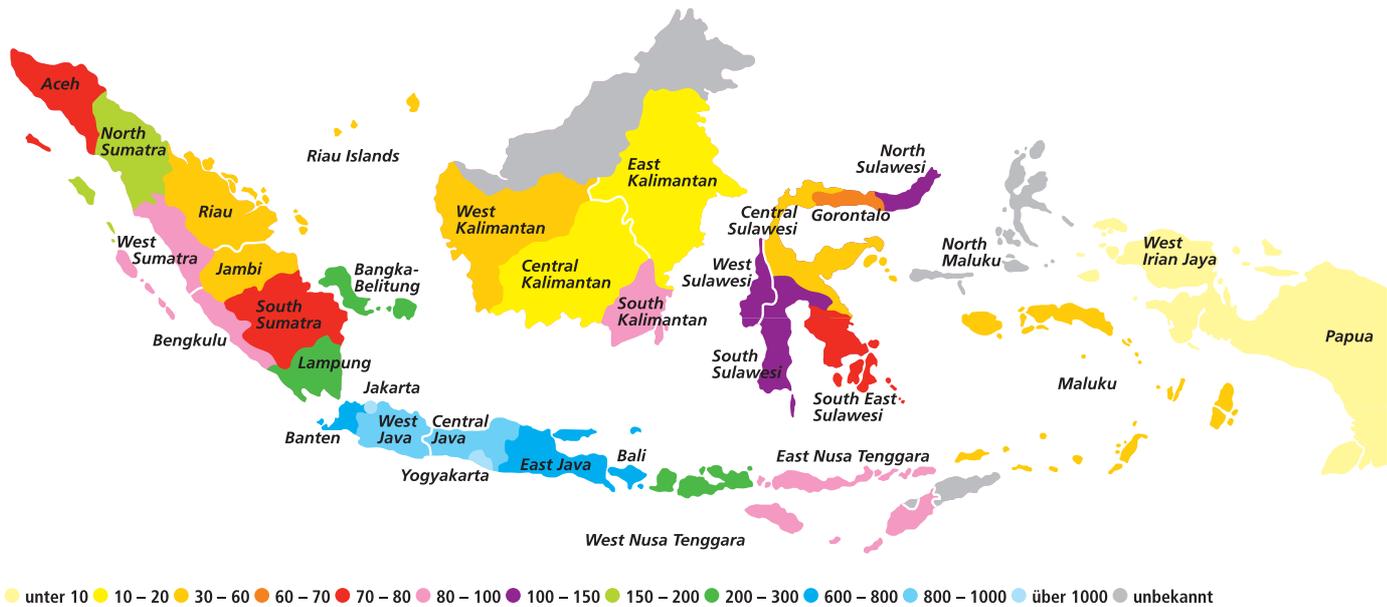
identitätsschaffende Werte zu schaffen. Eine Zeit lang gelang es ihm, diesen Mangel durch eine scheinbar erfolgreiche Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu übertünchen. Aber spätestens nachdem „sein“ Wirtschaftswunder 1997/1998 wie eine leere Seifenblase zerplatzte, sieht sich Indonesien einer Identitätskrise ausgesetzt. „Auf was sollen wir als Indonesier stolz sein?“, lautet die unausgesprochene Frage.

### Die Regierungen nach Suharto

Es mag als Zeichen der Demokratisierung Indonesiens gedeutet werden, dass nach einer Periode von 53 Jahren mit nur zwei Präsidenten (Sukarno und Suharto), in den neun Jahren seit 1998 nicht weniger als vier Präsidenten (B. J. Habibie, Abdurrahman Wahid, Megawati Sukarnoputri und Susilo Bambang Yudhoyono) das Land regierten. Die Indonesier machten reichlich Gebrauch von der neu errungenen Möglichkeit, ihr Staatsoberhaupt durch Wahl oder Amtsenthebungsverfahren auszuwechseln. Doch was im Ausland als demokratische Errungenschaft gefeiert werden mag, wird in Indonesien selbst eher als Zeichen der Schwäche gewertet. Keine der Regierungen seit 1998 zeigte sich willens oder in der Lage, für durchgreifende Verbesserungen der Lebensumstände zu sorgen. Abseits einiger demokratischer Errungenschaften wie Presse- und Meinungsfreiheit, die in der Praxis im wesentlichen einer (intellektuellen) Elite vorbehalten bleiben, können die wenigsten behaupten, dass es ihnen heute besser geht, als seinerzeit unter Suharto. Lange, viel zu lange dauerte die Erholung von der Asienkrise, die das Land zeitgleich mit dem Ende der Suharto-Ära überrollte.

Die in diesem Beitrag geschilderten Zerfallerscheinungen an der Peripherie sind nur eine Folge der seit Ende der Neunziger bestehenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zerwürfnisse. Die andere Seite sind die nicht minder schweren, gesellschaftlichen Zerwürfnisse im Zentrum des Archipels. Auf der Hauptinsel Java leben mehr als 100 Millionen Menschen, fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung. „Einheit in Vielfalt“ hin oder her: auf Java werden Wahlen gewonnen oder verloren. Die Zukunft Indonesiens wird auf Java entschieden. Jenseits der Probleme an der Peri-

Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km<sup>2</sup>)



perie ist und bleibt daher die erste Sorge einer jeden Regierung die Lage auf Java. Längst kam es auch hier zur Polarisierung zwischen islamisch bis islamistisch orientierten und „säkularen“ Kräften. Entlang dieser Bruchlinie wurde die jüngst erfolgte Wahl des Gouverneurs der Hauptstadt Jakarta entschieden – zugunsten des „säkularen“ Kandidaten.

Die Konflikte in Osttimor, Aceh, Papua, auf Kalimantan, Sulawesi und den Molukken waren und sind zweifelsohne von großer Bedeutung. Dennoch erfuhren diese Konflikte aus unterschiedlichen Gründen – unter anderem wegen der damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen – im Ausland eine weitaus höhere Aufmerksamkeit, als in dem mit sich selbst beschäftigten Zentrum Indonesiens. Die berechtigte Kritik von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland hielt die seit 1998 politisch Verantwortlichen unter beständigem Zugzwang, was jedoch dazu führte, dass diese Kritik zunehmend als Einmischung in innere Angelegenheiten verstanden wurde. Vielen fällt es schwer, zwischen Interessen von Staaten, ausländischen Unternehmen und Stimmen der Zivilgesellschaft zu unterscheiden – ein Momentum, welches sich bestimmte Kreise in Indonesien zu Nutze machen, um völlig indifferenziert gegen „das Ausland“ zu polemisieren.

Diese „neo-nationalistische“ Haltung wurde mittlerweile zu einer der stärksten Klammern, die Indonesien zusammenhält. Im Misstrauen gegen „das Ausland“ treffen sich so unterschiedliche politische und gesellschaftliche Lager wie Alt-Sukarnoisten, Islamisten, Globalisierungskritiker und breite Teile des Militärs. Im Interesse der Wahrung innenpolitischer Stabilität kann es sich derzeit keine, von wem auch immer angeführte, Regierung leisten, sich gegenüber „dem Ausland“ als allzu moderat und kompromissbereit zu zeigen. Andererseits ist der derzeitige Präsident Susilo Bambang Yudhoyono Realpolitiker genug, um sich der existierenden Sachzwänge in einer globalisierten Welt bewusst zu sein. Yudhoyono geht den Weg der kleinen Schritte. Er vermeidet große Worte und bahnbrechende Entscheidungen. Er kann vielleicht die schlimmsten Auswüchse verhindern, aber er wird weder die Probleme an der Peripherie noch im Zentrum umfassend lösen können. Trotz einiger vorzeigbarer Erfolge, etwa in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, ist er nicht der Mann, der den Indonesiern eine neue Aufbruchstimmung vermitteln könnte. Er ist kein „starker Führer“. Im kommenden Jahr wird die Suche nach einem solchen bei den Präsidentschaftswahlen in die nächste Runde gehen.

#### Alexander Flor (1963)

Dipl.-Ing., 1991 Mitbegründer und seit 1996 Geschäftsführer von Watch Indonesia! – Arbeitsgruppe für Menschenrechte, Demokratie und Umweltschutz in Indonesien und Osttimor e.V. in Berlin; seit 2000 Mitglied im Vorstand des Forum on Indonesian Development (INFID), dem größten NGO-Netzwerk Indonesiens mit Sitz in Jakarta; seit 2005 internationaler Vertreter im Executive Board.





# Lokale **Autonomie**

Gemeindeinitiativen für nachhaltigen Frieden | Don K. Marut

**D**er Frieden auf den Molukken, bzw. der Übergang vom Kriegsrecht zur zivilen Ordnung, wurde durch die Wiedereröffnung eines Kentucky Fried Chicken-Restaurants im Geschäftszentrum von Ambon im April 2003 signalisiert. Das wieder aufgebaute Restaurant, das sogar größer als vor dem Konflikt ist, liegt in dem während der Unruhen niedergebrannten Einkaufszentrum Plaza Ambon. Am Tag der Neueröffnung gab es keine getrennten Warteschlangen für Christen und Muslime mehr. Stattdessen standen Angehörige beider Religionen gemeinsam für ihr Essen an. Was ist die Beziehung zwischen der Eröffnung des Kentucky Fried Chicken-Restaurants – der Lizenzigentümer ist ein enges Familienmitglied von Expräsident Suharto – und dem Friedensprozess auf den konfliktreichen Molukken?

Konflikte in Indonesien sind aus unterschiedlichen Perspektiven interpretiert worden. Unterschiedliche Perspektiven von unterschiedlichen Akteuren bringen natürlich auch unterschiedliche Lösungsvorschläge mit sich. Manche Akteure sind von Samuel P. Huntingtons Buch „Der Kampf der Kulturen“ beeinflusst. Andere richten sich nach der traditionellen indonesischen Interpretation ethnischer, religiöser und anderer kommunaler Konflikte. Diese unter dem Kürzel SARA bekannte Sichtweise diente dem Suharto-Regime zur Legitimation lokaler Operationen gegen Zivilisten (SARA bedeutet „Suku“, „Agama“, „Ras dan Antar-Golongan“, d. h. Stamm, Religion, „Rasse“ und Inter-Gruppenbeziehungen). Wieder andere Akteure interpretierten den Konflikt als Teil einer Strategie von Militär und Polizei, die auf die Sicherung ihrer illegalen Zusatzeinkünfte und der Legitimation ihrer politischen Rolle auf der regionalen Ebene abzielt.

Die verschiedenen Perspektiven beeinflussen auch die vorgeschlagenen Methoden zur Konfliktlösung. Die von der SARA-Doktrin beeinflusste Regierung fand, dass die Beziehungen zwischen den ethnischen oder religiösen Gruppen immer noch nicht dem Staatsprinzip „Einheit in Vielfalt“ entsprechen. Diese Denkweise wurde auch von internationalen Nichtregierungsorganisationen (NROs) und den Vereinten Nationen aufgenommen.

Bestimmte Akteure führen den Konflikt auf einen erstarkenden islamischen Fundamentalis-

mus zurück. Sie empfehlen Aktivitäten, die die Öffnung islamischer und junger, politischer Führer und Intellektueller fördern. Bestimmte ausländische Universitäten haben ihre Indonesistik-Programme in Islamistik-Programme umgewandelt, Stipendien an muslimische Studenten vergeben und Beziehungen mit islamischen Universitäten und Instituten in Indonesien aufgebaut.

Die meisten NROs in Indonesien glauben, dass der Konflikt von Militär und Polizei verursacht wurde, die nur ihre zusätzlichen Einkommensquellen im Sicherheitsgeschäft zu sichern versuchen. Deswegen setzen sie sich für die Abschaffung der Geschäfte des Militärs ein. Natürlich bietet der Konflikt auf den Molukken nur einen von vielen Gründen für eine solche Abschaffung.

All diese Akteure bieten überzeugende Argumente und „Rezepte“ für eine Konfliktlösung. Ich möchte jedoch einen anderen Blickwinkel auf den Konflikt und Maßnahmen für nachhaltigen Frieden in den Konfliktregionen Indonesiens vorschlagen. Dieser Vorschlag basiert auf meinen langjährigen Beobachtungen und Feldarbeit in bestimmten Teilen Indonesiens.

### Konflikte und natürliche Ressourcen

Indonesiens Geschichte ist eine Geschichte der Konflikte. Unter Suharto wurden diese durch militärische Gewalt unterdrückt. Nach dem Ende der Suharto-Ära breiteten sich Konflikte zwischen verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen rapide aus. Es gibt auch Fälle von Konflikten innerhalb ethnischer und religiöser Gruppen, doch wurden diese anders bezeichnet, wie etwa der Krieg zwischen Praktikern schwarzer Magie in Ostjava.

Die Ermordungen lokaler Führer in Ostjava zwischen 1998 und 1999, die in der Öffentlichkeit als „der Krieg der schwarzen Magie“ bezeichnet wurden, der Konflikt zwischen Dayaks und maduresischen Immigranten in Kalimantan, der Konflikt zwischen religiösen Gruppen in Zentralsulawesi, der Konflikt zwischen Stammesgruppen in Westpapua, der Konflikt zwischen religiösen Gruppen auf den Molukken und im nördlichen Teil der Molukken: Sie alle brachen aus, nachdem in der jeweiligen Region größere Investitionen getätigt worden waren. Kalimantan wurde für

Kohleabbau und Großplantagen vorbereitet. In Zentralsulawesi gibt es drei große transnationale und vier nationale Konzerne, die eine Expansion ihrer Unternehmungen im Abbau von Nickel, Gold, Öl und Gas, im Palmenanbau und in der Elektrizitätsgewinnung planen. Ostjava ist im Begriff, ein neues Ölfeld und ein Testgebiet für genetisch modifiziertes Saatgut transnationaler Landwirtschaftskonzerne zu werden. All diese Unternehmungen brauchen das Land, das der örtlichen Bevölkerung gehört, weswegen letztere von ihrem Land vertrieben wurde.

Dies ist allen so genannten horizontalen Konflikten (also ethnischen, religiösen und Konflikten zwischen anderen Gruppen) in Indonesien gemein. Sie alle brachen aus, nachdem neue Investitionen getätigt oder existierende Investitionen ausgeweitet wurden. Konflikte gibt es nur dort, wo es auch einen Überfluss natürlicher Ressourcen gibt, die von großen nationalen und transnationalen Konzernen ausgebeutet werden können. In ihrem Buch „Multitude“ weisen Antonio Negri und Michael Hardt auf die Beziehungen zwischen globalen Interessen, multinationalen Konzernen und örtlichen Konflikten, wie etwa in Aceh, hin. Der neue Slogan der Versöhnungsprozesse in vielen Konfliktgebieten lautet: „Konflikt – Nein, Investitionen – Ja!“ Dies wird der örtlichen Bevölkerung so präsentiert, als seien „Investitionen“ eine neue Religion oder Ethnizität, die die Menschen alternativ zu ihrer bisherigen Religion oder Ethnizität annehmen müssen. Die örtliche Bevölkerung sieht sich mit der Eingrenzung oder Übernahme ihres traditionellen Landbesitzes durch multinationale oder nationale Konzerne konfrontiert. Diejenigen unter ihnen, die um ihr Land kämpfen, werden als Drahtzieher von Konflikten bezeichnet oder werden als „Prokocateure“ stigmatisiert.

Das wird auch daran deutlich, dass sich die Regierung mit Hilfe ausländischer Kredite mehr auf die Schaffung einer Infrastruktur für neue Investitionen konzentriert, als auf die Unterstützung der Opfer von Konflikten. Noch während der Konflikt auf den Molukken schwelte, begann die Regierung mit dem Bau eines modernen und luxuriösen Flughafens in Ambon, der Hauptstadt der Provinz der Molukken. Der alte Flughafen wurde zu einem

modernen, internationalen Flughafen aufgewertet. Auf der entlegenen Insel Kei, wohin sich kaum ein Frachtschiff verirrt, wurde ein großer Hafen gebaut. Anstatt Wohnungen für die vielen Binnenflüchtlinge bereitzustellen, die mehr als drei Jahre lang in temporären Unterkünften oder öffentlichen Gebäuden hausten, versuchte die Regierung, eine moderne Infrastruktur zu schaffen, um Investoren anzulocken. Investitionen mögen der Regierung zusätzliche Einkünfte einbringen, doch bezahlt die unschuldige örtliche Bevölkerung hierfür mit dem Leben.

Konflikte gibt es nur in den Gegenden, in denen nationale oder multinationale Konzerne neue Investitionen in der Ausbeutung natürlicher Ressourcen planen oder existierende Investitionen in diesem Bereich ausweiten wollen. Immer noch werden die meisten Investitionen in Indonesien im Bereich der Ausbeutung natürlicher Ressourcen getätigt, gefolgt von Investitionen in die Infrastruktur und im Einzelhandel. Ende 2006 gab das Forstwirtschaftsministerium bekannt, dass die Regierung Investoren in der Holz- und Plantagenindustrie Lizenzen anbiete. Gleichzeitig wurde ein Fonds eingerichtet, mit dessen Hilfe Ländereien in Sumatra und Sulawesi nutzbar gemacht werden sollten. Darüber hinaus gab der Landwirtschaftsminister bekannt, dass die Regierung 8,2 Millionen Hektar Land für Plantagen und Landwirtschaft, vor allem für den Anbau von Palmöl und Zuckerrohr, vorbereitet habe. Wo kommen diese Ländereien her? Es ist offensichtlich, dass sie der von Konflikten vertriebenen örtlichen Bevölkerung einfach weggenommen wurden. Dies geschah unter anderem in Halmahera (Nord-Molukken), der Insel Seram (Molukken), Zentralsulawesi, Ostjava, Zentralkalimantan und Sumbawa.

Konflikte werden geschaffen oder angeheizt, um die örtliche Bevölkerung von ihren Ländereien zu vertreiben und Platz für nationale und internationale Investoren zu schaffen, die die reichen, natürlichen Ressourcen ausbeuten wollen. Dabei werden die ursprünglichen Besitzer für ihre Verluste nicht entschädigt. Wenn dies der Grund für die vielen Konflikte ist, müssen wir die bestehenden Ansätze und Methoden zur Konfliktlösung in Indonesien hinterfragen. Es sollte andere Wege geben, um die Konflikte zu verstehen und zu lösen

und um nachhaltigen Frieden zu schaffen. Ein Fall aus den Molukken soll als Beispiel für eine positive Initiative lokaler Gruppen dienen, die während des Konfliktes noch gegeneinander kämpften, sich aber mittlerweile über die eigentlichen Ursachen des Konfliktes bewusst sind.

### Lokale Weisheit und Wissensproduktion

Experten und Praktiker aus dem Bereich der partizipativen Entwicklung gehen davon aus, dass Wissen durch Assoziation und Kommunikation entsteht. In Gemeinschaften mit starken sozialen und kulturellen Verknüpfungen wurde Wissen über Generationen hinweg konstruiert, übermittelt, weiterentwickelt und sogar sanktioniert. Als einen Teil höheren Wissens bezeichnet man moralische Werte, die zu Regeln und Normen entwickelt werden, die wiederum Denk- und Verhaltensmuster regulieren. Diese Art von Wissen wird zu Normen, Regeln, Institutionen und Werten, die der Gemeinschaft als moralische Grundlage, kulturelle Orientierungshilfe und Weltanschauung dienen.

Moralische Grundlagen und kulturelle Orientierungshilfen dienen der Urteilsbildung und der Findung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, sowohl für die Gesamtgemeinschaft als auch für einzelne Familiengruppen, Haushalte und Individuen. Darüber hinaus bestimmen sie Verhaltens- und Interaktionsmuster zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft und zwischen Mitgliedern der eigenen und anderer Gemeinschaften.

Im Bezug auf Konflikte bestimmt die Weltanschauung auch, ob die Gemeinschaft als Ganzes aufgerufen ist, sich kollektiv in einen Konflikt einzubringen, oder ob dies eine individuelle Verantwortung ist. Die Verantwortungsebenen bei kollektiven Handlungen sind ebenfalls durch die sozialen und moralischen Grundlagen bestimmt. Auf den Molukken gibt es nur zwei Gründe, die die Gemeinschaft zur kollektiven Teilnahme an konfrontativen Konflikten bewegen: Land- und Seegrenzen sowie Frauen. Bei einer Verletzung der Land- und Seegrenzen nimmt die ganze Gemeinschaft an ihrer Verteidigung teil. Maßnahmen reichen von friedlichen Ansätzen wie Verhandlungen bis hin zur offenen Kriegsführung.

Wenn eine Frau der Gemeinschaft von einem Mann außerhalb der Gemeinschaft belästigt wird, verpflichtet auch dies die Gemeinschaft zu kollektivem Handeln.

Land und Meer werden als die Hauptexistenzgrundlage wahrgenommen. Deswegen sind die Regeln zur Nutzung von Land und Meer sowie die Regeln zum Schutz der Ländereien weit entwickelt und stark ausgeprägt. Frauen werden als der Ursprung menschlichen Lebens wahrgenommen, weshalb die Belästigung einer Frau als Missachtung des Ursprungs allen Lebens interpretiert wird. Religion wird von den Menschen auf den Molukken nicht als Anlass für kollektives Handeln gesehen, sondern eher als externer Faktor und als individuelles Thema. Eine Missachtung der Religion verpflichtet dementsprechend nicht zu kollektivem Handeln. Somit sind die angeblich religiösen oder ethnischen Konflikte hauptsächlich auf externe Faktoren zurück zu führen. In den Medien wurde oft auf die Präsenz von externen „Provokateuren“ in den Konflikten hingewiesen, die verschwanden, nachdem sie Unruhen und Konflikte geschürt hatten.

### Antworten auf die Konflikte auf den Molukken

„Die moderne Zivilisation hat mehr an komplizierten Problemen geschaffen als sie selber lösen kann.“ Diese Worte des Philosophen Ivan Illich haben für die Probleme der Menschen im Südosten der Molukken im Besonderen und in der Provinz der Molukken im Allgemeinen eine hohe Relevanz. Die Einführung neuer Werte und moderner Institutionen durch die Regierung haben die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung nicht verbessert, sondern im Gegenteil zu ihrer Marginalisierung und Verarmung beigetragen. Die Ankunft großer Unternehmen (etwa im Fischfang, Bergbau und Holzabbau), die die natürlichen Ressourcen in ihrer Gegend ausbeuten, hat zur Verelendung der Bewohner geführt. Kulturelle Weisheiten und der Landbesitz der Gemeinschaften wurden verletzt.

Die traditionellen, gewohnheitsrechtlichen Räte auf der Insel Kei Besar waren sich dieser Bedrohung ihrer Gemeinschaft bewusst. In der aus 11 Dörfern und 48 kleineren Ansiedlungen bestehenden Region Maur Ohoiwut

„DIE MODERNE ZIVILISATION HAT MEHR AN KOMPLIZIERTEN



PROBLEMEN GESCHAFFEN, ALS SIE SELBER LÖSEN KANN.“



begann man bereits in den frühen neunziger Jahren sich zu organisieren. Kurz zuvor hatten neu angekommene Bergbauunternehmen begonnen, die Menschen von Teilen ihrer Insel zu vertreiben. Auslöser war die durch das Forstministerium vorgenommene Umwandlung traditionellen Gemeinschaftswaldes in geschütztes Gebiet, die ohne eine Beratung mit den ursprünglichen Besitzern geschehen war. Nach dieser Entscheidung begannen bestimmte, von der Regierung lizenzierte Unternehmen, wertvolle Bäume in der Gegend zu fällen. Danach begann das staatliche Ölunternehmen an mehreren Stellen nach Öl zu bohren. Diese Unternehmungen waren von Einschüchterungen lokaler Führer durch das Militär begleitet.

1991 rief der traditionelle Rat von Maur Ohoiwut seine Bürger zusammen, um sich gegen die Holz- und Ölunternehmen zu wehren. Einschüchterungsversuche durch das Militär hielten den Rat nicht davon ab, die Bevölkerung zu organisieren und seine Anliegen der Zentralregierung vorzubringen. Zu den durchgeführten Aktivitäten zählten: die Stärkung der Kapazitäten von Dorfvorstehern, Jugendgruppen, Lehrern und Frauengruppen; die Dokumentation des Wohnrechts und der Geschichte der Besitzrechte an Land und Meer; der Dialog mit Regierungsvertretern auf Distrikt-, Provinz- und nationaler Ebene; Zusammenarbeit mit örtlichen und internationalen NROs; die Konsolidierung wirtschaftlicher Aktivitäten in den Dörfern; die Gründung einer lokalen NRO, die die wirtschaftlichen und administrativen Aktivitäten des traditionellen Rates managte; jährliche Treffen mit allen männlichen und weiblichen Vertretern der 48 kleinen Ansiedlungen unter dem Namen „Musyawarah Umum Masyarakat Maur Ohoiwut“ (Generalversammlung der Gemeinschaft von Maur Ohoiwut; MUMMO). Da die Gemeinschaft eine spezifische Interessenvertretung der Frauen in der Region als notwendig erachtete, stimmte der traditionelle Rat einer Frauenversammlung zu, die jedes Jahr kurz vor der MUMMO stattfand. Diese erhielt den Namen „Musyawarah Umum Wanita Maur Ohoiwut“ (Generalversammlung der Frauen von Maur Ohoiwut; MUWATMO).

Diese Aktivitäten zeitigten ermutigende Ergebnisse. So begannen Vertreter der Zentral-

regierung, die Probleme auf der Insel ernst zu nehmen, was sich zum Beispiel im Besuch des Umweltministers auf Kei Besar ausdrückte. Eine Delegation des traditionellen Rates wurde vom Sekretariat eines Staatsministers empfangen. Das traditionelle Managementsystem forstlicher und maritimer Ressourcen wurde von der Zentralregierung anerkannt. Dies drückte sich in der Einladung eines Vertreters des traditionellen Rates als „Resource Person“ bei einem Treffen des Forstministeriums aus. Die Wohnrechte und das traditionelle System zum Management natürlicher Ressourcen wurden als Buch veröffentlicht und ins Englische und Niederländische übersetzt. Inzwischen wird dieses Fachbuch an verschiedenen Universitäten als Nachschlagewerk benutzt.

All dies wurde erreicht, als sich Indonesien noch im Griff des repressiven Regimes der „Neuen Ordnung“ befand. Die Initiativen der Menschen von Maur Ohoiwut inspirierten Jugend- und NRO-Aktivistinnen auf den Molukken zur Errichtung von Dorfrepubliken oder zur Propagierung von dörflicher Autonomie. Vorstellungen über dörfliche Autonomie konnten im repressiven Klima der „Neuen Ordnung“ natürlich nicht öffentlich diskutiert werden, doch bildeten sie die grundsätzlichen Ideen im Prozess der Organisation der Gemeinschaft, in den Methoden der Volksbildung und bei anderen Initiativen, die von lokalen Aktivistinnen und NROs unterstützt wurden.

Maur Ohoiwut war die einzige Region auf den Molukken, die nicht von dem schweren Konflikt, der die Provinz von 1999 bis 2003 heimsuchte, betroffen war. Und der traditionelle Rat von Maur Ohoiwut war genau die Organisation, die den Versöhnungsprozess zwischen den Konfliktgruppen im Südosten der Molukken initiierte.

Mit dem Inkrafttreten von Gesetz Nr. 22/1999 zur Dezentralisierung taten sich neue Möglichkeiten für eine dörfliche Autonomie auf. Einer der Aktivistinnen, der die Menschen aus Maur Ohoiwut organisiert hatte, war ein junger Mann, der 1992 die Wahl zum Dorfvorsteher gewonnen hatte, diesen Posten jedoch aufgrund der Opposition des Distriktgouverneurs nicht erhalten hatte. 1999 gewann er die Wahl erneut und wurde Dorfvorsteher von Debut. Das Dorf Debut liegt auf der Insel Kei Kecil, ist

somit nicht Teil der Region Maur Ohoiwut und liegt außerhalb des dort gültigen Wohnrechts. Im Jahr 2005 lebten in Debut 2069 Personen, die ihren Lebensunterhalt durch den Anbau von Nahrungsmitteln, Kokosnüssen, durch Fischerei, Viehzucht und Handel bestreiten. Als Markt- und Umschlagplatz der Region ist Debut strategisch günstig gelegen.

Unter dem Eindruck der Erfolge in Maur Ohoiwut und der Kreativität des neuen Dorfvorstehers bei der Interpretation von Gesetz Nr. 22/1999 zur Dorfgemeinschaft, wurde nach offenen und demokratischen Vorstellungen ein „Badan Perwakilan Desa“ (Dorfparlament; BPD) eingerichtet. Das BPD reguliert die Administration, Ressourcen und sonstigen Aktivitäten des Dorfes. Seine Struktur orientiert sich am traditionellen, „Dewan Saniri“ genannten Dorfrat, in dem alle Klans repräsentiert sind, achtet aber auf Geschlechtergerechtigkeit und eine angemessene Jugendvertretung. Während der Wahl zum BPD unternahm der Dorfvorsteher und sein Sekretär folgende Schritte: Erstens klärten sie die Bewohner über Bedeutung und Inhalt von Gesetz Nr. 22/1999 (heute Gesetz Nr. 32/2004) auf. Zweitens stellten sie Kriterien für die Mitgliedschaft im BPD auf, wobei sie sich am traditionellen System des Dorfes orientierten. Drittens organisierten sie Treffen mit den Dorfbewohnern, bei denen über die Funktion des „Dewan Saniri“ und des BPD aufgeklärt wurde, etwa über die Rolle der Repräsentanten, die Wichtigkeit von Geschlechtergleichheit im BPD, die Vertretung von Jugend und Migranten ohne religiöse oder ethnische Diskriminierung usw. Viertens klärten sie die Klans und Vertreter der Familien auf, die Mitglieder werden sollten. Fünftens boten sie die Familien bei der Wahl ihrer Vertreter, die für einen Sitz im BPD kandidieren würden. Dies sollte die Wahl angemessener Vertreter sicherstellen. Sechstens führte das BPD nach der Wahl öffentliche Diskussionen über verschiedene Probleme im Dorf durch und erließ Bestimmungen, die auf den Ergebnissen dieser Diskussionen basierten. Bisher wurden 27 Bestimmungen zum Management von natürlichen Ressourcen, zur Grundstücksverwaltung, zum Budget, und zur Standardisierung der Verwaltung erlassen.

Die Errichtung dieses BPD und seine Bestimmungen beschäftigen auch die Distriktverwal-

tung des Südostens der Molukken. Unter Hinweis auf fehlende regionale Bestimmungen über dörfliche Angelegenheiten, erkennt sie die Bestimmungen des BPD nicht an. Dennoch und bei vollem Verständnis der rechtlichen Probleme setzen sich die Dorfbewohner für eine Umsetzung der BPD-Regulierungen ein. So könnte die Autonomie indigener Institutionen in diesem Dorf verwirklicht werden. Die Verwaltung der Dorfgemeinschaft ist wohlgeordnet und die öffentlichen Dienstleistungen sowie die physische Infrastruktur verbessern sich. Noch wichtiger ist aber die Tatsache, dass das System demokratischer, transparenter und zuverlässiger geworden ist.

Um die Souveränität des Dorfes zu stärken, lehnen die Bewohner darüber hinaus staatliche Subventionen ab. Das „Pendapatan Asli Desa“ (PAD), also das genuine Einkommen des Dorfes, welches das Dorf als Subvention von der Zentralregierung erhält, war vor dem Jahr 2000 sehr gering: es betrug lediglich 6 Millionen Rupiah. Als Resultat der neuen dörflichen Regierungsform stieg das Einkommen dieses Dorfes im Jahre 2001 auf 94 Millionen, im Jahre 2002 sogar auf 126 Millionen Rupiah. Die Fortschritte des Dorfes erregen inzwischen die Aufmerksamkeit verschiedenster Akteure, so zum Beispiel auch die des indonesischen UNDP-Büros. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) schlug vor, das in Debut entwickelte Modell in 400 Dörfern auf den Molukken umzusetzen. Mehrere Dörfer wurden zum Entwurf entsprechender Gesetze ermutigt.

Initiativen wie die in Debut sind ein strategischer Schritt zur Wiederherstellung und Wiederbelebung der traditionellen Werte, Systeme, Bestimmungen und Institutionen, die seit Generationen in allen Kreisen des Dorfes anerkannt werden. Die Bestimmungen und institutionellen Arrangements berücksichtigen aber auch die Interessen von Migranten. Dieser Schritt hat die Unterstützung für den Demokratisierungsprozess und die Wiederherstellung der Autorität auf der Dorfebene inspiriert. Um grundsätzliche staatliche Dienstleistungen bereitzustellen, haben die Dorfbewohner die Einrichtung einer Bildungskommission und einer Gesundheitskommission eingeleitet, um die Dorfgemeinschaft bei der Verwirklichung der Rechte auf Gesundheitsversorgung und Bildung zu kontrollieren.

Der Fall Debut wurde ein Beispiel für andere Dörfer auf den Molukken, nämlich Ngilngof und Evu auf Kei Kecil im Südosten, und in Honitetu auf der Insel Seram im Distrikt Westseram. Im Dorf Honitetu kümmert sich die Gemeinschaft um das Gewohnheitsrecht und die Verwaltung des Waldes. Die Wälder werden geschützt, um die Nachhaltigkeit der Existenzgrundlage des Dorfes zu sichern. Während des Konfliktes wurden auch die Bewohner von Honitetu von „unbekannten“ Gruppen angegriffen. Sie waren hierdurch gezwungen, aus ihrem Dorf fortzuziehen. Nachdem sie ihr Dorf verlassen hatten, begann die Holzabbaufirma PT Djajanti in dem Gemeinschaftswald Holz zu schlagen. Da sie sich darüber bewusst waren, dass der Konflikt nur dazu diente, die Bevölkerung von der Verteidigung ihrer Ländereien abzulenken, begannen die Führer von Honitetu, sich zu organisieren, und schlugen einen Versöhnungsprozess mit dem Nachbardorf vor. Die Bewohner von Honitetu luden lokale NROs und Akademiker ein, den Kampf für die Anerkennung ihrer Besitzrechte an dem Wald sowie die Wiederbelebung der auf traditionellem Recht basierenden Dorfverwaltung zu unterstützen. Durch die Stärkung des Gewohnheitsrechts und die Wiederbelebung der traditionellen Räte wurden die Forderungen der Dorfbewohner verwirklicht.

### **Lokale Autonomie als Grundlage nachhaltigen Friedens**

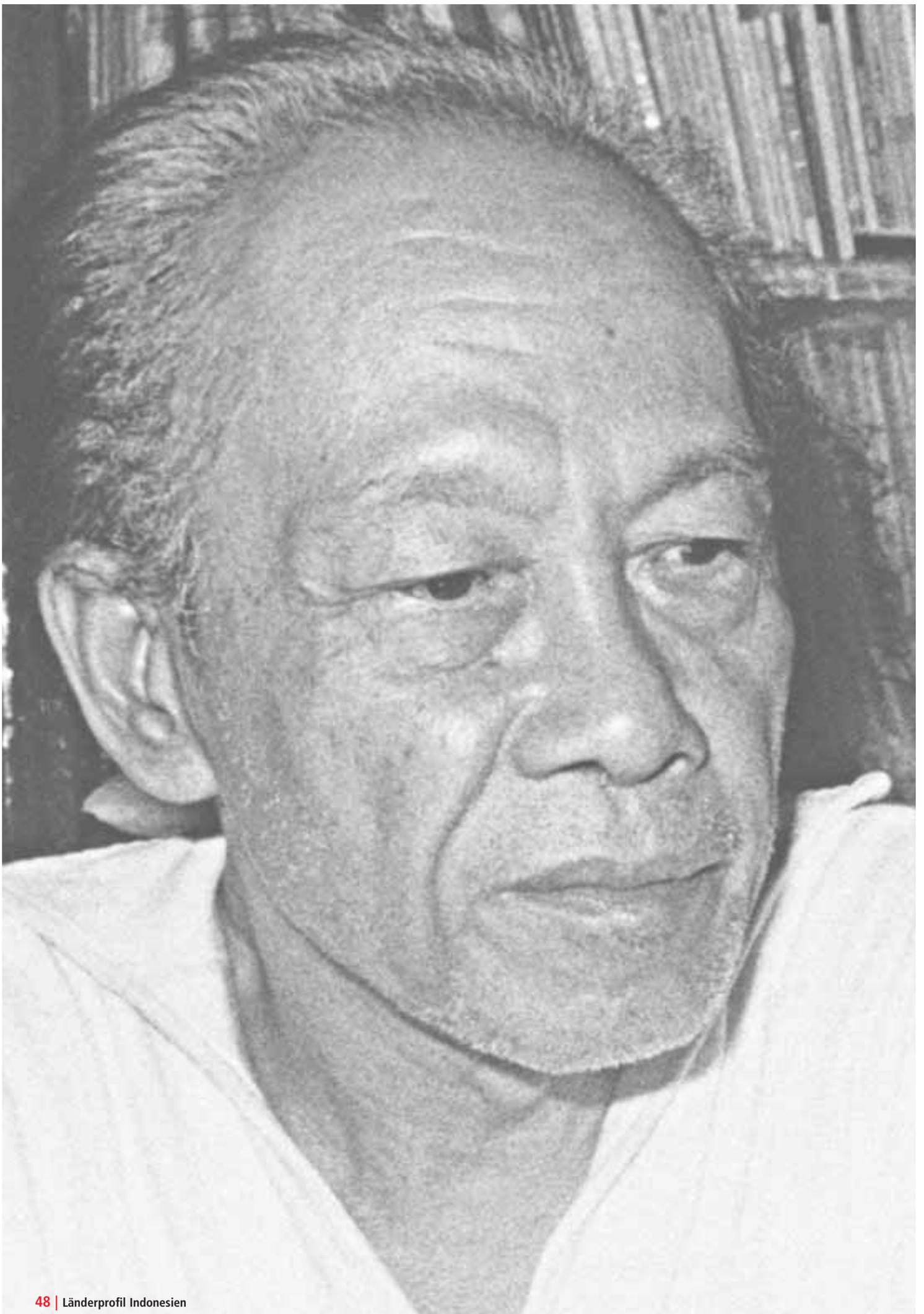
Es hat viele interethnische und interreligiöse Dialoge gegeben, die mit öffentlichen Erklärungen, Friedens- und Verhandlungstrainings für die Konfliktparteien endeten. Doch sie alle verfügen über eine mangelhafte Analyse der Hauptursachen des Konfliktes. Programme zur Friedensschaffung, Dialoge und Trainings sind notwendig; jedoch nicht, um die lokale Analyse von den Hauptkonfliktursachen abzulenken. Stattdessen müssen sie Konfliktmuster, historische Entwicklungen und den wirklichen sozialen, ökonomischen und politischen Kontext der örtlichen Gemeinschaften herausstellen und kritisch analysieren. Sonst führen die Initiativen von Regierung, lokalen und internationalen Akteuren nur zu einer weiteren Verelendung der Bevölkerung aufgrund von Vertreibung und dem Verlust von Besitzrechten. Eine Kombination aus Zurückführung der Bevölkerung zu ihrem eigenen traditionellen

Wertesystem mit neuen Strategien zum verbesserten Management ihrer Ressourcen kann Frieden erhalten und den Lebensunterhalt der Bevölkerung nachhaltig schützen. Die althergebrachten Systeme der Gemeinschaften in abgelegenen Gegenden erwiesen sich oft genug als fähig, den Lebensunterhalt der Bevölkerung zu sichern. Und zu oft waren genau diese Systeme früher von der Regierung ignoriert oder zerstört worden. Während sich der zerstörerische Effekt eines Tsunami mit zunehmender Entfernung vom Zentrum der tektonischen Verschiebung verringert, verhält es sich mit den Auswirkungen der Regierungspolitik genau umgekehrt: je abgelegener die Region, desto größer der Effekt. Wenn die Überlebenssysteme einer lokalen Bevölkerung zerstört werden, hat das enorme Konsequenzen. Nur Gemeinschaften mit starken lokalen Mechanismen zur Nachhaltigkeit können überleben.

Die Regierung und externe Investoren müssen diese Realität anerkennen und die Rechte der örtlichen Bevölkerung auf ihre Systeme und Besitztümer respektieren. Die Transparenz potentieller Investoren und der Regierung, die über Informationen zu den Entwicklungsplänen der Regionen verfügen, ist notwendig, um den Verlust menschlichen Lebens und zukünftige Ungerechtigkeiten zu verhindern. Die Menschen in Konfliktregionen werden sich zunehmend darüber klar, dass sie zum Kampf gegeneinander provoziert wurden, um sie von systematischen Anstrengungen zur Übernahme ihrer Besitztümer abzulenken. Wenn die Rechte der Bevölkerung im Interesse einer kleinen Gruppe von Konzernen verletzt werden, dann können Frieden, Sicherheit und Investitionen in diesen Gegenden nicht nachhaltig sein.

#### **Donatus Klaudius Marut (1963)**

Studium der internationalen Beziehungen, der Philosophie und Umweltökologie in Indonesien, England, den USA und Thailand; Entwicklungsexperte für viele UN-Gremien und NGOs; seit April 2006 Executive Director von INFID (International NGO Forum on Indonesian Development) in Jakarta, Indonesien.



Indonesiens Beitrag zur Weltliteratur | Rüdiger Siebert

# Pramoedya Ananta Toer

*„Meine Mutter war ein Mensch von unschätzbarem Wert, eine Flamme, die so hell brennt, dass sie keine Asche hinterlässt. Wundern Sie sich also nicht darüber, dass ich rückblickend die indonesische Revolution in der Form einer Frau verkörpert sehe ~ meiner Mutter.“*



Wer Indonesien im Allgemeinen und die kulturpolitische Situation der Intellektuellen Indonesiens in Geschichte und Gegenwart im Besonderen verstehen will, muss sich mit Pramoedya Ananta Toer und seinem Werk auseinandersetzen, mit Pram, wie ihn seine Freunde nennen. Nicht nur sein eigenes Schaffen spielt dabei eine zentrale Rolle, auch seine Wirkung und die Reaktionen der indonesischen Gesellschaft, ihrer politischen Führung(en) und ihrer Leser spiegeln die Nöte, Zwänge und Zwiste all derer wider, die um das moderne Indonesien kämpften und es mit ihrem Machtmissbrauch verrieten oder darunter zu leiden hatten.

Pramoedya Ananta Toers Leben, das am 6. Februar 1925 im ostjavanischen Bora begann, ist unmittelbar mit dem opfervollen Werden des nachkolonialen Indonesien verknüpft. Im Zweiten Weltkrieg und danach in den Endvierzigern gehörte Pram zu den jungen Nationalisten, die Merdeka (nämlich: Freiheit) mit dem Gewehr in den Händen erstritten. Der heranwachsende Pram sah sich dabei dem geistigen Erbe des niederländischen Autors Multatuli verbunden und verpflichtet. Der hatte in seinem Buch „Max Havelaar“ die niederländische Kolonialpolitik des 19. Jahrhunderts in Indonesien angeprangert. An dessen Kritik hatte sich auch Pram gemessen; und in seinen späteren Werken zitiert er aus dem „Havelaar“ und bezieht die kolonialpolitische Resonanz des Multatuli-Romans ausdrücklich in seine Bücher ein.

Schon in frühen Jahren nahm Pram die Herausforderung an, mit dem geschriebenen Wort wirken zu wollen. Es wurde der Inhalt seines Lebens; und er bezahlte teuer dafür. Die Holländer steckten ihn hinter Gitter. Auch in der 1945 ausgerufenen unabhängigen Republik Indonesien geriet er bald mit den neuen Mächtigen aneinander. Er unterstützte Sukarnos Politik der Zusammenarbeit zwischen Nationalisten, Religiösen und Kommunisten, kritisierte jedoch den Gründungspräsidenten des neuen Staates und seine Regierung, wenn er es für notwendig hielt. Pram hat sich stets als herausragender Intellektueller Indonesiens mit kompromisslosem, moralischem Anspruch in die Kulturpolitik seines Landes eingemischt und sie zeitweise mitbestimmt. Dies hat ihm auch heftige Kritik unter indonesischen Kollegen, Künstlern, Schriftstellern eingetragen.

Pram verteidigte die Interessen der kleinen, rechtlosen Leute und der chinesischstämmigen Minderheit, die von rassistischer Propaganda und Diskriminierung bedroht war und wird. Deshalb kam er unter Sukarnos Präsidentschaft abermals ins Gefängnis: stets ein Mahner, der die selbstgerechte Ruhe der Herrschenden störte.

Nach dem Sturz Sukarnos geriet Pram wie Hunderttausende seiner Landsleute in den Mahlstrom des mörderischen Aufräumens. Sein kritischer Geist passte überhaupt nicht mehr in die radikal gewandelte politische Landschaft nach dem 30. September 1965. Es war Putschzeit, die den Abstieg Sukarnos und den Aufstieg Suhartos und seiner Generäle und Lakaien bewirkte. Pram wurde in verschiedenen Gefängnissen festgehalten und über ein Jahrzehnt lang in den Internierungslagern der Molukken-Insel Buru im östlichen Indonesien der Freiheit beraubt. Wie die anderen Häftlinge auch: ohne juristische Anklage. Ohne Gerichtsprozess. Ohne Urteil. Und – anders als gegenwärtig bei den Gefangenen in Guantanamo – ohne nachhaltiges Interesse der Weltöffentlichkeit. Ein Opfer staatlicher Willkür. Erst 1979 wurde Pram entlassen – nicht als rehabilitierter freier Mann, sondern als ehemaliger politischer Gefangener, als Ex-Tapol, wie die indonesische Abkürzung heißt. Er blieb unter behördlicher Kontrolle. Seine Bücher wurden verboten; schon deren Besitz war strafbar. Öffentliche Auftritte und Publikationen wurden ihm bis zum Ende der Suharto-Diktatur verwehrt. Pram blieb standhaft und schrieb weiter.

Im Mai 1998 wurde Suharto zum Rücktritt gezwungen. Indonesien ist seither im widerspruchsvollen Prozess der Neuorientierung auf dem langen, steinigen Weg zur Demokratie. In diesen Jahren konnte Pram sich wieder frei bewegen. Seine Bücher erschienen in Neuauflagen und erreichten in Indonesien eine weite Verbreitung und mit zahlreichen Übersetzungen internationale Anerkennung. 1988 erhielt er den PEN Freedom-to-Write-Award, 1995 den philippinischen Ramon-Magsaysay-Award. 1999 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Michigan verliehen. Es war eine späte Genugtuung für den verfehten Dichter. Am 30. April 2006 ist Pramoedya Ananta Toer in Jakarta gestorben.

Der Autor gestaltete sein Werk als Auseinandersetzung mit der Macht und den Mächtigen an der Nahtstelle zur neuen Zeit. Dabei begegnet der Leser Menschen, die ihn nicht nur ihrer glaubhaften Gesichter wegen beeindruckten, sondern in ihren Ängsten und Äußerungen seltsam vertraut erscheinen. Minke, der Held der auf Buru konzipierten und begonnenen vier Romane über das Ende der Kolonialzeit, macht dies besonders deutlich. Javaner durch und durch – und doch der Typ des zweifelnden Menschen, der in seinen Grundzügen „modern“ ist: seiner kulturellen Wurzeln unsicher geworden, anfangs überschwänglich angetan von der Ersatzreligion des technischen Fortschritts, enttäuscht schließlich und voller Skepsis, weil Maschinen herzlich wenig zur Verbesserung der Moral beitragen. Im Gegenteil! Minke ist ein Zeitgenosse: ein Weltkind – ein Kind aller Völker.

Wenn es eines weiteren Beispiels bedürfte, die Überlegenheit der Feder über die Willfährigkeit des Schwertes zu belegen, dann sind es Prams Romane, Essays, Kurzgeschichten, historischen Betrachtungen. Mit seinem Gesamtwerk wird der Beitrag Pramoedya Ananta Toers zur Weltliteratur den opfervollen und kämpferischen Lebensweg seines Autors überdauern und einen eigenständigen Platz unter den bedeutendsten Romanen des 20. Jahrhunderts einnehmen. Es gilt, einen Literaten von historischem Rang wahrzunehmen, der im Westen noch immer zu wenig beachtet wird.



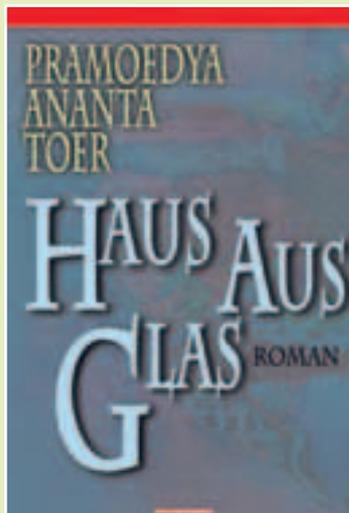
**Rüdiger Siebert (1944)**

Journalist und Autor zahlreicher Bücher zu Süd- und Südostasien; u. a. „Unterwegs mit Buddha. Eine Spurensuche in Indien und Nepal“; jüngster Titel „Vision Malaysia. Multikulti. Malls. Moscheen. Annäherung an einen Vielvölkerstaat“, beide Horlemann-Verlag, Unkel/Rhein

# Bücher

von Pramoedya Ananta Toer

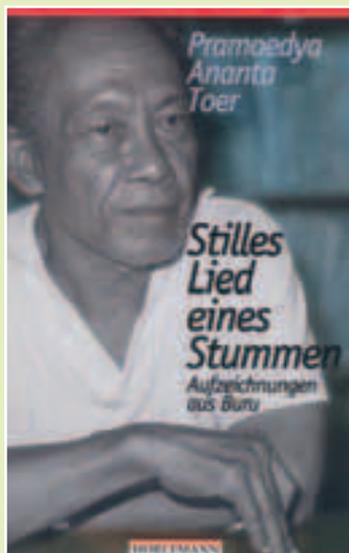
**Haus aus Glas**  
Roman, Unkel: Horlemann 2003



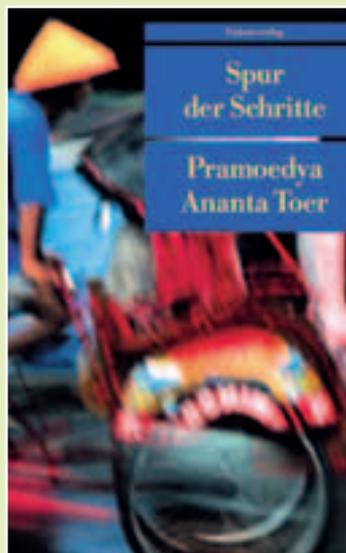
**Die Braut des Bendoro**  
Roman, Unkel: Horlemann 1995



**Die Familie der Partisanen**  
Roman, Unkel: Horlemann 1997



**Stilles Lied eines Stummen**  
Unkel: Horlemann 2000



**Spur der Schritte**  
Roman, Zürich: Union 2002



**Kind aller Völker**  
Roman, Zürich: Union 1994



Spruchgedicht aus der Sammlung des Radja Ali Hadji (1847)



Wenn viel gesprochen wird,  
mündet der Weg in Lügen ein.

Wenn die Lust sehr zunimmt,  
ist es ein Zeichen,  
dass man sich dem Schmerz naht.

Wenn ein Kind nicht erzogen ist,  
dünkt es sich größer als sein Vater.

Wenn man die Menschen sehr verspottet,  
ist es ein Zeichen, dass man selbst gering ist.

Wenn Menschen viel schlafen,  
dann ist ihr Leben vergeblich.

Wenn man eine Nachricht hört,  
dann nehme man sie mit Geduld auf  
(bis zu ihrer Bestätigung).

Wenn man eine Anklage vernimmt,  
dann berate man darüber mit Misstrauen.

Wenn eine Arbeit sehr leicht ist,  
dann wenden sich ihr schnell alle Leute zu.

Wenn eine Arbeit grob und rauh ist,  
dann werden alle Leute schnell darüber böse.

Wenn etwas ganz wahr ist,  
dann kann es keinem Schande bereiten.

Wenn man Neid sät,  
erwachsen daraus viele Pfeile.

Wer keine Almosen geben will,  
auf dessen Vermögen ruht kein Segen.

Quelle: Nevermann, Hans (Red.): Stimme des Wasserbüffels.

Malaiische Volkslieder, Kassel: Erich Röth-Verlag 1956

(= Das Gesicht der Völker. Der indonesische Kulturkreis. Malaiische Dichtung), S. 217–218.

---

# Traditionelle Medien:

## Maskenaufzug, Volkstheater, Schattenspiel | Volker Gottowik

---



Ich traf Wayan zum ersten Mal in einem Tempel im Süden von Bali. Er saß mit verschränkten Beinen vor einem Tempelschrein, aus dem zwei Masken blickten. In Meditation verharrete er dort einige Minuten. Als er auf mich aufmerksam wurde, kam er auf mich zu. Wir sprachen eine Weile miteinander, und er lud mich ein, ihn nach Hause zu begleiten.

Wayan hatte sein Studium an der Kunsthochschule abgebrochen und versuchte nun, sich mit Auftragsarbeiten für Touristen durchzuschlagen. Vielleicht hatte er in mir einen möglichen Auftraggeber gesehen. Jedenfalls zeigte er mir unaufgefordert seine Bilder, die die Suche nach einem eigenen Stil zwischen Tradition und Moderne offenbarten. Als ich ihm erzählte, dass ich eigentlich wegen der Masken in den Dorftempel gekommen sei, ging er bereitwillig darauf ein.



## Barong Landung



Die Masken, für die ich mich interessierte, gehören zu zwei Figuren, die große Verehrung auf Bali erfahren. Diese Figuren verkörpern einen schwarzen, wilden Mann und eine schöne, weiße Frau, die als Paar Barong Landung genannt werden: Barong ist ein Gattungsname für magisch wirksame Masken; Landung bedeutet „hoch“, was auf die überlebensgroße Gestalt dieser Figuren verweist.

Wen diese Figuren darstellen und warum sie Verehrung auf Bali erfahren, ist nicht so einfach zu beantworten. Es gibt Mythen und Legenden, die auf diese Fragen eine Antwort geben, doch diese Geschichten sind zahlreich und widersprüchlich.



Barong Landung-Figuren ziehen tanzend und singend durch die Stadt Gianyar in Bali (1998)  
© Volker Gottowik, Frankfurt

Wayan wusste um diese Geschichten. Doch von den vielen verschiedenen Versionen ließ er nur die folgende gelten: Der Mann mit der schwarzen Maske repräsentiert ihm zufolge einen balinesischen Herrscher (Raja) und die Frau mit der weißen Maske eine Chinesin (Putri Cina). Obwohl der Mann ein Hindu war und die Frau sich zum Buddhismus bekannte, heirateten die beiden vor vielen hundert Jahren, was den auf Bali vorherrschenden hindu-balinesischen Glauben begründete. Die Chinesin führte viele Neuerungen auf Bali ein, und unter ihrer Anleitung entwickelte sich das Land prächtig; nur, sie selbst konnte ihrem Mann keine Nachkommen schenken. Um sich an dieses Herrscherpaar zu erinnern, wurden die beiden Barong Landung-Figuren geschaffen.

Für die Betreuung der Barong Landung-Figuren war ein Verein zuständig, dem auch Wayan angehörte. Mit knapp zwanzig anderen jungen Männern aus der Nachbarschaft sorgte er dafür, dass diese Figuren an wichtigen Feiertagen durch die Straßen des Dorfes geführt wurden. Dann kamen die Menschen aus den umliegenden Häusern, um mit kleinen Opfergaben den magischen Schutz dieser Figuren zu erwirken.

Als Zeichen dafür, dass die Opfergaben angenommen und die Gebete erhört wurden, schlüpfen Mitglieder des Barong-Vereins in diese Figuren hinein, um sie zu den Klängen der mitgeführten Musikinstrumente tanzen zu lassen. Zugleich wurden Lieder angestimmt, die die Mitglieder des Barong-Vereins selbst komponiert hatten.

In diesen Liedern geht es um ganz unterschiedliche Themen: Sie handeln von Religion und Sexualität, Reichtum und Macht, Liebe und Eifersucht. Es gibt kein festes Repertoire, vielmehr kommen immer wieder neue Stücke hinzu, während alte Lieder in Vergessenheit geraten. Ich bat Wayan darum, mir einige dieser Lieder aufzuschreiben, und nachdem ich mich eine Weile damit auseinandergesetzt hatte, fiel mir folgendes auf: In diesen Liedern werden die Gegensätze, die die beiden Figuren verkörpern, noch einmal aufgegriffen. Das sind die Gegensätze zwischen Mann und Frau, Hinduismus und Buddhismus, Balinesen und Chinesen, wie auch die Gegensätze zwischen schwarz und weiß, hübsch und hässlich, eigen und fremd etc. Die genannten Gegensätze werden mit den beiden Barong Landung-Figuren symbolisch aufgerufen und in den Liedern aktuell überdacht.

Dies geschieht auf eine gleichermaßen belehrende wie unterhaltsame Weise: Um sich der Aufmerksamkeit der Zuhörer zu vergewissern, greifen der schwarze Mann und die weiße Frau zu drastischen Gesten und derben Zoten, bevor sie wieder auf ihre religiöse Botschaft zu sprechen kommen. So gehen Unterhaltung und Belehrung auf eine Weise zusammen, die westliche Betrachter als widersprüchlich erfahren; doch diese Kombination aus Unterweisung und Klamauk vermittelt den Figuren ein Eigenleben, das selbst die balinesischen Akteure zu überraschen vermag.



---

## Arja

---

Dass existentielle Fragen periodisch aufgeworfen und unter dem Eindruck neuer Erfahrungen kollektiv überdacht werden, kennzeichnet eine ganze Reihe traditioneller Medien in Indonesien. In diesem Zusammenhang wäre etwa auf Arja zu verweisen – eine Art Volkstheater, das mit seinen Gesangseinlagen an eine Operette erinnert. Zu den Charakteren, die hier auftreten, gehören das hübsche Mädchen, der kauzige Greis, die eifersüchtige Frau und der junge Held. Diese Charaktere greifen eine einfache Geschichte auf, die den Zuschauern aus populären Erzählungen (Sampik und Ingtaï etc.) oder überlieferten Epen (Mahabharata usw.) vertraut ist, und weiten sie mit ihren Improvisationen zu einer abendfüllenden Veranstaltung aus.

Darüber hinaus treten zwei komische Figuren auf, die gelegentlich in die Handlung eingreifen oder sie vom Bühnenrand aus kommentieren. So sorgen Improvisation und Kommentar dafür, dass beständig aktuelle Bezüge hergestellt werden und jede Aufführung von Arja zu einer einzigartigen Veranstaltung gerät.



---

## Wayang Kulit

---

Ein weiteres Beispiel dafür, wie traditionelle Medien in Indonesien aktuelle Botschaften vermitteln, liefert das gleichermaßen auf Java und Bali verbreitete Schattenspiel: Wayang Kulit. Mit den aus Leder gestanzten Marionetten, deren Schatten auf eine erleuchtete Leinwand trifft, werden jahrhundertealte Geschichten (Ramayana usw.) erzählt; doch das Ansehen eines Marionettenspielers hängt im hohen Maße davon ab, inwieweit es ihm im Rahmen dieser Geschichten gelingt, allegorische Bezüge zu existentiellen Fragen oder aktuellen Ereignissen herzustellen. Zugleich sind alle drei genannten traditionellen Medien (Barong Landung, Arja, Wayang Kulit) in religiöse Vorstellungen eingebunden, die sie zugleich zum Ausdruck bringen. Maskerade, Volkstheater und Schattenspiel werden als Bestandteil ritueller Feierlichkeiten nicht nur zur Erbauung der Menschen aufgeführt, sondern vor allem, um die Aufmerksamkeit der Götter zu erringen. So ist jede Aufführung im Rahmen dieser Medien zugleich auch eine Art Gottesdienst.

Wie es traditionellen Medien in Indonesien gelingt, ihre Relevanz im Zeitalter moderner Informationstechnologien zu behaupten, wurde mir klar, als ich Wayan im März 1998 erneut besuchte. Es war die Zeit der großen Wirtschafts- und Währungs Krise (Krismo), die seinerzeit Indonesien erschütterte. Als Folge dieser Krise waren überall im Lande die Preise in die Höhe geschmort, und die einfache Bevölkerung musste sich selbst bei Grundnahrungsmitteln einschränken.

In dieser Zeit griffen die beiden Barong Landung-Figuren die aktuellen Ereignisse im Rahmen der populären Erzählung um den armen Sampik auf, der sich in seiner unglücklichen Liebe zu Ingtaï verzehrt und darüber völlig abmagert. „Wäre es nicht auch möglich, dass Sampik aussieht wie ein vertrockneter Frosch, weil er nichts mehr zu essen hat?“, konnte man die Figur mit der weißen Maske fragen hören. „Vielleicht hast Du recht“, lautete die Antwort, „wir sollten uns jedenfalls nicht verbittern lassen, sondern die Krise gemeinsam bewältigen.“

In dem hier nur anzudeutenden Dialog zwischen den beiden Barong Landung-Figuren spricht – ganz im Sinne des großen französischen Soziologen Emil Durkheim – die Gesellschaft zu ihren Mitgliedern, um sie an ihre eigenen Werte zu erinnern. In diesem konkreten Fall wird das Ideal einer Gemeinschaft aktualisiert, die sich darum bemüht, ihre Probleme solidarisch zu lösen und nicht auf Kosten der Schwachen oder der Minderheiten.

Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise im Mai 1998 wurde Suharto gestürzt und damit seine über 30jährige autokratische Herrschaft beendet. Während es in Jakarta zu blutigen Ausschreitungen kam, die sich vor allem gegen die chinesische Minderheit richteten, blieb es auf Bali weitgehend ruhig. Viele ethnische Chinesen flüchteten nach Bali, weil sie sich dort vergleichsweise sicher fühlten. Wayan hatte für das entspannte Verhältnis der Balinesen zur Minderheit der ethnischen Chinesen eine eigene Erklärung: Nicht nur gemahnten die beiden Barong Landung-Figuren die balinesische Bevölkerung zu Solidarität untereinander, sondern auch daran, dass Chinesen seit vielen hundert Jahren auf Bali zu Hause sind. In Jakarta hatte man das auf der Suche nach einem Sündenbock offenbar vergessen.

**PD Dr. Volker Gottowik (1956)**

Promotion in Mainz und Feldforschung in Indonesien; Privatdozent am Institut für Historische Ethnologie der Universität Frankfurt; zur Zeit Gastdozent am College of New Jersey in Trenton, USA.

Frau mit red snapper, Air Kelobi, Riau-Archipel (1993)  
© Lioba Lenhart, Köln



# Seenomaden im Riau-Archipel

| Lioba Lenhart

„Die Menschen auf dem Land, ja, die besitzen viel, aber sie sind nicht zufrieden. Auf dem Meer ist das anders. Mal hat man viel Fisch, mal fängt man nichts, doch man ist unbeschwert. Alle Freunde, die Eltern, meine Geschwister, die Verwandten sind überall auf dem Meer unterwegs. Wenn wir unsere Boote einige Tage ankern und dann einer von uns zu einem anderen Platz reisen will, segeln wir zusammen. Wir treffen uns überall. Immer auf dem Land zu leben, immer nur an einem Ort zu sein, kann ich mir nicht vorstellen. Das geht nicht lange gut, macht mich unruhig, vielleicht gibt es Streit, doch dann ziehen wir einfach weiter.“

„Ich bin es gewohnt, auf dem Boot zu leben. Das Meer ist ein guter Ort, ein sicherer Ort. Will man essen, so rudert und sucht man eine Weile und schon findet man etwas. Andere mögen es an Land, ein Haus ist geräumig, man hat Geld, kauft das Essen. Aber wenn man kein Geld hat, bleibt der Magen leer, man kann nicht weg, weil man das Haus hat, weil man viele Sachen hat, für mich ist das kein Vorteil.“



Orang Suku Laut-Siedlung, Air Kelobí, Riau-Archipel (1989)  
© Lioba Lenhart, Köln

So antworteten mir Pak Jantan und Mak Tara, als ich sie fragte, wie sie das Leben auf dem Meer im Vergleich zu einem Leben an Land sehen. Beide gehören zu den Orang Suku Laut, den „Menschen vom Stamm des Meeres“ im indonesischen Riau-Archipel – eine der ethnischen Gruppen Südostasiens, die häufig auch als Seenomaden oder Seezigeuner bezeichnet werden –, bei denen ich zwischen 1988 und 1991 gelebt und die ich in den folgenden Jahren immer wieder besucht habe.

Während meines ersten Aufenthalts lebte die Mehrheit der Orang Suku Laut nomadisierend in kleinen Gruppen von Familien auf Wohnbooten oder hatte semipermanente Pfahlbausiedlungen vor der Küste im Meer errichtet. Das Meer und die angrenzenden Mangrovenküsten waren ihr Lebensraum. In dieser besonderen ökologischen Zone konnten sie sich aufgrund ihres außergewöhnlichen Wissens über die Erscheinungen ihrer natürlichen Umwelt – die Gestirne, Meeresströmungen, Gezeiten, Winde und Fischgründe – orientieren. Sie nutzten deren Ressourcen für ihre Subsistenzbedürfnisse, ohne jedoch das ökologische Gleichgewicht zu stören. Und auch ihre

Glaubensvorstellungen und Überzeugungen richteten sich auf diese Umgebung, die sie als von Geistern und übernatürlichen Kräften belebt und beseelt erfuhren. Sie waren eine endogame Gruppe, die sich in mehrere Untergruppierungen unterteilte, deren soziale Organisation auf verwandtschaftlichen Bindungen basierte und durch die Prinzipien der Unabhängigkeit, Egalität und Seniorität gekennzeichnet war. Die Beziehungen zwischen ihnen und benachbarten Gruppen beschränkten sich weitgehend auf wirtschaftliche Transaktionen mit chinesischen Händlern. Die muslimischen Malaien – die Majorität in der Region – vermieden engere soziale Kontakte, da sie die Orang Suku Laut als unsauber, kulturlos, ohne Religion und unrein ansahen. Diese Ansicht basierte auf ihren Vorstellungen über die hygienischen Bedingungen, unter denen Orang Suku Laut-Familien dicht gedrängt in kleinen Wohnbooten zusammenlebten, sowie ihrer Gewohnheit, Schweinefleisch und Alkohol zu konsumieren und Hunde zu halten. Außerdem fürchteten sie die magischen Fähigkeiten der Orang Suku Laut. Die Orang Suku Laut vermieden ihrerseits Kontakte mit Nicht-Orang Suku Laut, da sie die gegen ihre Lebensweise

vorgebrachten Argumente kannten und oft ein damit verbundenes, negatives Verhalten erfahren hatten. Zudem verstärkten sie die Furcht vor ihnen, indem sie sich mit einer gefährlichen, magischen Aura umgaben.

Der Lebensraum der Orang Suku Laut – der Riau-Archipel – spielte im Kontext der nationalen Ökonomie trotz seines Reichtums an natürlichen Ressourcen zu der Zeit eine nur untergeordnete Rolle, ehe er zu Beginn der 1990er Jahre Teil einer zwischenstaatlichen regionalen Wirtschaftsgemeinschaft mit dem angrenzenden Stadtstaat Singapur und dem benachbarten malaysischen Bundesstaat Johor wurde. Die durch die Regierung forcierte, rapide Modernisierung der Region und die damit einhergehenden ökonomischen, ökologischen und demographischen Veränderungen wirkten fortan in den unmittelbaren Lebensbereich der Orang Suku Laut hinein. Infolgedessen nahmen interethnische Kontakte zu, und Rückzugsmöglichkeiten für Orang Suku Laut ab. Diese Entwicklung wurde in der Folgezeit durch Regierungsmaßnahmen des gelenkten Kulturwandels bei Orang Suku Laut noch verstärkt.

„Die Orang Suku Laut haben keine Religion, keine Bräuche, keine Kultur, kein Benehmen, sie folgen immerzu den Fischen und denken nicht an morgen. Sie riechen nach Fisch, sind dreckig, haben schuppige Haut; das ist Ekel erregend und abstoßend. Ihr ganzes Leben verbringen sie auf ihren Booten, wo sie geboren werden, essen, trinken, ihre Bedürfnisse verrichten, ohne jedes Schamgefühl. Uns, die Malaien, meiden sie; und auch wir wollen keine Nähe, da sie bei jeder noch so kleinen Beleidigung ihre Magie gegen uns einsetzen, sodass wir krank werden oder ihnen folgen müssen. Diese rückständige Lebensweise muss verschwinden, sie passt nicht mehr in die heutige Zeit.“

„Die Orang Suku Laut sind skeptisch gegenüber jedem und allem, das von außen kommt. Doch ihre Entwicklung, die der Lenkung durch die Regierung bedarf, ist unabdingbar. Ihre Lebensweise muss sich ändern, sie müssen sich den fortschrittlichen Teilen der indonesischen Gesellschaft angleichen, womit auch die Räder der Entwicklung der Region schneller vorangetrieben werden können.“

Kind mit kleinem Hai, Air Kelobi, Riau-Archipel (1990)  
© Lioba Lenhart, Köln

Projektort der Regierung für Orang Suku Laut, Air Kelobi, Riau-Archipel (1983) © Lioba Lenhart, Köln



Diese Bemerkungen eines malaiischen Lehrers und eines Beamten der Lokalregierung über die Orang Suku Laut waren typisch für die Meinungen vieler „Landmenschen“, welche die Sesshaftmachung der Orang Suku Laut als ersten Schritt ihrer „Erlösung aus dem Elend des nomadischen Daseins“ betrachteten. Dem gemäß bemühte sich die indonesische Regierung in den 1990er Jahren, das „Los“ der Orang Suku Laut zu verbessern und machte sie zur Zielgruppe spezieller Regierungsprojekte für ethnische Minderheiten. Diese Projekte waren ein Bestandteil von staatlichen Programmen zur regionalen Entwicklung im Rahmen der Politik des nationalen Aufbaus, die auf die ökonomisch-technologische Modernisierung und nationale Integration der ethnisch diversifizierten Bevölkerung Indonesiens zielte. Sie implizierten die schrittweise ökonomische, soziale und kulturelle Assimilierung der Minderheiten an regionale Majoritäten. Für die Orang Suku Laut bedeutete dies eine nun nur noch schwer vermeidbare Auseinandersetzung mit Ideen, die für sie von an-

deren entwickelt und in ihrem Lebensbereich umgesetzt wurden. Durch diese Veränderungen, die ihre Lebensweise und kulturelle Eigenständigkeit in grundlegender Weise betrafen, erfuhren sie eine Zeit des Umbruchs, infolgedessen sich ihre Gemeinschaften in „Traditionalisten“ und „fortschrittlich“ gesinnte Orang Suku Laut spalteten.

Als ich in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren zu den Orang Suku Laut zurückkehrte, bei denen ich mehr als zehn Jahre zuvor gelebt hatte, traf ich viele derjenigen, die sich für ein „neues Leben“ in den Projektdörfern entschieden hatten, in einer desolaten Situation an. Anderen, die sich dem Anpassungsdruck widersetzt und erneut auf die Reise gemacht hatten, ging es vergleichsweise besser. Doch alle waren von den Auswirkungen der Modernisierung der Region und den damit einhergehenden gravierenden Veränderungen der natürlichen Umwelt und Zerstörung ihrer Ressourcenbasis betroffen, die ihre materielle und kulturelle Existenz bedrohten. Die ehrgeizige wirtschaftliche Entwicklung der Region hatte weite Teile der früher mit Mangrove bewachsenen Inseln in Werften und andere Industrieanlagen verwandelt, für den Bauxitabbau waren extensive Rodungen vorgenommen und hügelige Küstenstriche kilometerweit eingeebnet worden. Die Abholzung der für die Fischbrut notwendigen Mangroveformationen und die Verschmutzung des Meeres durch industrielle Abwässer hatten den Fischbestand erheblich dezimiert. Infolge dessen waren die Orang Suku Laut kaum noch in der Lage, genügend Fisch für ihren täglichen Bedarf zu erwirtschaften, geschweige denn Überschüsse zu erzielen, die hätten vermarktet werden können. Hinzu kam, dass die Regierung in den Zeiten der wirtschaftlichen Rezession infolge der Asienkrise und des politischen Umbruchs in Indonesien kein Geld mehr für ihre Minderheitenprojekte erübrigte.

Es wäre weltfremd, sich der Tatsache zu verschließen, dass globale Modernisierungsprozesse heute selbst in weit abgelegene Gegenden hineinreichen. Auch ist es verständlich, dass Staaten mit multiethnischer Bevölkerung das Problem der Integration unterschiedlicher Kulturen und Lebensstile von Majoritäten und Minoritäten zu lösen haben. Doch beides rechtfertigt nicht die exzessive Ausbeutung

und Zerstörung der Lebensräume von Minderheiten und den oft fragwürdigen Umgang mit ihnen. Zum einen sollten sich Regierende und Wirtschaftsplaner bewusst sein, dass der industrielle Ressourcenabbau in großem Stil zwar mittelfristig zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung beitragen kann, dass die damit einhergehende rapide Rohstoffverknappung und Umweltverschmutzung jedoch langfristig das ökologische Gleichgewicht gefährden – was sich letztlich auf die Lebensqualität aller Bevölkerungsteile auswirken wird. Zum anderen ist die soziale und kulturelle Assimilierung der Minderheiten nicht der einzig denkbare Weg, den Einfluss der Modernisierungseffekte auf diese Gruppen abzuschwächen und interethnische Konflikte zu vermeiden, zumal sich die Integrationsbereitschaft der Majoritäten erst noch erweisen muss. Insbesondere die nomadische Lebensweise hat immer den Widerspruch der Sesshaften herausgefordert – so auch in Bezug auf die Orang Suku Laut. Doch ihr kulturelles Erbe und ihre Leistung, das Meer als alternativen Lebensraum zum Land erschlossen zu haben, sowie der verträgliche Umgang mit ihrer natürlichen Umwelt bedürfen der Anerkennung. Da die Rückzugsmöglichkeiten abnehmen, die sie bräuchten, um ihre tradierte Lebensweise fortzusetzen, sollten etwaige Projekte für Orang Suku Laut an den Bedürfnissen ausgerichtet sein, welche die Betroffenen selbst artikulieren, die sehr wohl dazu in der Lage sind, über Dinge nachzudenken, die ihre Lebensweise fundamental betreffen. Dies impliziert gleichzeitig, den sie herabsetzenden Stereotypen entgegenzuarbeiten, die von der Majorität bis heute geteilt werden und die Qualität des interethnischen Kontakts beeinträchtigen. Unter diesen Bedingungen und unter der Voraussetzung eines fundamentalen Umdenkens in Bezug auf den Umgang mit dem Ökosystem Meer könnten die Orang Suku Laut die Chance haben, einen Platz in der indonesischen Gesellschaft zu finden, der dem viel zitierten Staatsmotto der nationalen Einheit in kultureller Vielfalt entspricht.

**Dr. Lioba Lenhart (1957)**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Völkerkunde der Universität zu Köln; zwischen 1988 und 1991 führte sie Feldforschungen bei den Orang Suku Laut im Riau-Archipel in Indonesien durch.

Fischer, Air Kelobi, Riau-Archipel (1990)  
© Lioba Lenhart, Köln



# Im Kampf gegen die amerikanische Mine PT Freeport McMoran | Diaz Gwijangge

## Die Investition von PT Freeport Indonesia im Rückblick auf die Geschichte

Die Präsenz von PT Freeport Indonesia auf ihrer Heimat Erde ist für das Volk von Papua ein Alptraum. Das Unternehmen gehört dem amerikanischen Konzern Freeport McMoran Copper and Gold, an dem die britische Rio Tinto Zinc eine Zeit lang Anteile hielt.

Die Papua sind von Ausrottung bedroht, denn die Zahl der Todesfälle im Konzessionsgebiet dieses multinationalen Konzerns steigt von Jahr zu Jahr drastisch an. Die Toten sind zu meist Opfer „verdeckter“ Operationen der indonesischen Streitkräfte, die für die Sicherheit dieser drittgrößten Goldmine der Welt sorgen. Auf menschliche Werte wird dabei nicht geachtet, weil das Gold und Kupfer im Innern des Berges Nemangkawi (heute Grasberg) in den Köpfen der Anteilseigner den höchsten Wert darstellt. Ich spreche deshalb von „verdeckten“ Operationen, weil sie sich in Wahrheit gegen die lokale Bevölkerung richten, die hier über traditionelle Landrechte verfügt. Diese stehen jedoch in Widerspruch zu geltendem Recht. In Art. 33 der Verfassung und in weiteren Gesetzen heißt es, dass die Erde und alle darin enthaltenen Schätze dem Staat gehören und dem Nutzen der Allgemeinheit dienen sollen. Dieses Recht des Staates wird gegen die kommunalen und individuellen Rechte der Bevölkerung auf das jetzt von Freeport genutzte Areal im Hochland Papuas durchgesetzt.

Als PT Freeport kam, begannen die Menschenrechtsverletzungen mit der erwähnten Tendenz zur ethnischen Vernichtung. Von Beginn an wurden die traditionellen Rechte und die Menschenrechte missachtet. Papuas wurden zu keinem Zeitpunkt am Prozess der Vertragsgestaltung beteiligt. Von Anfang an wurde dem Volk der Papua, den traditionellen Besitzern des Landes, die diese Region bewohnen seit es sie hierher verschlagen hat, um die

Umwelt samt ihrer natürlichen Ressourcen zu hegen und zu pflegen, unfreundlich begegnet. Gegen all die Ungerechtigkeiten aufgrund der Existenz dieses Unternehmens gab und gibt es zahlreiche Proteste seitens der lokalen Bevölkerung, die jedoch politisch gedeutet werden oder dazu führen, dass Papua als Mitglieder der (separatistischen) Organisation Freies Papua (OPM) stigmatisiert und somit zur Zielscheibe von Gewalt seitens der Streitkräfte (TNI) bzw. der Polizei (Polri) werden.

Unsere Analyse und Kritik wirkt manchmal unbeholfen. Wir verstehen nicht, wieso sich Freeport hier niederlassen konnte, noch bevor der politische Status Papuas geklärt war. Dieser war seinerzeit noch zwischen den Regierungen der Republik Indonesien und den Niederlanden umstritten. Das spätere New York-Abkommen stellte schließlich den Versuch einer Konfliktlösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes dar. Letzteres wurde jedoch von Indonesien so umgedeutet, dass beim „Act of Free Choice“ 1969 anstelle der 800.000 erwachsenen Männer und Frauen Papuas nach dem Prinzip „eine Person – eine Stimme“ 1.025 Personen nach dem Prinzip „Musyawarah untuk Mufakat“ (Beratung zur Konsensfindung) abstimmten. Die Vertragsunterzeichnung zur Betriebsgenehmigung von PT Freeport erfolgte bereits 1967, zwei Jahre vor der Durchführung des „Act of Free Choice“, weshalb die Papua bis heute Kritik üben und zur Verantwortung rufen, indem sie der Regierung Indonesiens und der internationalen Gemeinschaft die Forderung nach Vergangenheitsaufarbeitung auf die Agenda setzen. Nach Ansicht der Papua können die Menschenrechtsverletzungen und die von Freeport sowie der Regierung Indonesiens bewirkte Abgeschlossenheit des demokratischen Raumes nicht losgelöst von den Fehlern der Vergangenheit gesehen werden.

## Freeport und Menschenrechtsverletzungen

Freeport ist weder der Todesengel noch der Retter des Papua-Volkes. Aber die Anwesenheit dieses riesigen Unternehmens bedeutet eine Bedrohung und eine Katastrophe für das Volk der Papua im Land ihrer Geburt. Die Regierung der Republik Indonesien erklärte dieses Unternehmen zum „lebenswichtigen nationalen Objekt“, das mit militärischer Macht scharf bewacht werden müsse. Da es sich hier um den größten Steuerzahler des Landes handelt, werden Klagen und Forderungen der lokalen Bevölkerung als Sicherheitsrisiko für das Unternehmen gewertet. Die Möglichkeit, durch Überzeugungsarbeit und friedlichen Dialog zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft Papuas und dem Unternehmen bzw. zwischen der Gesellschaft und der Regierung beizutragen, wird hintan gestellt. Forderungen nach Schadenersatz für traditionelle Landrechte beantwortet Freeport unverändert damit, dass es die Kriegsmaschinerie der Streitkräfte dazu anhält, Protestaktionen der lokalen Bevölkerung zu unterbinden und immer weitere Menschenrechtsverletzungen in dieser Region zu verursachen.

Hier einige Beispiele von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zuge der Aktivierung dieser Menschen zerstörenden Maschinerie: 1977 die Abschachtung von Zivilpersonen in den Dörfern Akimuga, Alama, Noema bis in die Gegend des Mt. Carstenz im Westen von Tembagapura, die jetzt zum Gebiet des Kreises Puncak Jaya gehört; die Ermordung von fünf Mitarbeitern der Firma Freeport, die als aufsässige Elemente und im Unternehmen tätige Mitglieder des Netzwerks der separatistischen OPM beschuldigt worden waren; die schweren Menschenrechtsverletzungen 1995 in der Gegend von Tsinga, Alama, Hoya, Jila, Arwanop, Bela und Mapnduma, die auch vom Bischof von Jayapura, Monsignore Herman Ferdinand Muninghoff, OFM, dokumentiert

wurden; bei der Operation zur Geiselnbefreiung in Geselama/Mapnduma beteiligte sich Freeport an der Ermordung von 45 Zivilpersonen durch den Einsatz eines Hubschraubers des Typs Airfast, der umgespritzt worden war und die Symbole des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (ICRC) trug. Im Januar 2007 zerstörte das Militär mehrere Hochlanddörfer, tausende Menschen flüchteten vor der Gewalt.

Freeport entrichtet Zahlungen für Operationen der Streitkräfte im Konzessionsgebiet der Firma, für operative Kosten des Militärs und weitere große Beträge, die direkt in den Kassen hoher Militärs landen – sowohl derer, die im Management von Freeport arbeiten, als auch solcher, die führende Stellungen in Jakarta bekleiden.

Dies steht in engem Zusammenhang damit, dass Amungsa, wie die lokale Bevölkerung in den Städten Tembagapura und Mimika das Gebiet der Amungme nennt, seit den dort getätigten Investitionen als militärisches Operationsgebiet eingestuft wird und dass das Militär bis heute eine gewichtige Rolle spielt, damit der Betrieb des Unternehmens weiter laufen kann, solange die Vorkommen an Gold und Kupfererz noch nicht erschöpft sind.

### Freeport und die Umwelt

Außer dass Freeport über den Umweg des indonesischen Militärs die Waffenmaschinerie in Bewegung setzt, betreibt es auch eine Maschinerie zur Zerstörung der Gebirge, die sich nun in Form von Abraum in den engen Tälern von Amungsa anhäufen. Verschiedene terrestrische und maritime Ökosysteme sind von direkter Zerstörung betroffen. Dazu zählen unter anderem einstmals fruchtbare Flächen, die der lokalen Bevölkerung, die im wesentlichen vom Wanderfeldbau und der Sammlung von Wirtschaftsgütern sowie vom Artenreichtum (Säugetiere) des tropischen Regenwaldes lebte, als Einkommensquelle dienten. Wasserquellen und Stellen, die die lokale Bevölkerung als Lebensspender verstand, wurden zerstört, und alles, was man jetzt noch vorfindet, sind ökologisch tote Flächen, auf denen sich Abraumhalden auf türmen. Wegen des unprofessionel-

len Umweltmanagements ist der Lebensraum von Menschen und Tieren rund um das Betriebsareal der Firma völlig zerstört, denn das Unternehmen vernachlässigt diese Probleme, weil man nur nach Gewinn strebt. Der Umweltverband Walhi hat im Mai 2006 eine Studie zu den Umweltschäden durch die Minenaktivitäten von Freeport veröffentlicht:

[www.eng.walhi.or.id/kampanye/tambang/frpt-report-may-06/](http://www.eng.walhi.or.id/kampanye/tambang/frpt-report-may-06/)

Eine der akut spürbaren Folgen ist, dass die Menschen, die im unterhalb des Tagebaus liegenden Flachland leben, keine Fische und Schalentiere mehr essen können. Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 20 Jahren erkranken und leiden an Hautveränderungen. Es ist daher zu befürchten, dass die Papua in etwa 20 Jahren eine Dezimierung oder gar ihre Ausrottung erleben werden. Die systematischen Operationen des Militärs und die Auswirkungen der nicht sachgemäß behandelten Industrieabfälle werden somit zur schlimmsten Bedrohung und zum Albtraum für die Bewohner dieser Gegend. Zurück bleibt eine Zeitbombe, die sich dann als nicht mehr beherrschbar erweisen wird, wenn der politische Druck dieses anhaltenden Konfliktes seinen Höhepunkt erreicht haben wird. Eindeutige Anzeichen hierfür sind diverse Konflikte vertikaler (d.h. Bevölkerung vs. Regierung/Unternehmen) und horizontaler Natur (d.h. zwischen Gruppen der Bevölkerung), die in Papua allgemein häufig zu Tage treten – in diesen Zeiten aber insbesondere in der Region der Aktivitäten von Freeport.

### Freeport und die Geschäfte von Militär und Polizei

Die beiden etwa gleich starken Kräfte in der Abbauregion Amungsa, das Militär und die Polizei, sehen in der Existenz von Freeport ein Betätigungsfeld für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen. Sie unternehmen alle erdenklichen Bemühungen, um sich an dem Unternehmen zu bereichern. Ihr unausgesprochenes Anliegen ist es, die Quelle, von der sie ihre Nahrung beziehen und ihre Beförderung er-

hoffen dürfen, nicht versiegen zu lassen, nur weil ein paar zivile Anwohner Forderungen auf Kompensation und Schadenersatz stellen oder wie die Intellektuellen in der „Asosiasi Mahasiswa Pegunungan Tengah Papua Se Indonesia“ (AMPTPI – Gesamt-Indonesische Studentenvereinigung im Zentralgebirge Papuas) auf deren erstem nationalen Kongress im Oktober 2004 in Timika die Schließung von PT Freeport fordern. Neben der vollständigen Schließung wurden dort auch Forderungen nach Einsetzung eines unabhängigen Umweltgutachterteams sowie die Abführung von 10 Prozent des Gewinns von Freeport an die lokale Bevölkerung erhoben.

Unternehmen und Militär werden als eine Einheit wahrgenommen, obgleich es in Wahrheit das Militär ist, das durch Terroraktionen (Schüsse auf Angestellte und Betriebseinrichtungen) dafür sorgt, dass diese Region als unsicher wahrgenommen wird, um dann Freeport davon zu überzeugen, die OPM und die lokale Bevölkerung als Sündenböcke zu opfern und die eigene Rolle als Bewahrer der Sicherheit hervorzuheben. Einige höhere Militärs sowie ein paar Offiziere a. D. sind sogar im Management von Freeport vertreten und helfen, die Geschicke des Unternehmens zu lenken. Das indonesische Militär verübt in zweierlei Richtung Terror: zum einen gegenüber der Bevölkerung Papuas, die über traditionelle Landrechte verfügt und Forderungen an das Unternehmen stellt, zum anderen indem es Freeport zwingt, sich als „Todesengel“ darzustellen, während das Militär den „Wolf im Schafspelz“ spielt. Solange Freeport weiter operieren darf, ohne sich für die gesellschaftlichen Gegebenheiten offen zu zeigen, werden die Leidtragenden und sogar in ihrer Existenz Bedrohten die in der betroffenen Region lebenden Papua sein.

### Diaz Gwijangge (1974)

diplomierter Anthropologe der Universität Cendrawasih; von 1995–2005 Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation ELSHAM; zur Zeit Beiratsvorsitzender der Gesamtindonesischen Vereinigung von Studenten des Zentralen Hochlandes von Papua in Jayapura, West Papua, Indonesien.

# Die indonesischen Gewerkschaften

Die erste Gewerkschaft in Indonesien wurde 1897 von holländischen Sprachlehrern gegründet; ihnen folgten die Post-, Eisenbahn- und Zuckerrohrplantagenarbeiter. 1908 wurde mit dem VSTP (Verband der Gleis- und Streckenarbeiter) die erste Gewerkschaft gegründet, die von Indonesiern geführt wurde. Bis 1918 die PFB (Personeel Fabrieks Bond) gegründet wurde, die unter dem Schutz des Zentrums der islamischen Union stand, einer Organisation indonesischer Händler, war die VSTP die größte Gewerkschaft. Die PFB wurde von der holländischen Kolonialregierung und den Unternehmern stark überwacht, weil sie in der Lage war, große Streiks zu organisieren.

VSTP und PFB haben die Gewerkschaftsbewegung ideologisch geprägt. Der VSTP vertrat eine eindeutig sozialistische Position, während sich die PFB eher an die Führung des Zentrums der islamischen Union anlehnte. Der 1919 erfolgte Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften zum Gewerkschaftsbund PPKB scheiterte denn auch rasch aufgrund unüberbrückbarer Differenzen auf der Leitungsebene, die ihren Höhepunkt 1921 erreichten, als keine Einigung über massive Streiks erreicht werden konnte. Damit begann die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Indonesien, die auch nach der Unabhängigkeit bis 1965 anhielt.



Bis 1965 wurden viele Gewerkschaften gegründet. Zu einem der mächtigsten Dachverbände wurde der SOBSI (Zentraler Gewerkschaftsbund Indonesiens), dessen Strukturen eine Beteiligung aller Ebenen, von der höchsten bis zur niedrigsten, und die Kontrolle des Organisationsausschusses ermöglichten.

Unter der Regierung Sukarno, die ganz im Sinne des im Befreiungskampf viel beschworenen nationalen Aufbruchs oft auf Seiten des Volkes stand, konnten sich die Arbeiter in vielen Fragen durchsetzen. In den Augen des Westens dagegen stellte Sukarno eine Gefahr dar, weil er kein ausländisches Kapital ins Land ließ und in seinem Kabinett Kommunisten stark vertreten waren. Deshalb sind manche Beobachter der Meinung, bei seinem Sturz hätten neben dem indonesischen Militär auch westliche Geheimdienste eine Rolle gespielt, die den Kommunismus schwächen und gleichzeitig dem globalen Kapital den Weg freimachen wollten.

Mit der Annahme der von Weltbank und Internationalem Währungsfonds vorgegebenen Maßnahmen zur Entschuldung sowie verschiedener Entwicklungsmaßnahmen im Dienste der Kapitaleigner geriet Indonesien in die Fänge des globalen Kapitalismus. Seit 1968 hat die Regierung eine Reihe von unternehmerfreundlichen Maßnahmen eingeleitet; ausländische Investoren fanden billige Arbeitskräfte, reiche natürliche Ressourcen und einen großen Markt vor. Dahinter stand die Annahme, dass die Bevölkerung die wachsende Wirtschaft nach der Genehmigung der Kredite unterstützen würde. Entsprechend hatte die Regierung ein großes Interesse an der Überwachung der politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Bürger.

Im privaten Sektor sicherte die Regierung das Angebot an billigen Arbeitskräften durch diverse administrative Hürden für alle Gewerkschaften, die nicht dem offiziellen Gewerkschaftsbund angehörten, der im Dienst der Regierung und der Unternehmen stand und seine Mitglieder aktiv von kollektiven oder individuellen Aktionen abhielt. Obwohl die Distanz zwischen den Mitgliedern und den Gewerkschaften wuchs, erhoben die Gewerkschaften weiterhin – wenn auch geringe – Mitgliedsbeiträge, die in Zusammenarbeit mit den Unternehmen eingezogen wurden.

Zudem boten die Unternehmen ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären berufliche Aufstiegschancen. Viele nahmen leitende Positionen in den Personalabteilungen oder den Abteilungen für Arbeitsbeziehungen an.

### **Gleichschaltung der Gewerkschaften unter Suharto**

1969 gab es erste Forderungen der Regierung, alle Gewerkschaften zu einem nationalen Gewerkschaftsbund zusammenzuschließen; 1973 wurde der FBSI (Gesamtindonesischer Gewerkschaftsbund) gegründet, der 21 Einzelgewerkschaften vereinigte. Die Aufgabe dieser Organisation wurde von der Regierung nach dem HIP-Prinzip (Pancasila-Arbeitsbeziehungen) festgelegt, das die Gewerkschaften zu harmonischen Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern verpflichtet. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften mussten den Interessen der Unternehmer Vorrang vor den Interessen ihrer Mitglieder einräumen. Frühere Regelungen zur Gründung oder zum Beitritt zu einer Gewerkschaft wurden zurückgenommen und durch Gesetze ersetzt, die die Entstehung von Gewerkschaften außerhalb des FBSI verhindern sollten.

Dennoch gab es Probleme bei der Kontrolle des FBSI, da die Mitgliedsgewerkschaften in den einzelnen Branchen autonom und von der jeweiligen Ideologie der Vorgängerorganisationen beeinflusst waren. Zudem wurden sie von den internationalen Organisationen unterstützt, in denen sie Mitglied waren. Auch wenn die alte Organisation seit langem nicht mehr existierte, lebte sie in den Gewerkschaften der einzelnen Branchen weiter. So war zum Beispiel die muslimische SARBUMUSI, die mit der PNU (Nahdlatul Ulama Partei) verbunden war, auf den Plantagen noch sehr aktiv. Ähnliches galt für andere Gewerkschaften, die lange vor Suharto aktiv gewesen waren.

1985 wandelte die Regierung den FBSI in die SPSI (Indonesische Arbeiterunion) um. Erzwungene Veränderungen in der Terminologie, die angeblich mehr Menschen die Möglichkeit zur Mitarbeit eröffnen würden, sollten das Konzept der Arbeiterklasse in der Gesellschaft negieren und das Klassenbewusstsein auslöschen. Darüber hinaus sollte durch die Aufhebung der Autonomie der Branchenge-

werkschaften gewährleistet werden, dass nur solche Gewerkschaften anerkannt wurden, die sich an die Regelungen der Regierung hielten. Nach harscher Kritik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und anderer internationaler Gewerkschaften an der Verletzung der gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit, stellte die Regierung den föderativen Charakter der SPSI durch die Umbenennung in FSPSI (Föderation der indonesischen Arbeiterunion) wieder her. Damit genügte sie formal den Ansprüchen, ohne die Einschränkungen von Gewerkschaftszusammenschlüssen außerhalb des FSPSI aufzuheben. Die FSPSI übernahm die Mitglieder des FBSI, sodass jede neue Gewerkschaft in einem Unternehmen, in dem es bereits einen Zweig der FSPSI gab, automatisch ebenfalls Mitglied wurde.

Anfang der neunziger Jahre versuchten einige Nichtregierungsorganisationen, die SBMS (Unabhängige solidarische Gewerkschaft) zu gründen und 1992 entstand die SBSI (Indonesische Wohlfahrtsgewerkschaft). Beide wurden gesetzlich nicht anerkannt und konnten deshalb auch nicht in Unternehmen tätig werden.

Die Wirtschaftskrise von 1997 verschlechterte die Arbeitsbedingungen noch mehr. Ausgelöst wurde sie durch den sinkenden Kurs der Rupie gegenüber dem Dollar, der einen Domino-Effekt mit sich brachte. So führten zum Beispiel in der von importiertem Rohmaterial abhängigen Textilbranche, die die meisten Arbeiter beschäftigte, Fabrikschließungen zu Massenentlassungen. Massenentlassungen in anderen Branchen hingen mit Unternehmensstrategien wie Rationalisierung, Optimierung der Produktion und einer veränderten Einstellungspolitik zusammen. Die hohe Arbeitslosigkeit verschlechterte die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Weitere Entlassung folgten 2004 nach dem Auslaufen des ATC-Handelsvertrages (Textil und Kleidung). 2006 waren die Arbeitslosenzahlen auf 11,1 Millionen gestiegen, das sind 10,4 Prozent der gesamten Arbeitsbevölkerung (106,3 Millionen).

### **Fragmentierung nach Suhartos Sturz**

Gleichzeitig gab es nach dem Sturz Suhartos Veränderungen im Umgang mit den Gewerkschaften. Die neue Regierung ratifizierte die ILO-Konvention über Vereinigungsfreiheit und

Tarifverhandlungen und schrieb die Konvention und das Recht auf die Gründung unabhängiger Gewerkschaften im Gewerkschaftsgesetz Nr. 21/2000 fest. Das führte aber auch zur Fragmentierung der Gewerkschaftsbewegung; seit 2000 sind 112 nationale Gewerkschaften gegründet worden. Zudem wurden die Gewerkschaften national und lokal durch zahlreiche weitere Spaltungen geschwächt.

Im September 2006 waren beim Arbeitsministerium 87 Dachverbände registriert; dazu kommen 40 Verbände, die in keinen Dachverband eingetreten sind. Hunderte von Gewerkschaften sind nicht registriert.

1999 spaltete sich ein Reformflügel von der FSPSI ab, der nicht glaubte, dass die alte Führung die Herausforderungen der Reformära bewältigen könne. Bald danach spaltete sich auch der Reformflügel. Die meisten Branchengewerkschaften bildeten zunächst eigene Zusammenschlüsse, schlossen sich aber nach dem Gewerkschaftsgesetz rasch zum KSPI (Indonesischen Gewerkschaftsbund) zusammen, dem zwölf Branchenverbände angehören.

Aus der SBSI wurde auf Initiative verschiedener Nichtregierungsorganisation, die eine Gewerkschaft wollten, die sich wirklich für die Rechte ihrer Mitglieder einsetzte, die K-SBSI (Konföderation der indonesischen Wohlfahrtsgewerkschaft) mit 11 angeschlossenen Verbänden.

Gleichzeitig strukturierte sich auch die alte FSPSI neu zur K-SPSI (Konföderation der indonesischen Gewerkschaft) mit 18 angeschlossenen Branchenföderationen, deren Mitgliedsgewerkschaften aber nur zentral und auf Fabrikebene zusammenarbeiteten. Das wurde als Nachteil angesehen, da Branchenfragen, zum Beispiel Branchenlöhne, bei trilateralen Gesprächen auf Stadt- oder Bezirksebene nicht behandelt werden konnten. Hunderte von Gewerkschaften aber haben es immer noch nicht geschafft, sich einem Dachverband anzuschließen, kämpfen ums Überleben und tauchen nur bei Arbeitskämpfen auf.

Obwohl Nichtregierungsorganisationen und Studenten während der Suharto-Ära alternative Organisationsformen unterstützten, steht die Gewerkschaftsorganisation nach dreißig Jahren systematischer Zerstörung vor unge-

heuren Schwierigkeiten. Organisatorische Kenntnisse und Fertigkeiten fehlen, Abhängigkeiten, vor allem finanzielle, bestehen weiter. Manche Gewerkschaften können ihr Programm nur mit programmatischer oder institutioneller Unterstützung durch internationale Geldgeber durchführen, die auch Seminare über die Erarbeitung eines Verhaltenskodex usw. organisieren.

### Folgen der Entpolitisierung

Bei gewerkschaftlichen Aktionen auf nationaler oder regionaler Ebene ist allgemein immer noch eine geringe Reaktionsbereitschaft erkennbar. So kommt es immer wieder zu Verzögerungen; es fehlt an klaren Strategien bei der Analyse von Arbeitsproblemen. Die meisten Funktionäre kennen noch nicht einmal die Vorstellungen der eigenen Organisation, von politischer Einsicht ganz zu schweigen. Die Denkschulen, die es vor dem Suharto-Regime in den Gewerkschaften gab, sind in dem langen Prozess der Entpolitisierung verschwunden. Zwar wurden bis Mitte der neunziger Jahre gelegentlich die alten Ideen wieder aufgegriffen; eine Gruppe von Studenten gründete zum Beispiel unter Berufung auf den demokratischen Sozialismus die demokratische Volkspartei PRD, während sich die PKS (Wohlstands- und Gerechtigkeitspartei) auf die Islamisierung der Gesellschaft konzentriert. Die anfängliche Militanz, mit der sich solche Gruppen auf die Gewerkschaftsbasis stützten, ging aber rasch verloren, ihr Einfluss und ihr Popularität bei den Arbeitern sank.

Ein weiteres Problem bestand darin, dass zwar überall viele neue Gewerkschaften entstanden, aber die organisatorischen Basen nur in den Großstädten lagen, vor allem auf der Insel Java. Neue Mitglieder in einer Fabrik oder Region wurden so überwiegend von bereits existierenden Gewerkschaften abgeworben, obwohl der überwiegende Teil der Arbeiter nie Mitglied einer Gewerkschaft war; der Organisationsgrad liegt bei nur 15 Prozent, weil die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sehr groß ist. Die wachsende Konkurrenz der Gewerkschaften untereinander führte zu vielen Spannungen.

Das zeigt sich zum Beispiel an dem Konflikt zwischen SPN (Nationale Arbeiterunion) und

PERBUPAS (Verband der Schuhgewerkschaft) bei Panarub, einem Unternehmen, das Schuhe für Adidas herstellt. SPN war Mitglied im KSPI; Perbupas Mitglied im GSBI (Unabhängiger Gewerkschaftsverband). Der Konflikt begann mit der Konkurrenz bei der Mitgliederwerbung und endete im Oktober 2005 mit offenen Feindseligkeiten, als beide Gewerkschaften Streiks für die Zahlung von Urlaubsgeld vereinbart hatten, die von SPN vor dem Stichtag aufgekündigt, von PERBUPAS aber durchgeführt wurden.

Daraufhin wurden 33 Arbeiter entlassen, darunter alle PERBUPAS-Funktionäre. Adidas kritisierte diese Entlassungen scharf und drohte damit, die Aufträge einzustellen. Manche Gewerkschafter sehen diese Konkurrenz als Folge des „Teile und Herrsche“, das den Gewerkschaften vom Kapital aufgezwungen werde.

Generell lässt das Organisationsmanagement der Gewerkschaften bis heute zu wünschen übrig. Es fehlt an klarer Organisationsplanung, an Kommunikationsmitteln, Mitglieder-daten, Unternehmensprofilen usw. Die Mehrheit der Gewerkschaften kümmert sich nicht um Technologie, hat kaum Zugang zu Informationen und versteht deshalb im Grunde nicht, vor welchen Problemen sie steht.

### Konzilient statt konfrontativ

Allgemein lässt sich sagen, dass sich der Standpunkt der Gewerkschaften, die sich den drei existierenden Dachverbänden anschließen, seit der Suharto-Zeit nicht wesentlich verändert hat. Die Führungsebene zieht immer noch die guten Beziehungen zum Management einer deutlichen Formulierung der Probleme der Mitglieder vor. Die weiterhin schlechte Wirtschaftslage, hohe Arbeitslosen-raten, sinkende Arbeitsplatzzahlen, die Aufspaltung des Produktionsprozesses in immer kleinere Arbeitsschritte, die minimale Fertigkeiten erfordern, in kurzer Zeit erlernt werden können und so ständig von Entlassung bedroht sind, erschwert Veränderungen in der Gewerkschaftsarbeit zusätzlich. Die Gewerkschaften stehen vor dem Dilemma, dass sie sich zwar um die Interessen ihrer Mitglieder kümmern wollen, aber auch Kompromisse mit dem Management schließen müssen.

Das schwankende Verhalten der Gewerkschaftsführung zeigte sich auch bei ihrer Hal-

tung zum Entwurf des Arbeitsgesetzes Nr. 13/2003. Seit der Reform von 1998 hatte die Regierung bei der Arbeitsgesetzreform drei Pakete geplant: Gewerkschaften, Arbeiter und Arbeitsbeziehungen. Insgesamt war das eine neoliberale Agenda für den Arbeitssektor. Die drei Pakete wurden von verschiedenen Beobachtern und Gewerkschaften scharf abgelehnt und mit vielen Aktionen bekämpft. Im Gesetzgebungsprozess aber korrigierten einige Gewerkschaftsführer ihre frühere Haltung und legitimierten damit die Auffassung der Regierung, die Gesellschaft würde das Gesetz akzeptieren.

Nach der Festschreibung der regionalen Autonomie, die zu unterschiedlichen Mindestlöhnen in den verschiedenen Regionen führte, verlegten viele Unternehmen ihre Produktion in Gebiete mit dem für sie günstigsten Mindestlohn. Das führte zum Beispiel dazu, dass die früheren Arbeiter schlechter bezahlt, mit der Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, zum Umzug gezwungen oder ihnen Abfindungen vorenthalten wurden. Damit wurde auch ein flexibleres Arbeitssystem geschaffen.

Fehlende Rechtssicherheit, eine komplizierte Bürokratie und nicht zuletzt eine instabile Sicherheitslage veranlassen Investoren, ins Ausland abzuwandern. Das betrifft vor allem die Elektronik-, Lederwaren- und Textilbranchen. Die Schließungen und Umsiedlungen werfen ein Schlaglicht auf das schlechte Investitionsklima und die Arbeitsmöglichkeiten in Indonesien. Übrigens gibt es neben den bekannten Fällen auch viele Schließungen lokaler Fabriken, zum Beispiel in den Industriezentren in Java, Batam und Medan, über die national nicht berichtet wurde.

### **Neues Arbeitsrecht schränkt Spielräume ein**

Das dritte Paket der Arbeitsrechtsreform auf der neoliberalen Agenda ist das 2004 verabschiedete Gesetz zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten, das den Spielraum der Gewerkschaften zusätzlich beschneidet, weil es die Rolle und Verantwortung des Staates bei der Schlichtung von Arbeitskämpfen beschränkt. Die Gewerkschaften dürfen jetzt nur noch für ihre Mitglieder eintreten.

Der Druck des globalen Kapitalismus auf Indonesien wird immer stärker. Das zeigt sich in der Neufassung des Arbeitsgesetzes Nr. 13/2003, das staatliches Eingreifen bei Fragen normativer Rechte, Einsatz von Vertragsarbeitern und Outsourcing, freiem Wettbewerb mit ausländischen Arbeitskräften und Kündigungsschutz ausschließt.

Bis heute gibt es eine strukturelle Vertrauenskrise zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Führungsebene; die Beziehungen sind distanziert. Es gibt immer noch eine Kluft zwischen Mitgliedern und Betriebsräten, zwischen Betriebsräten und Branchenleitern und zwischen den Branchenleitern und der zentralen Führung. Das erschwert es den Gewerkschaften, ihre Macht zu konsolidieren und für die Interessen der Arbeiter einzusetzen. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Ablehnung der Überarbeitung der Arbeitsgesetze durch die Mitglieder der KSPSI am 3. Mai 2003. Dazu muss man wissen, dass die KSPSI den Maifeiertag ablehnt, weil sie den Tag der Arbeit an ihrem Gründungstag feiert. Die KSPSI-Führung hatte zunächst keine klare Haltung zu dem überarbeiteten Entwurf der Arbeitsgesetze und plante keine Aktionen dagegen. Aber als der 1. Mai näher rückte, wurde der Ruf der Mitglieder nach Demonstrationen lauter. Unter Führung der jeweiligen Branchengewerkschaften gab es dann am 5. April und 4. Mai 2006 Demonstrationen, bei denen es zu vereinzelt Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften kam. Acht KSPSI-Mitglieder wurden verhaftet. Die harte Reaktion der Behörden schüchterte die zentrale KSPSI-Führung so ein, dass sie den Verhafteten keinerlei Rechtsschutz gewährte, trotz der Forderungen vieler nicht in der KSPSI organisierten Gewerkschaften und anderer Organisationen nach ihrer Freilassung.

Mit Ausnahme des KSPSI und der Gewerkschaft der Staatsbetriebe lehnten alle Arbeiter und Gewerkschaften den Entwurf zur Überarbeitung der Arbeitsgesetze ab. Seit Januar 2006 gab es Massendemonstrationen, die am 1. Mai ihren Höhepunkt fanden. Der 1. Mai wird seit Suhartos Rücktritt in Indonesien gefeiert; aber während bislang jede Gewerkschaft ihre eigene Veranstaltung durchführte, demonstrierten am 1. Mai 2006 erstmalig alle Gewerkschaften gemeinsam gegen die neuen Arbeitsgesetze.

Die Mehrheit der Gewerkschaftsführer, die den Entwurf ablehnten, hatte verstanden, dass die darin enthaltene Globalisierungsagenda nur der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts dient. Aber nur wenige hatten begriffen, dass sie eine ernsthafte Gefahr für die Gewerkschaften selbst darstellten. Dennoch richteten sich die Aktionen indirekt durchaus auch gegen die Bedrohung von WTO und GATS, auch wenn sie nicht allen direkt klar sind.

Trotz der Demonstrationen konnte die Gewerkschaft allein gegen die Regierung nichts ausrichten. Erst als auch andere gesellschaftliche Gruppen ihre Ablehnung deutlich machten, zog die Regierung das geplante neue Gesetz zurück.

Die Existenz der Gewerkschaften ist auch weiterhin gefährdet angesichts einer Neustrukturierung der Produktion, die die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten verwischt, die Qualität von Arbeitschancen und Arbeitssicherheit verringert, produktive Ressourcen verschwendet und die Arbeitsplatzsicherheit bedroht. Die Globalisierung hat viele Opfer, und deshalb ist ein effektiver Widerstand nur dann möglich, wenn man alle betroffenen Gruppen einbezieht. Arbeiter sind Teil der Gesellschaft, und die Gewerkschaft muss aus den Fabrikmauern heraustreten, wenn sie die wahren Probleme und Interessen der von ihr vertretenen Arbeiter erkennen will.

**Fauzi Abdullah (1949)**  
graduierter Literaturwissenschaftler der Universität von Indonesien in Jakarta; Senior Consultant des Unternehmens Resource Management and Development Consultant (REMDEC) in Jakarta, Indonesien.

**Sari Aneta (1982)**  
Studentin an der Juristischen Fakultät der Padjadjaran Universität in Bandung und Mitarbeiterin am Sedane Labour Information Center (LIPS) in Bogor, Indonesien.

**Iskandar Zulkarnaen (1976)**  
Student an der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der Padjadjaran Universität in Bandung und Mitarbeiter am Sedane Labour Information Center (LIPS) in Bogor, Indonesien.

# Indonesische Hausangestellte

## in Hongkong



| Eni Lestari Andayani

Die Hausangestellten in Hongkong, die überwiegend aus den Philippinen, Indonesien, Nepal, Thailand und Sri Lanka stammen, müssen oft stark überhöhte Vermittlungsgebühren zahlen, sehr lange für sehr wenig Lohn arbeiten, werden schlecht behandelt, diskriminiert und in vieler anderer Hinsicht ihrer Menschen- und Arbeitsrechte beraubt. Dazu kommt, dass die Regierung in Hongkong die Rechte von MigrantInnen durch die so genannte Zweiwochenregel, die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Wohnung, Lohnkürzungen unter dem Deckmantel der jährlichen Lohnüberprüfung, Abgaben und andere Vorschriften zusätzlich einschränkt.

Die Zahl der ArbeitsmigrantInnen aus Indonesien in Hongkong steigt seit Jahren. 2005 bei-

spielsweise stieg sie trotz der erzwungenen Lohnkürzung auf 400 HK\$ (57 US\$) laut Einwanderungsstatistik auf 100.110 (im Vergleich zu 83.000 im Jahr 2003). Dagegen ist die Zahl der ArbeitsmigrantInnen aus den Philippinen von 150.000 im Jahre 2002 auf 118.000 im Jahre 2005 gesunken. Das zeigt, dass es die wirtschaftliche Situation in den Heimatländern ist, die viele Menschen trotz der Lohnkürzung zwingt, im Ausland zu arbeiten. In den nächsten Jahren wird erwartet, dass die Zahl der Indonesier die der Philippinen in Hongkong erreicht und sogar überschreitet.

Indonesische Hausangestellte werden in Hongkong schlechter behandelt als ihre KollegInnen aus anderen Ländern. Die meisten

sind unterbezahlt; ihr Monatslohn liegt zwischen 1.700 bis 2.000 HK\$ (243–286 US\$); der gesetzliche Mindestlohn beträgt 3.400 HK\$ (486 US\$). Sie müssen Vermittlungsgebühren zwischen 3.000 und 23.000 HK\$ zahlen, ihre Pässe und Arbeitsverträge werden einbehalten und ihr Name geändert. Viele Hausangestellte leiden unter körperlicher und verbaler Misshandlung, sexueller Belästigung und Vergewaltigung, sie werden gezwungen, illegal in Läden, auf Märkten, in Büros und verschiedenen Häusern zu arbeiten, unzureichend untergebracht und ernährt, geschlagen und an der Ausübung ihrer Religion gehindert. Eine verhängnisvolle Zusammenarbeit zwischen den Vermittlungsagenturen auf beiden Seiten, in Indonesien und Hongkong, und den



Arbeitgebern verschärft die Situation zusätzlich. Immer mehr ArbeitsmigrantInnen fliehen vor Arbeitgebern und Agenturen, wenn sie die Misshandlung und Ausbeutung nicht mehr ertragen. Migranten, die im Haushalt leben, müssen zwischen 12 und 20 Stunden arbeiten und 24 Stunden täglich zur Verfügung stehen; der Schlafmangel verstärkt die Gefahr physischer und sexueller Misshandlung.

Die Ratifizierung des Ministererlasses Nr. 104 A von 2002, einem Zusatz zum Gesetz über Einsatz und Schutz von indonesischen ArbeitsmigrantInnen im Ausland, der ihre Rechte und ihr Wohlergehen eigentlich schützen sollte, hat die Ausbeutung indonesischer Arbeitskräfte im In- und Ausland tatsächlich verschärft. Der Erlass überlässt Einstellung und Schutz

der ArbeitsmigrantInnen voll und ganz den Vermittlungsagenturen – gerade die aber verletzen in der Praxis die Rechte der ArbeitsmigrantInnen.

Trotz der alarmierenden Rate der gegen MigrantInnen in Hongkong verübten Gewalttaten ist die Zahl der indonesischen Hausangestellten drastisch gestiegen. Die indonesische Regierung fördert die Migration, ohne aber den Schutz ihrer Bürger zu gewährleisten. Indonesische ArbeitsmigrantInnen werden wie Exportgüter behandelt, und die indonesische Wirtschaft profitiert von dem wenigen, hart erarbeiteten Geld, dass sie an ihre Familien überweisen. In dieser Situation können sich die indonesischen ArbeitsmigrantInnen in Hongkong nur auf die eigene kollektive Stim-

me und Stärke verlassen. Nur unser Einsatz kann die Bedingungen der ArbeitsmigrantInnen verbessern und die Wurzeln der erzwungenen Migration deutlich machen. Doch können wir unsere Kräfte nur dann vereinen, wenn wir die indonesischen ArbeitsmigrantInnen über ihre Rechte und über alle Fragen, die das Leben der indonesischen Familien zu Hause betreffen, umfassend informieren.

**Eni Lestari Andayani (1974)**

Hausangestellte, soziale Aktivistin (Erziehung, Solidaritäts- und Wohlfahrtsarbeit) und Vorsitzende der Association of Indonesian Migrant Workers in Hong Kong.



# Deutsch-indonesische Entwicklungszusammenarbeit | Anett Keller



## Entschuldung als neues Instrument

Gemeinsam beschritten Deutschland und Indonesien im September 2007 entwicklungspolitisches Neuland. Im Rahmen der zweiten Runde der Geberkonferenz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose unterzeichneten Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und der indonesische Botschafter in Deutschland, Makmur Widodo, am 26. September ein Entschuldungsabkommen in Höhe von 50 Millionen Euro. Im Gegenzug sicherte Indonesien zu, die Hälfte des Geldes dem indonesischen „Debt2Health“-Programm zur Verfügung zu stellen. Damit unterstützte Deutschland als erster Geber die neue Schuldenumwandlungsinitiative Debt2Health des Globalen Fonds zugunsten von Gesundheitsprogrammen in Entwicklungsländern.

Zuvor wurden zwischen Deutschland und Indonesien bereits vier Schuldenumwandlungen in den Bereichen Bildung, Umwelt/Forst und Wiederaufbau (Erdbeben) in Höhe von insgesamt 93,6 Millionen Euro vereinbart. Kritiker monieren indessen, dass Entschuldung in einem äußerst korrupten Land wie Indonesien nicht den wirklich Bedürftigen zugute komme.

## Deutschland ist zweitgrößter bilateraler Geber

Indonesien ist seit langem eines der Schwerpunktländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die indonesisch-deutsche Entwicklungspartnerschaft besteht bereits seit den 1950er Jahren. Deutschland ist heute der zweitgrößte bilaterale Geber Indonesiens nach Japan. Auf der Liste der Empfängerländer deutscher bilateraler EZ steht Indonesien derzeit an achter Stelle. Seit 1961 wurden rund drei Milliarden Euro staatliche EZ-Gelder für Indonesien aufgewendet.

Darüber hinaus engagiert sich Deutschland im Rahmen multilateraler Institutionen wie den Vereinten Nationen (UN), der Weltbank (WB), der Asian Development Bank (ADB) und dem Entwicklungsfonds der Europäischen Union (EU). Auch wenn sich dieser Artikel schwerpunktmäßig mit den staatlichen Beiträgen und Institutionen der deutschen EZ befasst, sei darauf verwiesen, dass auch deutsche Nichtregierungsorganisationen seit langem

und sehr intensiv im Bereich der Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bildung sowie Umweltschutz mit indonesischen Partnern zusammen arbeiten.

## Ankerland Indonesien

Indonesien wird seit 2004 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als eines von weltweit 15 Ankerländern eingestuft. Als Ankerländer gelten Länder, die in ihrer Region zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss ausüben. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen, geographischen und demographischen Relevanz sind sie für die Gestaltung regionaler Prozesse und für die Lösung globaler Probleme von besonderer Bedeutung. Entsprechend konzentrierte sich die deutsche EZ darauf, privatwirtschaftliches Engagement zu fördern. Das BMZ fokussierte sich in den letzten Jahren auf die Bereiche Gesundheit, Wirtschaftsreform, Transportinfrastruktur und Zentralisierung.

Die Projektaktivitäten konzentrierten sich vor allem auf Zentraljava, und Yogyakarta sowie die entwicklungsschwachen Provinzen West- und Ost-Nusa-Tenggara im Osten des Landes. Seit der verheerenden Tsunami-Katastrophe vom Dezember 2004 liegt ein weiterer regionaler Schwerpunkt der deutschen Hilfe in der Provinz Aceh. Neben der technischen, finanziellen und personellen Entwicklungszusammenarbeit bestehen zahlreiche Kooperationen in Wissenschaft und Technologie, z. B. in den Bereichen Geologie, Energietechnik und Umweltforschung. So wurde beispielsweise an der Universität Göttingen der Sonderforschungsbereich STORMA (Stabilität von Randzonen tropischer Regenwälder in Indonesien) eingerichtet. Derzeit prominentestes, wenngleich nicht unumstrittenes Beispiel deutscher Wissenschafts- und Technologiekooperation dürfte der Aufbau des Tsunami-Frühwarnsystems unter der Federführung des Geoforschungszentrums Potsdam sein.

## Kernprobleme der Entwicklung Indonesiens

„Indonesien hat viele Arme. Aber arm ist es nicht“ – so lautete unlängst der Titel eines Artikels über deutsche Entwicklungshilfe im südostasiatischen Inselreich in einer Tageszeitung.

Indonesien ist reich an natürlichen Ressourcen. Von hoher wirtschaftlicher Relevanz sind dabei Erdöl- und Erdgas, Kohle sowie Gold und Kupfer. Die indonesischen Regenwaldflächen zählen zurzeit noch zu den größten der Welt. Vulkanerde und tropisches Klima bieten Fruchtbarkeit für landwirtschaftliche Produktion. Trotz all des natürlichen Reichtums, schneidet das Land beim Index der menschlichen Entwicklung (HDI) schlecht ab. Im vergangenen Jahr belegte Indonesien mit 0.728 Punkten Platz 107 von 177 Ländern – womit es in der Rangfolge zwischen den Palästinensergebieten und Syrien liegt.

„Dieses Krankenhaus hätte tausende Leben in entlegenen Regionen retten können. Diese Brücke hätte eine Lebensader für viele sein können. Und diese Schule hätte Generationen eine gerechte Lebenschance gegeben. Wenn es nur keine Korruption gäbe.“ – mit diesen Worten begrüßt die Homepage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Indonesien ihre Besucher. Die grassierende Korruption ist das größte Entwicklungshindernis des Landes, sie macht die Anstrengungen der Armutsbekämpfung zunichte, sie sorgt dafür, dass das Land für Auslandsinvestitionen unattraktiv bleibt, sie behindert Reformen im Justizsystem ebenso wie bei Polizei und Militär. Indonesien ist eines der korruptesten Länder der Welt, auf dem aktuellen Corruption-Perceptions-Index von Transparency International liegt es auf Platz 143 von 180 Ländern. Als weitere Kernprobleme für die Entwicklung des Landes gelten die hohe Anfälligkeit für Armut, das hohe Bevölkerungswachstum und die rasante Urbanisierung.

Charakteristisch für Indonesien ist außerdem die exponierte Stellung des politischen und wirtschaftlichen Zentrums des Landes, der Insel Java, die nur 7 Prozent der Gesamtfläche Indonesiens einnimmt, wo aber 61 Prozent der Indonesier leben und wo 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) erwirtschaftet werden. Wegen der starken regionalen Disparitäten (vor allem auf den östlichen Inseln leben Millionen von Menschen in absoluter Armut) könnte es dazu kommen, dass einzelne Regionen des Landes weit unterhalb der Erfüllungsgrenze der von der UNO zur Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 ausgegebenen Millenniumsziele (MDG) liegen, obwohl dem

Mindestens einmal pro Jahr wird Nordsumatra wochen- bis monatelang von Wolken aus Rauch und Dunst überzogen, als Folge von Torfmoor- und Waldbränden. Quelle: NASA Visible Earth



Landesdurchschnitt nach die Ziele erfüllt sind. In einigen Bereichen scheint die Erfüllung der MDG auch insgesamt fraglich. Nach Angaben von UNDP ist die absolute Armut gewachsen: Während 2005 15,97 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag lebten, waren es 2006 17,75 Prozent. 52 Prozent der Armen des Landes haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, 44 Prozent keine Sanitäranlagen. Die Müttersterblichkeit ist in kaum einem anderen südostasiatischen Land so hoch wie in Indonesien.

### Klimaschutz als neuer Schwerpunkt

Im Oktober 2007 sagte das BMZ Indonesien für die kommenden beiden Jahre 86 Millionen Euro Hilfen zu. Damit verbunden war auch eine Neuausrichtung der Schwerpunkte. Einer von künftig drei Schwerpunkten der deutsch-indonesischen Entwicklungszusammenarbeit wird Klimaschutz sein. Er umfasst Waldschutz-Programme sowie die Unterstützung Indonesiens bei der Umsetzung der nationalen Klimastrategie. Indonesien weist nach Brasilien die zweitgrößten Tropenwaldbestände der Welt auf. Der Gastgeber des UN-Klimagipfels vom Dezember 2007 hat in Sachen Klimaschutz selbst enormen Handlungsbedarf. Durch Abholzung, Wald- und Torfmoorbrände ist das Land inzwischen zum weltweit drittgrößten Verursacher von Kohlendioxidemissionen „aufgestiegen“. Gleichzeitig wird das Inselreich Indonesien mit seinen dicht besiedelten Küstenregionen erheblich unter dem Klimawandel leiden.

Weitere Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit sind laut BMZ die Förderung der Privatwirtschaft durch Berufsbildung und die

Beratung bei der Dezentralisierung staatlicher Befugnisse. Zwar wurden aufgrund ihres Armutsbezuges auch gesundheitspolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel zur Bekämpfung der Vogelgrippe, vereinbart sowie die bereits erwähnte Schuldenumwandlung zugunsten von Programmen gegen Aids, Tuberkulose und Malaria. Generell sollen jedoch im Zuge einer Neuausrichtung der deutsch-indonesischen EZ die Förderschwerpunkte Gesundheit und Transport in den nächsten vier bis fünf Jahren auslaufen. Aktivitäten zur Aidsbekämpfung und im Bereich sozialer Sicherungssysteme sollen zwar nach Angaben des BMZ weiterhin möglich bleiben, dennoch verwundert es – gerade angesichts der immensen Probleme Indonesiens im Bereich Gesundheit – dass einerseits vollumfänglich Schuldenerlasse zugunsten von Gesundheitsprogrammen verkündet werden, während andererseits die Mittel dafür verringert werden. Schon im Aktionsprogramm 2015, mit dem die Erfüllung der Millenniumsziele in die deutsche EZ integriert werden sollte, stellte Gesundheit kein zentrales Thema dar. So kritisierte im vergangenen Jahr das Netzwerk „Action for Global Health“, dass Deutschlands Engagement, was den Anteil der Gesundheitsausgaben in der EZ angeht, weit unter dem liege, was nötig wäre, um Entwicklungsländern eine adäquate Unterstützung bei der Erfüllung der MDGs zu bieten.

### Tsunami-Hilfe

Die Bundesregierung hatte nach der Katastrophe vom 26. Dezember 2004 für Wiederaufbau und Nothilfe in allen vom Tsunami betroffenen Ländern Hilfen in Höhe von 500 Millionen Euro zugesagt. Die deutschen Bei-

träge in der indonesischen Provinz Aceh, der vom Tsunami am stärksten betroffenen Region, werden zum Einen mittels eines Länderprogramms umgesetzt. Im Rahmen dieses Programms wurden von staatlichen EZ-Trägern bis Ende 2007 136 Millionen Euro umgesetzt. Im Rahmen des Regionalprogramms Indischer Ozean waren es im gleichen Zeitraum 102,8 Millionen Euro. Im Regionalprogramm sind auch Gelder enthalten, die an Nichtregierungsorganisationen, Kirchenverbände, Stiftungen sowie multilaterale Organisationen gehen. So unterstützte das BMZ beispielsweise mit elf Millionen Euro den von der Weltbank treuhänderisch verwalteten Multi-Donor-Fund. Außerdem unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Tsunami-Frühwarnsystem, dessen Technik seit 2005 in Indonesien und vor den Küsten von Java und Sumatra installiert wird, mit 45 Millionen Euro.

Deutschland ist der größte bilaterale Geber in Aceh. Das auf fünf Jahre angelegte Programm konzentriert sich auf die folgenden fünf Schwerpunkte: Gesundheitsversorgung (Zusage von 54 Millionen Euro), Bildung (40 Millionen), Wohnungsbau (36 Millionen), Verwaltung/gute Amtsführung (22 Millionen) und Wirtschaftsförderung (elf Millionen).

Im Wohnungsbauprogramm wurden bis Ende 2007 6.000 neue Häuser gebaut. Im Mittelpunkt des Gesundheitsprogramms steht der Wiederaufbau des Krankenhauses in Banda Aceh an einem neuen, hochwassersicheren Standort bis Mitte 2009. Im Frühjahr 2008 sollen 17 Schulen in Aceh sowie auf der Insel Nias fertig gestellt sein. Die Projekte zur Verbesserung der Regierungsführung unterstützen die lokale Regierung und die Verwaltungen

Nach dem Tsunami: Neue Fischerboote werden dringend gebraucht © Anett Keller



bei der nachhaltigen Gestaltung des Wiederaufbaus. Besonders engagiert ist Deutschland im Bereich der Einwohnerverwaltung.

Einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau in Aceh leisteten jedoch nicht nur die Durchführungsorganisationen der bilateralen EZ, sondern auch die nichtstaatlichen Hilfswerke, die ihre Projekte überwiegend aus Eigenmitteln finanzierten. Mehr als 670 Millionen Euro deutsche Privatspenden wurden für die vom Tsunami betroffenen Länder verzeichnet, auch hier ging der Löwenanteil des Geldes nach Aceh. In Aceh tätig sind unter anderem das Deutsche Rote Kreuz, die Deutsche Welthungerhilfe, die in der Aktion „Deutschland Hilft“ verbündeten Hilfsorganisationen sowie kirchliche Hilfswerke wie die Caritas, Misereor und die Diakonie-Katastrophenhilfe.

#### Akteure der bilateralen EZ

##### Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)

Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit ist seit 1975 mit einem Büro in Jakarta vertreten. Die Projektvorhaben der GTZ betrafen bislang die Schwerpunkte Gesundheit, Wirtschaftsreform sowie Good Governance/Dezentralisierung. So berät die GTZ beispielsweise die indonesische Regierung bei der Entwicklung eines sozialen Krankenversicherungssystems. Ein regionaler Schwerpunkt der Gesundheitsprojekte sind die Provinzen Nusa Tenggara Timur und Nusa Tenggara Barat, wo versucht wird, mehr Menschen den Zugang zu Basisgesundheitsversorgung zu ermöglichen sowie die Wasser- und Sanitärversorgung im ländlichen Raum zu verbessern.

Der Bereich nachhaltige Wirtschaftsentwicklung umfasst unter anderem Projektvorhaben zur lokalen und regionalen Wirtschaftsentwicklung, zur Unterstützung von lokalen Berufsausbildungsstätten, zur Beratung bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts und im Bereich Mikrofinanzinstitutionen sowie das seit 1999 laufende indonesisch-deutsche Umweltprogramm ProLH. Im Rahmen des Schwerpunktes Dezentralisierung/Good Governance unterstützt die GTZ das indonesische Innenministerium und andere Stellen auf Zentralebene dabei, partizipative und transparente Politikformulierungsprozesse zu initiieren und zu institutionalisieren. Ein weiteres Projektvorhaben in diesem Bereich dient der Schaffung von Rechtssicherheit und Gleichbehandlung im Einwohnerwesen.

Seit der Tsunami-Katastrophe hat die GTZ umfangreiche Wiederaufbauhilfe in Aceh geleistet. Dort hilft die GTZ, ein funktionierendes Einwohnermeldewesen aufzubauen und half bei den Regionalwahlen der lokalen Wahlkommission bei der Wählerregistrierung.

Weitere Schwerpunkte in Aceh sind berufliche Bildung, Wirtschaftsaufbau und Mikrofinanzentwicklung sowie die Verbesserung des Gesundheitsdienstes.

Die neue Schwerpunktsetzung der deutsch-indonesischen EZ wird sich auch auf die Projektvorhaben der GTZ auswirken. Derzeit befindet sich das Projekt-Portfolio in einem Fokussierungsprozess auf die drei im Oktober vereinbarten Schwerpunkte, heißt es aus der GTZ-Zentrale in Eschborn.

#### Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Die erste Zusage der finanziellen Zusammenarbeit für Indonesien erfolgte 1962. Bis 2006 wurden insgesamt 2,2 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt als finanzielle Zusammenarbeit für Indonesien zugesagt. Dazu kommen nochmals KfW-Mittel, die nicht aus dem BMZ-Haushalt stammen, in Höhe von 830 Millionen Euro. Von den 2005 zugesagten 73,99 Millionen Euro BMZ-Haushaltsmitteln für Indonesien entfielen 22,8 Millionen Euro auf die KfW. Der überwiegende Teil der KfW-Mittel floss in den letzten Jahren in den Transportsektor. Weitere Schwerpunkte sind (noch) Gesundheit/Wasserversorgung sowie die Förderung von beruflicher Bildung.

Nachdem die finanzielle Zusammenarbeit im Bereich Luftfahrt/Flugsicherung und Straßenbau wegen der weitgehenden Kommerzialisierung beziehungsweise der Förderung durch andere Geber nicht mehr unterstützt wurde, konzentrierte sich die KfW im Transportbereich auf den Schienenverkehr auf der Insel Java und auf den Seetransport. Menschenrechtler haben häufig bemängelt, dass KfW-Kredite zur Modernisierung von Schiffen und Häfen nicht nur der Verbesserung des Transports für Zivilisten galten (vgl. den Artikel „Made in Germany“ in diesem Band).

Zinsgünstige KfW-Kredite wurden unter anderem auch für die Anschaffung von zwei Dutzend Passagierfähren der staatlichen Reederei PT Pelni gewährt; die 24. Fähre wird im Sommer 2008 fertig sein.

Die Millionenprojekte im Schwerpunktbereich Transport bescherten einem deutschen Unternehmen volle Auftragsbücher: Gebaut wurden die Fähren von der Meyer-Werft in Papenburg. Die Evaluierung des Nutzens der Passagierfähren fiel jedoch überwiegend negativ aus: PT Pelni reagierte auf einen Nachfrageeinbruch durch erhöhte Treibstoffpreise mit dem Abbau von einzelnen Verbindungen, die finanzierten Fähren erwirtschafteten Verluste. Wie erwähnt, sieht das neue Länderkonzept für Indonesien des BMZ vor, den Schwerpunkt Transport zu streichen und lediglich die laufenden Projekte zu beenden.

Im Bereich Gesundheit liegt ein Schwerpunkt in der HIV/Aids-Prävention und der Geburtenkontrolle. Hier fördert die KfW Social Marketing Maßnahmen für Verhütungsmittel.

Außerdem stellt die KfW Zuschüsse für die Verbesserung der Trinkwasserversorgung in Nusa Tenggara Timur (NTT) bereit. Der Schwerpunkt des Projektes liegt auf dem Bau neuer und der Instandsetzung bestehender Wasserversorgungssysteme in drei Distrikten auf Sumba und Westtimor. Außerdem engagiert sich die KfW gemeinsam mit der GTZ bei der Verbesserung der Basisgesundheitseinrichtungen in den östlichen Provinzen.

Im Rahmen der deutschen Tsunami-Wiederaufbauhilfe in Aceh unterstützt die KfW mit der GTZ und anderen Gebern den Wiederaufbau des Provinzkrankenhauses in Banda Aceh. Weiterhin ist die KfW beim Wohnungs- und Siedlungsbau sowie beim Wiederaufbau von Sekundarschulen aktiv.

Als Unternehmen der KfW-Bankengruppe ist die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) in Indonesien aktiv. Die DEG finanziert Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungsländern. Sie engagiert sich seit 1972 in Indonesien und ist dort seit 1988 mit einem Außenbüro vertreten. Von den 2005 zugesagten 73,99 Millionen Euro BMZ-Haushaltsmitteln für Indonesien entfielen 15,22 Millionen Euro auf die DEG.

#### InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Indonesien ist Schwerpunktland für Maßnahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung durch die InWEnt gemeinnützige GmbH (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) – 2002 hervorgegangen aus der Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE). InWEnt arbeitet eng mit den regionalen Organisationen wie der Asian Development Bank (ADB), der Gemeinschaft südostasiatischer Staaten (ASEAN) und dem Asia-Europe-Meeting (ASEM) zusammen. Im Zentrum stehen Initiativen, die die Führungskräfte der Region dabei unterstützen, politische, wirtschaftliche und soziale Strukturereformen anzustoßen. So werden zum Beispiel im Rahmen des Trainingsprogrammes SEAL (Social Standards Exchange of Experience in South East Asia and Practical Learning) Führungskräfte von Unternehmen in Fragen von Umwelt- und Sozialstandards geschult. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Gesundheitsmanagement. Die Angebote von InWEnt zur weiteren beruflichen Qualifizierung werden nach Angaben der deutschen Botschaft in Jakarta jährlich von ca. 700 indonesischen Interessenten wahrgenommen.

Auch bei InWEnt werden sich künftige Programme und Neuvorhaben an der neuen Schwerpunktsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Indonesien ausrichten. Das bedeutet nach Angaben von InWEnt, „dass wir keine Neuvorhaben im Bereich Gesundheit oder Transport planen, die über das generelle deutsche Engagement hinaus gehen werden“.

## Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)

CIM ist eine gemeinsame Entwicklungshilfeorganisation der GTZ und der Bundesanstalt für Arbeit. CIM-Experten bilden lokale Fachkräfte aus und bilden sie fort. Die wichtigsten Arbeitsfelder von CIM in Asien sind Wirtschaftsförderung, Aufbau der Marktwirtschaft, berufliche Bildung, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Demokratie, öffentliche Verwaltung, Zivilgesellschaft und Friedenssicherung. Indonesien stellt nach China das zweitgrößte Betätigungsfeld für die CIM in Asien dar.

Derzeit sind 34 CIM-Experten in Indonesien tätig, vornehmlich in den Bereichen Dezentralisierung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und berufliche Bildung. Nach Angaben der Zentrale in Frankfurt soll das Programm „konsolidiert gehalten werden“. Zu erwarten ist allerdings eine stärkere Gewichtung zugunsten des neuen Klima-Schwerpunktes.

Zehn der 34 CIM-Experten arbeiten in der Provinz Aceh, wo nach der Tsunami-Katastrophe ein Sonderprogramm eingerichtet wurde, das Ende 2008 auslaufen soll. Dort beraten die Experten unter anderem den Bürgermeister der Provinzhauptstadt Banda Aceh, die Nationale Wiederaufbaubehörde (BRR) und die regionale Behörde für Entwicklungsplanung (Bappeda) in Fragen der Stadt- und Regionalplanung.

### Politische Stiftungen

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unterhält seit 1968 ein Büro in Indonesien. Zu den Partnern der Friedrich-Ebert-Stiftung in Indonesien zählen Parteien und Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftliche und politische Beratungseinrichtungen sowie Regierungsinstitutionen wie Parlament und Ministerien.

Die Arbeit der FES in Indonesien gliedert sich in mehrere Schwerpunkte. Im Rahmen von Demokratie und Medien werden Projekte zur Stärkung der Pressefreiheit, zur Unterstützung der Justizreform sowie zu Demokratisierung und Menschenrechten durchgeführt. Weitere Schwerpunkte sind die Reform des Sicherheitssektors und Konfliktlösung. Außerdem kooperiert die FES eng mit Gewerkschaften und unterstützt sie in ihrem Engagement für bessere Arbeitsbedingungen. Außerdem fin-



© Anett Keller

den in Indonesien Aktivitäten im Rahmen des regionalen Programms zur Gleichberechtigung von Frauen statt. Darüber hinaus engagiert sich die Stiftung im Rahmen der deutschen Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami in Aceh. Dort etablierte die FES ein Medienzentrum und baute mit Unterstützung des DGB ein gewerkschaftliches Beratungszentrum auf.

Auch die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) kann in diesem Jahr auf 40 Jahre Zusammenarbeit mit Indonesien zurückblicken. Durch das KAS-Büro in Jakarta werden Projektaktivitäten in den folgenden Bereichen koordiniert: Stärkung der Demokratie durch Förderung des Parlamentarismus, sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene, politische Bildung und Beratung und religiöser Dialog. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Stärkung der Marktwirtschaft durch Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmern sowie deren Verbände und Organisationen in den unterentwickelten östlichen Landesteilen. Auch Projekte zur Ordnungs- und Wirtschaftspolitik fallen in diesen Bereich. Aktiv ist die KAS außerdem im Rahmen der politischen Bildung durch Koproduktionen für TV, Radio und Print im Medienbereich. In Aceh arbeitet die Stiftung im Bereich Kommunalverwaltung und Stärkung der Zivilgesellschaft.

Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt) ist ebenfalls seit 40 Jahren in Indonesien tätig. Ihre gegenwärtige Arbeit zielt auf die Konsolidierung der demokratischen Insti-

tutionen des Landes und die konstruktive Einbindung eines engagierten Bürgertums in die Entwicklungsplanung. Die Stiftung legt dabei den Schwerpunkt auf die Stärkung wirtschaftlicher, aber auch religiöser Freiheitsrechte. Die FNSt arbeitet vorrangig mit Führungs- und Nachwuchskräften der politischen Parteien zusammen, mit denen sie Praktiken guter Regierungsführung erarbeitet und die entsprechenden Fertigkeiten auf diversen Ebenen der indonesischen Exekutive und Legislative trainiert.

Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) eröffnete 1993 ihr Büro in Indonesien. Im Rahmen ihres Schwerpunktes Umwelterziehung führt die HSS in Kooperation mit ASEAN und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) Schulungen für Lehrer, Unternehmer und Politiker sowie Konferenzen und Austauschprogramme durch und gibt zahlreiche Publikationen heraus. Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der HSS bilden die Bereiche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in dessen Rahmen unter anderem ein Austauschprogramm für Juristen und die Beratung bei Gesetzgebungsprozessen durchgeführt wird.

### Anett Keller (1971)

hat in Leipzig und Yogyakarta Journalistik, Politikwissenschaft und Indonesisch studiert. Ihre Abschlussarbeit schrieb sie über Pressefreiheit in Indonesien. Sie arbeitet als freie Journalistin unter anderem für das Deutsche Welle Radio, The Asia Pacific Times, die taz und andere Medien.



## Deutsch-indonesische Waffengeschäfte | Alex Flor

### Waffenschmuggel mit deutschen MP's?

General Koesmayadi erlag im Juni 2006 einem Herzinfarkt. Soldaten durchsuchten daraufhin seine Wohnung im Norden Jakartas, um Eigentum der Streitkräfte sicher zu stellen. Ihr Fund übertraf alle Erwartungen: 145 Gewehre, 42 Handfeuerwaffen, ein paar Handgranaten und ca. 30.000 Schuss Munition – nach Expertenmeinung genug, um zwei Kompanien auszurüsten. Seither rätselt man über die Motive des Generals. War er einfach ein Waffennarr? Gehörte er einer putschbereiten Militärclique an? Versorgte er Milizen in Konfliktregionen mit Waffen? Oder betrieb er gar Handel über die Grenzen Indonesiens hinaus? Spekulationen wurden genährt, als Ende September 2006 auf der US-Südpazifikinsel Guam der indonesische Admiral a. D. Erick Wotulo festgenommen wurde. Er steht in Verdacht, den Verkauf von Waffen an die in Sri Lanka aktive Bürgerkriegspartei Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) geplant zu haben.

Aus deutscher Sicht ist pikant, dass sich unter den bei Koesmayadi gefundenen Waffen auch MP-5 Maschinenpistolen der Marke Heckler & Koch befanden. Woher? Neben dem Mutterkonzern in Oberndorf produziert auch der türkische Lizenzbetrieb MKEK diese Waffe. Der Export unterliegt allerdings laut Endverbleibsklausel einer Ausfuhrgenehmigung der Bundesregierung. Ein Verstoß gegen die Vorschrift müsste automatisch mit einem Embargo Deutschlands gegenüber der Türkei geahndet werden, meint Jürgen Grässlin, Autor des Buches „Versteck dich, wenn sie schießen. Die wahre Geschichte von Samiira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr“ über Heckler & Koch.

Die Bundesregierung erteilte vor einiger Zeit unter Auflagen eine Ausfuhrgenehmigung für die MP-5 an die Präsidentengarde Indonesi-

ens. Der Fall Koesmayadi wirft nun allerdings die Frage auf, ob dabei der Endverbleib sicher gestellt wäre. Ein gewisser Captain Achmad Irianto soll versucht haben, den Fall zu vertuschen, indem er Waffen von Koesmayadis Erstwohnsitz zu dem Haus in Nord-Jakarta transportierte. Irianto ist der Schwiegersohn Koesmayadis und – Angehöriger der Präsidentengarde!

### „Alles, was schwimmt, geht“

Lange wäre eine Ausfuhrgenehmigung für Kleinwaffen nach Indonesien praktisch undenkbar gewesen. Vor den Menschenrechtsverletzungen der bis 1998 herrschenden Diktatur und den gewaltsamen Konflikten der Folgejahre konnte auch die deutsche Politik die Augen nicht verschließen. Dennoch versuchte man freilich, gute Kontakte zu pflegen. Nicht direkt gegen Oppositionelle einsetzbare Waffensysteme („Alles, was schwimmt, geht“) und Militärtrainings blieben im Angebot. Der wohl bekannteste Trainingsabsolvent war Prabowo, Ex-Schwiegersohn des früheren Präsidenten Suharto. In Rekordzeit machte er Karriere und brachte es bis zum Kommandeur der Elitetruppe Kopassus. Kurz vor der politischen Wende 1998 übernahm er den Befehl über die strategische Heeresreserve Kostrad – exakt die Position, die sein Schwiegervater bei der Machtübernahme 1965 innehatte. Laut der jüngst erschienenen Autobiographie von Ex-Präsident Habibie spielte auch Prabowo im Mai 1998 mit Putschgedanken. Wenig später wurde er wegen des Verschwindenlassens von Aktivisten unehrenhaft aus der Armee entlassen. Nach einigen Jahren im jordanischen Exil ist er heute als Geschäftsmann wieder in Indonesien tätig.

Prabowo war wohl ein Ausrutscher. Der Hoffnungsträger der Deutschen hieß Bacharuddin Jusuf Habibie. Der in Aachen promovierte Luft- und Raumfahrtingenieur war im Kernfor-

schungszentrum Jülich und danach als Direktor bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) tätig. Mitte der 70er Jahre machte ihn Suharto zum Forschungs- und Technologieminister, ein Amt, welches er bis Ende der 90er bekleidete. Nach Suhartos Rücktritt im Mai 1998 durfte er bis zu den Wahlen 1999 als Übergangspräsident walten.

### Habibie – Prächtige Beziehungen zur deutschen Rüstungsindustrie

Habibie verstand es, Suharto zu überzeugen, Unsummen für seine „strategischen Industrien“ zu investieren – hochmoderne Betriebe, die Flugzeuge, Schiffe und Waffen und anderes High-Tech-Geräte produzierten. Der Draht zu MBB erwies sich als nützlich. In Lizenz fertigte die Vorzeigefabrik IPTN Hubschrauber und Airbus-Komponenten. Ähnliche Kooperationen wurden zwischen PT PAL in Surabaya und den Werften Lürssen (Bremen) beziehungsweise Meyer (Papenburg) geschlossen. Ein Blick auf die Liste indonesischer Honorarkonsule in Deutschland zeigt, wie eng Geschäfte mit persönlichen und politischen Kontakten verwoben sind: Friedrich Lürssen, Bremen; Dieter Murmann, Kiel, Vorsitzender des Außenwirtschaftsausschusses des DIHT und von 1988 bis 2000 Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates ...

Zu Habibies Freunden aus Studientagen zählt auch Karl von Menges, bis 2002 Vorstandsvorsitzender der MAN-Tochter Ferrostaal AG. Gemeinsam mit Klöckner und Siemens war Ferrostaal am Aufbau von PT Krakatau Steel beteiligt und fungierte seitdem bei vielen Projekten als Konsortialführer. In Indonesien wurde der Konzern durch Siti Rahayu Fatimah Yayuk, einer Schwester Habibies, vertreten. Anfang der 90er Jahre sollen je 200.000 DM von Ferrostaal auf die Privatkonten Habibies und seines Vertrauten Rahardi Ramelan geflossen sein.

### Schrottreife NVA-Kriegsschiffe nach Indonesien entsorgt

Zur selben Zeit erregte der zwischen Ferrostaal und Habibie ausgehandelte Verkauf von 39 NVA-Kriegsschiffen die Gemüter. Der letzte Verteidigungs- bzw. Abrüstungsminister der DDR hatte versprochen, die Schiffe zu verschrotten. Doch die Regierung Kohl wollte den Schrott versilbern. Ehemalige Bürgerrechtsaktivisten der DDR sahen sich betrogen und Menschenrechtsgruppen aus dem Westen

fürchteten einen Einsatz in Osttimor oder Aceh. Gemeinsam besetzten sie die Schiffe im Hafen von Peenemünde. Doch erst als ein Jahr später die drei führenden indonesischen Zeitschriften Tempo, Editor und DeTik berichteten, der Handel würde den Staat mehr als 1 Mrd. US-\$ für Instandsetzung und Ausrüstung kosten, geriet Habibie heftig unter Beschuss. Ziehvater Suharto sah sich gezwungen, die Verantwortung zu übernehmen. Den Preis dafür hatten die drei Magazine zu zahlen, die ab sofort verboten waren.

Die deutsche Wirtschaft glaubte weiter fest an Habibie und den Boom in Asien. Es schien sich auszuzahlen, wofür der frühere Chef der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs (1901–1994), nach der Machtübernahme von Präsident Suharto und der wirtschaftlichen Öffnung des Landes die Grundlage geschaffen hatte. Um Indonesien zahlungsfähig zu machen, hatte er einen Schuldenerlass ausgehandelt, den einige sich fortschrittlich wählende Stimmen in Verkennung der Motive und der Vergangenheit dieses ehemaligen Finanziers Hitlers bis heute loben.



Wohlwissend um Korruption und Vetternwirtschaft, finanzierten deutsche Banken unrentable Investitionen wie das Siemens-Kraftwerk Paiton. Ohne Rücksicht auf Umweltfolgen gewährte die bundeseigene Hermes-Versicherung Ausfuhrbürgschaften für Papiermaschinen der Firma Klöckner nach Sumatra und die KfW warb offensiv für Investitionen in Indonesien. Alle pumpten kräftig Geld in die Blase, die schließlich in Gestalt der Asienkrise platzen musste.

Die deutschen Großunternehmen haben die Krise nach kurzfristigen Verlusten längst überwunden. Und die Politik hat aus Fehlern gelernt. Ganz oben auf der Agenda der Zusammenarbeit mit Indonesien standen nach 1998 Projekte wie die Restrukturierung der Zentralbank und die Gestaltung eines Kartellgesetzes. Nicht, dass das falsch gewesen wäre – aber uneigennützig war es auch nicht.

#### Ach ja, die Schiffe:

Fast alle lagen binnen kurzer Zeit auf Dock: nicht einsatzfähig. Die einstigen Kritiker des Exports, nunmehr in rot-grüner Regierungsverantwortung, genehmigten die Nachrüstung mit neuen Motoren. Für das teuer bezahlte Geld sollten die Schrottkähne wenigstens in See stechen können.

# Wie hilfreich sind Verhaltenskodizes?

Ein deutsch-indonesisches Gewerkschaftsprojekt | Ingeborg Wick

## Entstehung des Projektes

Im Jahr 2002 starteten die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und das SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene jährliche Schulungsworkshops für Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NROs) in Indonesien. Themen dieser Schulungen waren seither die sozialen Folgen der Globalisierung am Beispiel der Bekleidungsindustrie und mögliche Gegenstrategien, wie sie internationale Gewerkschaften und NROs in globalen Netzwerken wie der „Kampagne für Saubere Kleidung“ (Clean Clothes Campaign = CCC) seit Beginn der 90er Jahre entwickelt hatten.

Den Anstoß für diese Schulungen gab die indonesische Textil- und Bekleidungs-gewerkschaft SPTSK (heute SPN), die mich während einer internationalen Gewerkschaftstagung im Sommer 2000 in Lübbenau bei Berlin zu ihrem Jahreskongress nach Tretes/Indonesien im Herbst 2000 eingeladen hatte. Ich sollte dort zu dem Thema „Handelsbezogene Initiativen zur Verbesserung von Sozialstandards“ sprechen, das seit den 90er Jahren für Gewerkschaften eine immer größere Bedeutung angenommen hatte. Dieses Thema war auch Gegenstand der Anfang 2001 von der FES und dem SÜDWIND Institut gemeinsam veröffentlichten Broschüre „Workers' tool or PR ploy? A guide to codes of international labour practice“. Diese Publikation über Verhaltenskodizes und weitere Instrumente zur Verbesserung von Sozialstandards im Welthandel, die seither in vier aktualisierten Auflagen erschienen und in insgesamt acht Sprachen – u.a. ins Indonesische – übersetzt worden ist, bildete die Grundlage für die Schulungsworkshops in Indonesien.

## Textilindustrie in Indonesien: Regelverstöße an der Tagesordnung

Im Zuge des Strukturwandels der internationalen Textil- und Bekleidungsindustrie seit den 70er Jahren waren aus Kostengründen Millionen Arbeitsplätze in Industriestaaten abgebaut und in Entwicklungsländer verlagert worden. Indonesien wurde zu einem bedeutenden Standort dieser globalisierten Industrie. Wie in anderen Staaten wurde diese Industrie häufig in „Freien Exportzonen“ angesiedelt, aus denen multinationale Unternehmen Bekleidungsprodukte und Sportschuhe bezogen. Obwohl der internationale Textilhandel bis Ende 2004 durch Mengenbeschränkungen (Quoten) gekennzeichnet war, wurden Produktionsländer durch Kostendruck und sinkende Sozialstandards den internationalen Wettbewerbsbedingungen immer stärker ausgesetzt. Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie machten seit Beginn der 90er Jahre Schlagzeilen in internationalen Medien. Diese Fälle betrafen nicht zuletzt Verstöße gegen Arbeitsrechte und ILO-Konventionen in Zulieferfabriken von Nike, Reebok, Adidas, Otto, Karstadt u.a. in Indonesien. Zahlreiche Publikationen der internationalen Nike Watch Campaign, der CCC und von SÜDWIND haben diese Arbeitsrechtsverletzungen thematisiert.

Nicht zufällig wurde Indonesien deshalb zum Schauplatz einer Reihe von Aktivitäten, die eine Behebung dieser Verstöße anstrebten. Seit Ende der 90er Jahre waren in verschiedenen Ländern Einrichtungen entstanden, die die Einhaltung grundlegender Arbeitsrechte in globalen Lieferketten multinationaler Unternehmen unabhängig überprüfen wollen. So entstanden z.B. 1997 in den USA die Organisation „Social Accountability International“, 1998 in Großbritannien die „Ethical Trading

Initiative“ und 1999 in den Niederlanden die „Fair Wear Foundation“ – unter Mitarbeit von Gewerkschaften, NROs und Unternehmen, die die Umsetzung unternehmenseigener Verhaltenskodizes in Niederlassungen und Zulieferfabriken kontrollieren.

## Zulieferer deutscher Textilunternehmen in der Kritik

Die unabhängige US-amerikanische Kodex-Überprüfungseinrichtung „Worker Rights Consortium“ hat seit ihrer Gründung 2001 zahlreiche international beachtete Beschwerdefälle zu Verstößen bei Adidas-Zulieferern in Indonesien organisiert und das Unternehmen zu Korrekturmaßnahmen gedrängt. Nike, Reebok und Adidas führten in Indonesien Untersuchungen über die Einhaltung von Kodexbestimmungen in indonesischen Zulieferbetrieben durch. Die deutsche CCC startete 2004 ein OECD-Beschwerdeverfahren gegen Adidas aufgrund von Arbeitsrechtsverletzungen bei zwei indonesischen Zulieferern. Die Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit führten 2003 bis 2005 u.a. in Indonesien ein Programm zur Verbesserung von Sozialstandards in Zulieferfabriken deutscher Importunternehmen durch.

Vor diesem Hintergrund erschien es indonesischen Gewerkschaften im Textil- und Bekleidungssektor, auf den sich das Gros dieser Aktivitäten konzentrierte, und für NROs, die Forschungsarbeiten für internationale Netzwerke wie die CCC durchgeführt hatten, dringlich zu sein, die in den 90er Jahren neu entstandenen Instrumente zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie, wie z.B. Verhaltenskodizes, näher zu untersuchen.



### Die Ziele der jährlichen FES-SÜDWIND-Schulungsworkshops waren:

- **Capacity-Building** zu Globalisierungsthemen, zu Verhaltenskodizes, gewerkschaftlichen Rahmenabkommen, Weltbetriebsräten und ähnlichen Instrumenten;
- **Überprüfung** der Einhaltung von Verhaltenskodizes deutscher Importunternehmen in indonesischen Zulieferfabriken deutscher Textileinzelhandels- und Markenunternehmen;
- **Aufbau und Stärkung** lokaler Strukturen;
- **Verbesserung** der Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten der indonesischen Bekleidungs-/Sportschuhindustrie.

Die Notwendigkeit einer engen und kontinuierlichen Zusammenarbeit mit internationalen Bündnissen aus Gewerkschaften und NROs wurde während der Workshops u. a. durch eine Vertreterin des Betriebsrats der Karstadt Warenhaus AG Hannover, eine Vertreterin des Kodex-Monitoring-Bündnisses aus El Salvador „GMIES“, einen Vertreter der „Internationalen Textil-, Bekleidungs- und LederarbeiterInnen-Vereinigung“ sowie durch die FES- und SÜDWIND-VertreterInnen unterstrichen.

### TeilnehmerInnen aus über 20 Zulieferfirmen deutscher Unternehmen

Bei den TeilnehmerInnen der Workshops 2002 bis 2007 handelt es sich um ArbeiterInnen aus über 20 Zulieferfabriken deutscher Einzelhandels- und Markenunternehmen im Großraum Jakarta und aus Java; VertreterInnen aus Betriebsgewerkschaften, Gewerkschaftsföderationen und Branchengewerkschaften; um Frauenorganisationen, kirchliche Gruppen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Die

jährliche TeilnehmerInnenzahl bewegte sich zwischen 35 und 40 Personen, wobei sich Frauen und Männer die Waage hielten. Knapp die Hälfte der TeilnehmerInnen nahm an mehr als einem Workshop teil, einige sogar an fast allen. Bei den deutschen Importunternehmen handelt es sich um Adidas, Puma, C&A, KarstadtQuelle, Tom Tailor, Huber u.a., von denen die meisten in der jüngsten Vergangenheit Selbstverpflichtungen zur Einhaltung von Sozialstandards in Zulieferfabriken verabschiedet hatten. Einige WorkshopteilnehmerInnen waren in ihren Fabriken oder Organisationen zuvor bereits mit Verhaltenskodizes in Berührung gekommen, wenn auch nur cursorisch.

### Programm

Die Bewusstseinsarbeit zu den sozialen Folgen der Globalisierung am Beispiel der indonesischen Bekleidungsindustrie und zu zivilgesellschaftlichen Gegenstrategien stand im Vordergrund der sechs Schulungsworkshops seit 2002. Auf der Grundlage der Inputs von GastrednerInnen, entwickelten die indonesischen TeilnehmerInnen ab 2003 Schulungsmaterialien für Mitglieder ihrer Organisationen. Zur Vertiefung des Capacity-Buildings wurden die jährlichen Schulungsworkshops durch weitere von FES und SÜDWIND initiierte Maßnahmen ergänzt, wie z. B.:

- **eine Kontaktreise** indonesischer GewerkschafterInnen und NRO-VertreterInnen nach Deutschland, Belgien und in die Niederlande im Jahr 2002;
- **eine interne** gewerkschaftliche Umfrage unter ArbeiterInnen über die Wirksamkeit von Unternehmens-Kodizes in sieben Fabriken in den Jahren 2002 und 2003 und
- **Veranstaltungen** zum Auslaufen des WTO-

Welttextilabkommens und den Auswirkungen auf asiatische Länder, die die FES 2004 in Jakarta und Phnom Penh durchführte und zu denen WorkshopteilnehmerInnen eingeladen wurden.

### Ergebnisse und Perspektiven der Schulungen

Das Ergebnis der gewerkschaftlichen Umfrage zur Wirksamkeit von Verhaltenskodizes war zwiespältig: Einerseits stellte ca. die Hälfte der befragten ArbeiterInnen einige Verbesserungen ihres Arbeitsalltags aufgrund von Unternehmenskodizes fest, andererseits beklagten sie aber auch fortwährende Verstöße wie Gewerkschaftsrepression und Frauendiskriminierung. Während einige wenige WorkshopteilnehmerInnen in den letzten Jahren von einer Kodex-bezogenen Stärkung ihrer Position in Tarifverhandlungen und Konfliktfällen berichteten, beklagten die meisten eine wachsende Arbeitsplatzunsicherheit durch Kontraktarbeit und drohende Fabrikschließungen.

Als eine Folge der gewerkschaftlichen Umfrage gründeten WorkshopteilnehmerInnen im Jahr 2003 das Verhaltenskodex-Netzwerk in Jakarta, das sich seither schwerpunktmäßig mit Schulungen von FabrikarbeiterInnen und GewerkschafterInnen beschäftigte. Die FES unterstützt dieses Netzwerk finanziell und organisatorisch. Vorhaben wie z. B. die Anlage einer Datenbank, in der die Namen von Fabriken und multinationalen Importunternehmen sowie deren Verhaltenskodizes und Fallbeispiele für Verstöße festgehalten werden, sind bis heute aus Mangel an Ressourcen gescheitert. Auch wurde der Plan, drohende Fabrikschließungen möglichst frühzeitig an internationale Netzwerke wie die CCC zu melden und gemeinsame Gegenstrategien in Richtung der indonesischen Regierung, der Arbeitgeber und

Importunternehmen zu entwickeln, bis heute nicht verwirklicht, obwohl dessen Dringlichkeit zuletzt auf dem Workshop im Dezember 2007 noch einmal unterstrichen wurde.

### Mehr Druck auf Importunternehmen ist nötig

Mit den Liberalisierungsstufen des WTO-Welttextilabkommens zwischen 1995 und 2004 geriet Indonesien immer stärker in direkte Weltmarktkonkurrenz zu wettbewerbsstärkeren Ländern wie China. Wachsender Preisdruck und eine „Verschlankung“ globaler Lieferketten von multinationalen Unternehmen führten dazu, dass in Indonesien ca. 100 vorwiegend kleinere und mittlere Bekleidungs- und Sportschuhfabriken geschlossen wurden und etwa 100.000 Beschäftigte ihre Arbeit verloren haben. Ohne Quotenregelungen im Welthandelssystem, die in den letzten 40 Jahren die Internationalisierung dieser Industrie beschleunigt haben, haben multinationale Unternehmen nun damit begonnen, die Zahl ihrer Lieferanten und Lieferländer z.T. drastisch zu senken. So haben z.B. in den Jahren 2005 und 2006 die Unternehmen Adidas ca. 200 bzw. Puma ca. 150 Lieferanten aus ihren globalen Lieferlisten gestrichen. Aldi hat seit 2005 80 Prozent seiner Aufträge aus der Türkei abgezogen. Auch Indonesien wurde von dieser Welle erfasst und ist in Zukunft von weiteren Fabrikschließungen bedroht. Allein in den letzten Monaten wurden vier indonesische Zulieferfabriken von Adidas geschlossen, während zwei geplante Schließungen von Nike-Zulieferfabriken durch öffentliche Proteste zunächst um zwei Jahre hinausgezögert werden konnten.

In den meisten Fällen von Massenentlassungen schieben multinationale Importunternehmen die soziale Verantwortung für Beschäf-

tigte auf Regierungen und Lieferanten ab – trotz vollmundiger Programme einer „Corporate Social Responsibility“ (CSR). Die Anwendung einer CSR-Politik auf die Fälle von Fabrikschließungen und Massenentlassungen ist ein Thema, das in Ländern mit schwacher bzw. eingeschränkter Wettbewerbsfähigkeit wie Indonesien in den nächsten Jahren eine große Aktualität besitzt. Das internationale MFA-Forum (MFA-Multifaserabkommen des GATT), in dem Unternehmen, Gewerkschaften, NROs, internationale Regierungsorganisationen wie die Weltbank und UNDP Mitglied sind, diskutiert zur Zeit ein Positionspapier zu dieser Frage, in dem Verantwortlichkeiten der verschiedenen Parteien benannt werden sollen.

Mit Blick auf die Ausgangsbedingungen im indonesischen Kontext und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist seit 2002 in der Bewusstseinsarbeit zu den Arbeitsrechten in indonesischen Zulieferfabriken deutscher Unternehmen und zur Wirkung von Verhaltenskodizes in Indonesien einiges erreicht worden. Jedoch bedrohen nun die Auswirkungen der Liberalisierung des Weltmarkts für Textil und Bekleidung weite Teile der Industrie in Indonesien und der Beschäftigungsverhältnisse. Das Verhaltenskodex-Netzwerk in Jakarta will in Zukunft Druck auf Importunternehmen ausüben, in deren indonesischen Zulieferfabriken Standortschließungen und Massenentlassungen drohen, damit diese für die Beschäftigten eine soziale Verantwortung übernehmen. Ob dies gelingt, liegt nicht zuletzt an der Solidarität mit den indonesischen Gewerkschaften und NROs durch internationale Netzwerke wie der CCC, in denen neben dem DGB-Bildungswerk, der IG Metall und Ver.di auch NROs wie das SÜDWIND Institut, die Christliche Initiative Romero und die Katholische Landjugendbewegung mitarbeiten. Über den Weg freiwilliger und rechtlich bindender In-

strumente versucht die CCC, der Forderung einer globalen Sozialverantwortung von Unternehmen Nachdruck zu verleihen.

### Ingeborg Wick (1946)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene.



**B**andar Gerbang, die Mülldeponie von Jakarta am Rande der 10-Millionen-Hauptstadt Indonesiens. Dioxinschwaden und Methangas in den Augen, ein unerträglicher Gestank in der Nase, Bakterien in den Atemwegen und der quietschende Lärm der Bulldozer in den Ohren – und doch zeugen notdürftige Hütten aus Holz, Karton und Plastik davon, dass hier Menschen leben. Menschen im Elend, „pemulung“, wie die Müllsammler hier heißen, Tausende bestreiten ihren Überlebenskampf, indem sie wieder verwertbares Material wie Papier, Plastik, Glas oder Blech aus dem Abfall klauben.

Die Bulldozer des Stadtreinigungsamtes nehmen bei ihren plötzlichen Manövern keinerlei Notiz von den Sammlern, Unfälle sind an der Tagesordnung. Wie Anfang September 2006, als drei junge pemulung unter einem abrutschenden Müllberg starben. Der Lärm, der Gestank und die tränenden Augen hüllen die Müllsammler sprichwörtlich in eine „Kultur des Schweigens“, die durch Diskriminierung, Isolation, Unsicherheit, Angst, Misstrauen und einem Mangel an Kommunikation mit dem Rest der Gesellschaft gekennzeichnet ist.

# Die Medienstrategie eines Armutsbekämpfungsprogramms für Müllsammler

| Manfred Oepen

Daher werden die pemulung in Indonesien leicht zu Opfern von Gewalt, Korruption, Ausbeutung und Deportation seitens der Behörden und der Privatwirtschaft. Da sie meist Landflüchtlinge sind, die keine lokale Aufenthaltserlaubnis besitzen, lassen Verwaltungsvertreter sie gegen eine Schutzgebühr auf öffentlichen Flächen wohnen. Das schließt jedoch weder Razzien und Deportation im Falle von „Säuberungsaktionen“ oder Bebauungsplänen aus, noch schließt es Sozialleistungen wie Schule oder Gesundheitsfürsorge ein. Die privatwirtschaftliche Recyclingindustrie nutzt den unsicheren rechtlichen und sozialen Status der Müllsammler durch instabile Materialpreise und wirtschaftliche Abhängigkeit aus. Daran hat sich auch in den letzten Jahren trotz der Demokratisierung des Landes nichts geändert.

Obwohl sie von der Gesellschaft häufig als Pariah und von den Planern als „Entwicklungshemmnisse“ angesehen werden, besitzen die pemulung drei wichtige, jedoch unterbewertete Funktionen. Durch ihre Selbstbeschäftigung im städtischen, informellen Sektor tragen sie einen Teil der andernfalls durch den Staat zu leistenden sozialen Kosten für die gesellschaftliche „Modernisierung“. Zugleich nehmen sie einen Teil der ökologischen Entwicklungskosten auf ihre Schultern, indem sie dem Abfall Wertstoffe entnehmen und diese zurück gewinnen, wofür andernfalls der Staat in Form von Transport und Entsorgung teuer zahlen müsste. Schließlich leisten die Müllsammler einen wichtigen ökonomischen Beitrag zur Effizienzsteigerung des formalen, privatwirtschaftlichen Sektors, weil sie Wertstoffe zu vergleichsweise günstigen Preisen bereitstellen. In der Tat ist ihre Leistung beeindruckend. Alleine in Jakarta wird täglich ein Viertel des nicht-organischen Mülls, immerhin über 1.400 Tonnen, durch etwa 40.000 Müllsammler zurück gewonnen. Mehr als hundert Unternehmen im Gebiet um die Hauptstadt nutzen die von den pemulung gesammelten Sekundärrohstoffe für die Plastik-, Papier-, Glas- und Metallproduktion. Bei einigen Sekundärrohstoffen wie Glas und Papier liegen die Recyclingquoten bei ca. 50–70 Prozent. In anderen großen Städten ist das ähnlich.

Vor diesem Hintergrund nahm 1991 ein Entwicklungsprojekt der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gemeinsam mit dem indonesischen Innenministerium sowie den Stadtverwaltungen und einigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Jakarta, Bandung und Surabaya Gestalt an. Jakarta wurde nach der Orientierungsphase 1993 mangels Engagement aufgegeben, während die Aktivitäten in Surabaya wegen einer aufgeschlossenen und relativ wohlhabenden Stadtverwaltung recht erfolgreich bis 1998 beraten wurden. Das Projekt konzentrierte sich 1995 bis 2000 auf die Integration der Müllsammler in das kommunale Abfallwirtschaftssystem in Bandung. Zu diesem Zweck wurden u. a. erstmals flächendeckend Mülltrennung, Recycling und Kompostierung sowie Sondermüllentsorgung in Stadtteilen eingeführt, in denen Haushalte mit NROs und den Müllsammlern sowie dem Stadtreinigungsamt (PDK) kooperierten.

In Bandung war dieses Vorhaben besonders wirksam, weil es zwei Jahre lang von Öffentlichkeits-, Bildungs- und Medienarbeit begleitet war. Im Mittelpunkt der Kommunikationsstrategie standen die mehr als 2.500 beteiligten Haushalte und die Müllsammler als „Helden der Umwelt“ und wichtigste Akteure in Sachen Recycling. Das kam besonders bei urbanen Jugendlichen und der Mittelklasse gut an, weil dort Umweltbewusstsein und Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit immer mehr Raum gewinnen. Zunächst diskutierten Ämter, Haushalte, NROs, pemulung, Frauen- und Jugendorganisationen und Medienvertreter ihre unterschiedlichen Positionen an Runden Tischen. Diese gemischten Gruppen richteten in drei Stadtteilen ein Forum Komunikasi (FOKUS) zur Recycling-Förderung ein. Die FOKUS produzierten und nutzten lokale Medien, um die praktische Anwendung von Mülltrennung, Recycling und Kompostierung in ihren Gebieten zu propagieren: Tue Gutes und sprich darüber. Gleichzeitig stellten eine stadtweite Massen-

medien-Kampagne und Recycling-bezogene Curricula für die Sekundarstufe den Bezug dieser Aktivitäten zu einem umfassenden Umweltbewusstsein her.

Die Basisarbeit der FOKUS fiel in die era reformasi Ende der 90er Jahre und die wöchentlichen Treffen der Gruppen wurden von Teilnehmern als „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Mit öffentlichen Aushängen, Postern, T-Shirts und Broschüren, einem Foto-Comic und einem Videofilm über ihre eigene Erfolgsgeschichte machten die Gruppen auf ihre Arbeit aufmerksam und warben weitere Mitstreiter in Sachen Recycling. Gute Erfahrungen wurden mit Wettbewerben und Ausstellungen gemacht, an denen auch die Müllsammler und Hersteller von Recyclingprodukten beteiligt waren. Anlässlich solcher Events mit hohem Informations- und Unterhaltungswert ließen sich die Anreize für Recycling und die besondere Rolle der Müllsammler dabei wirksam herausstellen. Die Ergebnisse nach zwei Jahren konnten sich

Recycling: Aus Konserven- und Milchkannen werden neue Gefäße © Rüdiger Siebert





Recycling á la Indonesia: Alles ist noch zu gebrauchen © Rüdiger Siebert

sehen lassen: Die Zahl der Haushalte, die den Müll in eine organische und eine nicht-organische Fraktion trennt, stieg um das Doppelte und liegt mit über 20 Prozent der Gesamthaushalte in den drei Stadtteilen um 200 Prozent höher als in anderen Gegenden. Die organische Fraktion wurde entweder bei den Haushalten selbst oder in dezentralisierten PDK-Zwischendeponien kompostiert. Die pemulung führten die nicht-organischen Wertstoffe, besonders Papier, Glas und Plastik, systematisch in den Produktionskreislauf zurück. Bei Kompostierung und Entsorgung von Gefahrenmüll lagen die beteiligten Stadtteile um das dreifache höher als in Bandung insgesamt.

Die Stadtteilarbeit und deren Basiskommunikation waren eingebettet in eine Medienkampagne, die mit sozialem Marketing für die Recycling-Bemühungen der Stadt, der Haushalte und der Müllsammler warb. Außerdem schuf sie eine Informationsplattform zwischen den FOKUS und anderen Bevölkerungsteilen in Bandung. Alle Stadtteilgruppen, auch die pemulung, lieferten Beiträge für die monatlich erscheinende projekteigene Zeitschrift „Bersih“ und die wöchentlichen Radioprogramme. Das stärkte die eigene Identität und die Querverbindungen zu Journalisten, Politikern, Banken, Firmen, Schulen oder anderen strategischen Zielgruppen.

Diese Mischung aus Medienprofis, studentischen und NRO-Aktivisten sowie den FOKUS-Praktikern blieb charakteristisch für die Medienkampagne. Mehrfach wurden Lehrer und Schüler, PDK-Mitarbeiter und FOKUS-Mitglie-

der von erfahrenen Journalisten eingewiesen, Radio und Printmedien für ihre Ziele zu nutzen. Immer wieder standen dabei die Müllsammler und ihre Tätigkeit, das Recycling, im Mittelpunkt.

Die an der Kampagne beteiligten Medien waren nach strategischen Kriterien ausgewählt, um unterschiedliche Zielgruppen erreichen zu können. „Bersih“ mit einem trendy Design, 1.500 Exemplaren und ca. 7.500 Lesern wurde von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. An den vom Bürgermeister begleiteten Schulfestivals nahmen mehrere tausend Schüler teil. Sechs Schulen übernahmen ein von der städtischen Lehrerbildungsstätte entwickeltes „Recycling-Curriculum“. Lehrern, Schülern und Eltern wird durch erfahrungsorientiertes Lernen die Welt des Recycling und der pemulung nahe gebracht. Drei private Radio-Stationen nahmen sich der gut ausgebildeten Mittelklasse (Radio Mara), der Frauen (Radio Mustika) und der einkommensschwachen Bevölkerung (Radio Dahlia) an. Geboten wurden Features und interaktive Talkshows mit Call-ins zu Abfallwirtschaft und Recycling. An den Beiträgen waren PDK-Mitarbeiter, FOKUS-Gruppen und private Recyclingfirmen beteiligt, oft auch live im Studio. Die wöchentlich mehrstündigen Sendungen wurden außerdem über ein Netzwerk unabhängiger Radiostationen von zehn weiteren Sendern verbreitet und erreichten so 630.000 Hörer im Sendegebiet in und um Bandung. Als Ergebnis der Radioprogramme verzeichnete PDK eine Vervierfachung der Anrufe bei ihrem Kundenzentrum.

Alle Kommunikationsprozesse und Medienproduktionen hatten gemeinsam, dass sie nicht über oder für, sondern mit und von den Akteuren des Recyclingprojekts hergestellt wurden. Auch die Müllsammler hatten eine Chance, ihre Position und Interessen zum Ausdruck zu bringen. Das reduzierte nicht nur die Kosten, sondern verlieh der Kampagne eine hohe Glaubwürdigkeit. Die Profis in den Medien und NROs halfen, die sozio-kulturelle Lücke zwischen Regierung, Haushalten und Müllsammlern zu schließen. Mit den pemulung hatten bis dahin relativ unbeachtete Themen wie Umweltschutz und Recycling plötzlich ein menschliches Gesicht. Es gelang, sie gemeinsam mit den anderen handelnden Personen aktiv an Planung, Durchführung und Auswertung des Projekts zu beteiligen. Die Identität, das Selbstvertrauen und die Solidarität der Müllsammler wurden gestärkt und ihr Bild in der Öffentlichkeit verbessert. Gleichzeitig wurde die Bereitschaft von Haushalten, Privatwirtschaft und Regierung erhöht, mit ihnen in Sachen Abfallwirtschaft und Recycling zusammenzuarbeiten.

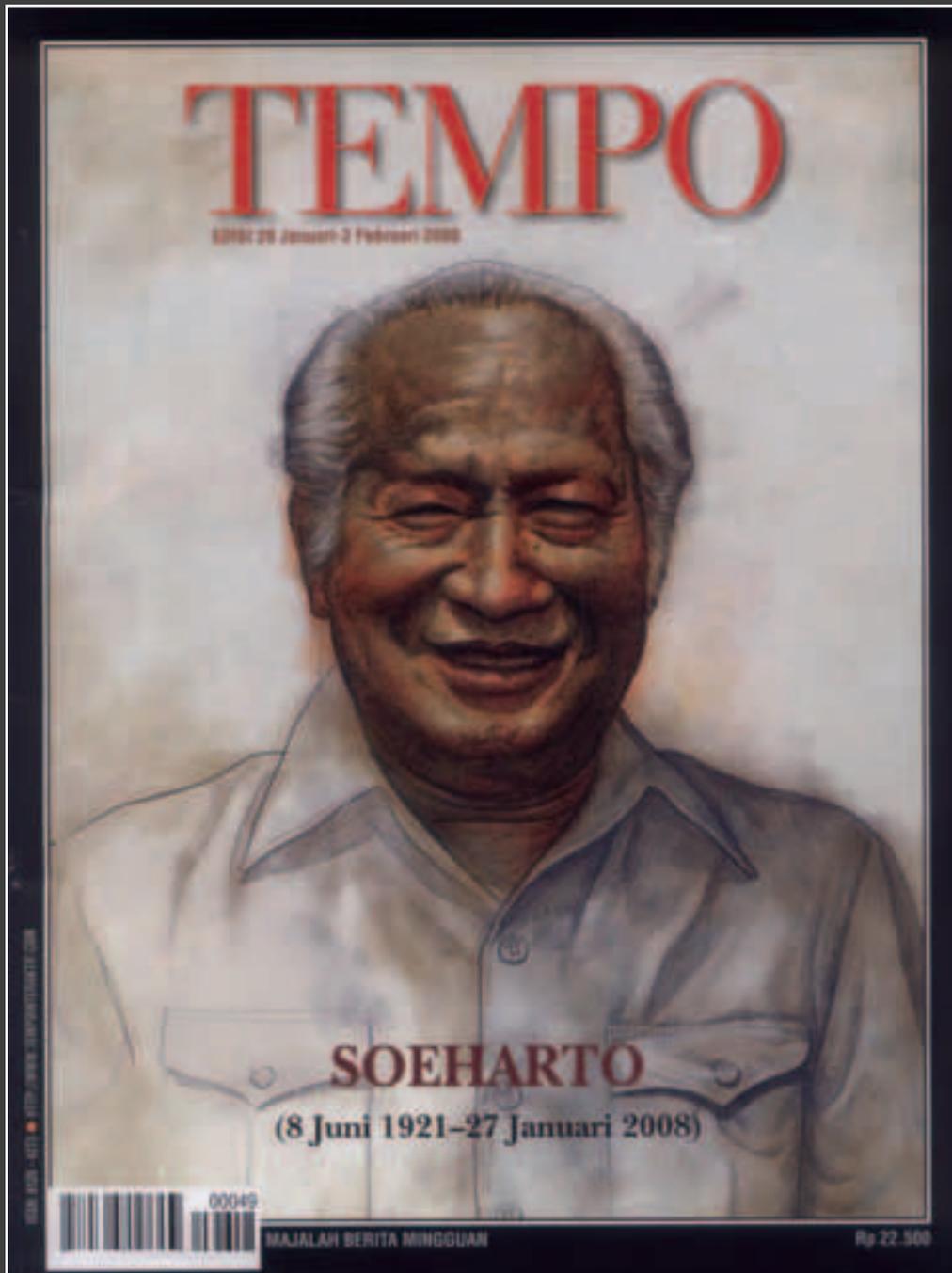
Für die Müllsammler war die Hilfe zur Selbsthilfe ein ermutigender Schritt in der Hoffnung, dass sich Armutsbekämpfung und Umweltgedanke nicht als Slogan eines kurzfristigen Modetrends erweisen. Denn, wie es ein pemulung ausdrückte, „Ich habe keine Ahnung von ‚nachhaltiger Entwicklung‘ oder ‚Ressourcenschutz‘, für mich ist Recycling eine Frage des Überlebens“.

In Bandung nahm es kein gutes Ende. Ein neuer Bürgermeister kippte das integrierte Recyclingkonzept und die Zusammenarbeit mit den Müllsammlern kurz nach Projektende. Anfang 2005 begruben abrutschende Müllberge am Rande der überfüllten Deponie Leuwigajah Dutzende Häuser unter sich. Fast 150 Menschen starben.

#### Manfred Oepen (1954)

Studium der Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin und der Stanford University, USA; seit 1984 berät und leitet er Entwicklungsprojekte in mehr als zwanzig Ländern; zur Zeit leitet er das Water and Sanitation Network in Jakarta, Indonesien.

# Der Abschied des „lächelnden Generals“



Suharto, der Indonesien 32 Jahre lang mit eiserner Faust beherrschte, war im Westen stets ein beliebter Partner | **Hendra Pasuhuk**

Suharto starb am 27. Januar 2008. Einen Tag später öffnete die amerikanische Regierung zuvor als geheim eingestufte Dokumente über den indonesischen Diktator. In ihnen kann man jetzt lesen, wie Washington ihm immer wieder Unterstützung zusicherte, obwohl Suharto offen und brutal jegliche Opposition im Land unterdrückte.

1997 übte die US Regierung indes Druck auf Suharto aus – nachdem Indonesien in den Sog der asiatischen Finanzkrise geraten war. Bill Clinton rief Suharto mehrmals an und drängte ihn, die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds zu akzeptieren. Die Krise und die darauf folgenden blutigen Proteste im Frühjahr 1998 zwangen Suharto schließlich zum Rücktritt. Nicht der Ruf nach Demokratie löste das Ende der Ära Suharto aus, sondern ein ökonomisches Desaster.

Lange Zeit wurde Suharto von vielen demokratischen Regierungen des Westens als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ in Südostasien angesehen und unterstützt, obwohl sein Militärregime Hunderttausende verfolgen und ermorden ließ. Seine eiserne Hand galt als Garant der wirtschaftlichen und politischen Stabilität in Zeiten des Kalten Krieges. Mitte der 60er Jahre – in den letzten Amtsjahren von Suhartos Vorgänger Sukarno – hatte sich Indonesien in einer tiefen Krise befunden. Eine Inflationsrate von über 1.000 %, politische Zerwürfnisse und bewaffnete Aufstände hatten das Land beinahe unregierbar gemacht. Die Spannungen zwischen Kommunisten und Militär hatten zugenommen. Nach einem Putschversuch, dessen genaue Umstände eines der Geheimnisse sind, das Suharto mit ins Grab nahm, schlug das Militär brutal zurück. General Suharto übernahm die Staatsgewalt und verkündete seine „Neue Ordnung“. Es folgte ein bemerkenswerter Wirtschaftsaufschwung, angetrieben vom Ölboom der 70er Jahre. Noch heute wird Suharto als „Bapak Pembangunan“ – als Vater des Aufschwungs gewürdigt. Doch das Fehlen jeglicher Kontrollmechanismen musste die Volkswirtschaft teuer bezahlen. Gute Geschäfte wurden nicht mit Effizienz und Ideenvielfalt gemacht, sondern durch gute Beziehungen zu Ministern und zum Präsidentenpalast. So wucherten Spekulation, Korruption und Vetternwirtschaft in unvorstellbarem Ausmaß.

Der Lieblingssohn des Präsidenten bekam den Auftrag zur Entwicklung des „nationalen Autos“, obwohl seine Erfahrung mit dem Autogeschäft lediglich darin bestand, dass er als leidenschaftlicher Rennfahrer den Mehrheitsanteil der Firma Lamborghini erworben hatte. Staatliche Banken wurden angewiesen, das Projekt reichlich mit Krediten zu decken. Die anderen Kinder stritten sich um lukrative Infrastrukturprojekte in Jakarta: Der Bruder wollte ein S-Bahn-Netz bauen, die Schwester bevorzugte dreistöckige Autobahnen. Um den Familienzwist zu verhindern, wurde das Projekt geteilt: die Hälfte der Strecke S-Bahnnetz, die andere Hälfte dreistöckige Autobahnen.

Suharto propagierte seinen Führungsstil als „Kultur der Großfamilie“, die nach seiner Lesart „die wahren inneren Werte Indonesiens“ repräsentierte. Er bezeichnete sich selbst als „Vater“, dessen heiligste Aufgabe es sei, seine Kinder in sichere Häfen zu bringen. Doch Kritik schlug er brutal nieder. Als Garant des familiären Zusammenhalts galt der javanische Ethos „mikul dhuwur mendhem jero“: Lobe das Gute, vergrabe tief alles Schlechte.

Was den Westen betraf, wollten alle Regierungen in den Jahren des indonesischen Wachstums gute Beziehungen mit dem Regime pflegen. Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnete Suharto als ‚Freund‘ und ging mit ihm im Hafen von Jakarta fischen. Deutschland lieferte Waffen und weitete die Zusammenarbeit mit Militär und Polizei aus.

1995 war Indonesien Partnerland der Industriemesse in Hannover, ein Geschenk zum 50. Jahrestag der indonesischen Unabhängigkeit. Suharto selbst eröffnete die Messe. Es geschah in Deutschland, dass der indonesische Diktator zum ersten Mal aus der Nähe spürte, wie man gegen ihn demonstrierte. In Dresden und Hannover protestierten Hunderte gegen Suhartos repressive Politik – teilweise kamen sie bis auf wenige Meter an ihn heran. Der Präsident, im Ausland als „Der lächelnde General“ bekannt, war so wütend, dass er vor indonesischen Presseleuten javanische Schimpfwörter benutzte.

Nach Indonesien zurückgekehrt, ließ er die vermeintlichen Rädelsführer suchen. Der Wirtschaftsexperte und Parlamentarier Bintang Pamungkas, zuvor durch kritische Anfragen

zur Wirtschaftspolitik aufgefallen, hatte im April 1995 Deutschland bereist. Nun wurde ihm vorgeworfen, hinter den Demonstrationen zu stecken. Nach Jakarta zurückgekehrt, wurde er wegen „subversiver Aktivitäten im Ausland“ angeklagt und zu 34 Monaten Haft verurteilt. Er musste sein Mandat niederlegen und verlor seinen Lehrauftrag an der staatlichen Universität.

Es war nicht das erste Mal, dass Geschäfte mit Deutschland für indonesische prodemokratische Kräfte zum Verhängnis wurden. 1993 verkaufte Deutschland 39 Kriegsschiffe aus NVA-Beständen an Indonesien. Suharto präsentierte den Kauf als gemeinsame Initiative mit Bundeskanzler Kohl. Als einige Medien kritisch über den teuren Kauf von beinahe schrottreifen Kähnen berichteten – unter anderem das größte Nachrichtenmagazin Tempo – verloren sie ihre Lizenzen.

Heute ist Indonesien eine Demokratie. Doch die öffentlichen Kassen sind leer, der Staat ist ohnmächtig gegen die auf allen Ebenen allgegenwärtige Korruption. Ende Januar fand in Bali eine Anti-Korruptionskonferenz der Vereinten Nationen statt. Delegationen aus über 100 Ländern nahmen teil. Auf der Liste der weltweit größten Korrupteure ganz vorn: Suharto. Eigentlich sollte Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono die Konferenz eröffnen. Einen Tag vor der Eröffnung starb Suharto. Yudhoyono sagte die Eröffnungsrede in Bali ab und verkündete eine Woche Staatstrauer. Vor Gericht hat sich Suharto nach 1998 nie wegen Menschenrechtsverletzungen oder Korruption während seiner Amtszeit verantworten müssen. Auf Suhartos Beerdigung würdigte ihn Yudhoyono als „einen der besten Söhne des Landes“. Suharto ist gegangen. Das Prinzip: „Lobe das Gute, vergrabe tief alles Schlechte“ bleibt.

**Hendra Pasuhuk (1961)**

Journalist und Medienberater für Indonesien. Chef vom Dienst des Indonesien-Programms der Deutschen Welle in Bonn.

# Ausblick

Eine Prognose für die Zukunft Indonesiens abzugeben, ist ein Unterfangen, das von vielen „wenn“ und vielleicht von noch ein paar mehr „aber“ geprägt ist. Viele der jüngsten Entwicklungen scheinen den Pessimisten Recht zu geben. Als nach den blutigen Tagen, die das Abdanken Suhartos begleiteten, Indonesiens friedlicher Transformationsprozess zur Demokratie internationale Lobpreisung erfuhr, explodierten in Bali und Jakarta die Bomben islamischer Terroristen. Während sich die Indonesier nach 32 Jahren autoritärer Suharto-Herrschaft in den letzten Jahren nie gekannter politischer Freiheiten erfreuten, wurde 2004 der bekannteste Menschenrechtler des Landes, Munir Thalib, – wahrscheinlich unter Beteiligung des Geheimdienstes – vergiftet. Obwohl die Wirtschaft nach dem Absturz zu Zeiten der Asienkrise wieder moderat wächst, lebt eine steigende Zahl von Menschen unter der Armutsgrenze. Die indonesische Demokratie schwankt zwischen Konsolidierung und Krise. Die Schatten der – weitestgehend aufgearbeiteten – gewaltvollen Vergangenheit sind übermächtig. Und in der Gegenwart haben zu viele Menschen das Gefühl, nur ein kleiner, erlauchter Kreis profitiere vom Systemwechsel.

Wie im Lichte des enormen Anpassungsdruckes durch Konkurrenten wie China oder Vietnam und angesichts noch immer relativ schwacher Gewerkschaften die indonesische Entwicklung gerechter gestaltet werden kann, ist eine Frage, der sich die internationale Gewerkschaftsarbeit weiter stellen muss. Hier sind internationale Appelle, wie der der Global Unions an die G-8 Arbeitsminister zur sozialeren Gestaltung von Globalisierung ebenso notwendig, wie Initiativen im Land selbst. Indonesien sieht sich mit einem Heer von schätzungsweise 40 Millionen Arbeitslosen konfrontiert; das entspricht fast einem Sechstel der Gesamtbevölkerung. Vor allem Jugendlichen dienen Gelegenheitsjobs im informellen Sektor häufig als einzige Perspektive.

Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen gehört ganz oben auf die Agenda indonesischer Politiker, deren Bemühungen noch stärker von den Geberländern unterstützt werden müssen. So lange in den Augen der meisten Indonesier die Demokratie zwar für Wachstum, nicht aber für Verteilungsgerechtigkeit sorgt, hat das Modell der „Volksherrschaft“ ein Glaubwürdigkeitsproblem – mit fatalen Folgen für die Stabilität des Landes.



# Watch Indonesia! Ein Selbstporträt | Alex Flor

Die Zielsetzung von Watch Indonesia! ist es, die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Indonesien und Osttimor zu beobachten und positiv Einfluss darauf zu nehmen. Watch Indonesia! setzt sich umfassend für den Demokratisierungsprozess in Indonesien und Osttimor ein, ebenso wie für eine Verbesserung der Menschenrechte und für den Umweltschutz. Zu den Aktivitäten des seit 1991 existierenden Diskussionsforums, das sich seit 1994 als Verein organisiert, zählen Seminare und Veranstaltungen zu Politik, Kultur und Gesellschaft.

Die Idee zur Gründung des Vereins entstammt einem Kreis von Deutschen und Indonesiern in Berlin, die sich regelmäßig bei Pipit Rochijat Kartawidjaja trafen.

Watch Indonesia! verfügt über ein breites NGO Netzwerk zu Indonesien und Osttimor und bietet einen aktuellen und sehr umfassenden Informationspool, der über die unten angegebene Homepage im Internet zugänglich ist. Die Themen reichen von Menschenrechts- und Umweltschutzfragen, Politik, Wirtschaft, Frauen- und Arbeitssituation, NGO's, Rüstung und Militär bis zu Krisengebieten wie Westpapua und Aceh.

Watch Indonesia! ist Ansprechpartner für Politiker/innen, Journalist/innen und Interessierte. Der Verein bietet aktuelle Hintergrundinformationen und Kontakte zu Indonesien.

Als Diskussionsforum lädt Watch Indonesia! immer wieder Gäste aus Indonesien und Osttimor ein. Zu einer im April 2006 in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und Justitia et Pax veranstalteten Konferenz zur Vergangenheitsaufarbeitung waren fünf indonesische und zwei osttimoresische Teilnehmer in Berlin zu Gast. Ebenfalls im April 2006 waren drei Vertreter von Sawit Watch zu Besuch, die über die Auswirkungen des Biodiesel-Booms auf Indonesiens Wälder berich-

teten. Eine bei dieser Gelegenheit auf den Weg gebrachte gemeinsame Erklärung wurde von 35 NGOs mitgetragen und fand in Fachkreisen und Presse breite Beachtung. Im September nahmen Betty Tiominar von Down To Earth in Bogor und Deddy Ratih vom indonesischen Umweltverband Walhi auf Veranlassung von Watch Indonesia! an einem Fachgespräch im Deutschen Bundestag teil, wo sie über die Folgen der Abholzung auf Kalimantan berichteten. Gemeinsam mit Peace Brigades International begleitete Watch Indonesia! im November Laurent Mayasari und Herman Misael Katmo von der Menschenrechtsorganisation PBHI ins Auswärtige Amt, um über die Situation in Papua zu informieren.

Der Schwerpunkt Palmöl / Biodiesel wurde im Jahr 2007 vertieft. Höhepunkt war die gemeinsam mit anderen internationalen Partnern durchgeführte Veranstaltung eines Side Events zum UN-Klimagipfel in Bali. Zunehmende Beachtung fand auch die „schleichende Islamisierung“ Indonesiens. Gemeinsam mit Partnerorganisationen wurde eine Besuchs- und Lobbyreise von den Frauenrechtlerinnen Kahirani Arifin und Erni Putri organisiert, um in Deutschland über die Auswirkungen der Scharia in Aceh zu berichten.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Zukunft Indonesiens und Osttimors sieht Watch Indonesia! in der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Vor indonesischen und deutschen Verfassungsrichterinnen, Presse und Öffentlichkeit stellte Petra Stockmann 2007 in Jakarta ihre Studie über das indonesische Verfassungsgericht vor. Der an das deutsche Recht angelehnte Entwurf eines indonesischen Verwaltungsverfahrensgesetzes rief den Verwaltungsexperten Pipit Kartawidjaja auf den Plan, der sich in zahlreichen Eingaben, Vorträgen und Veröffentlichungen darum bemühte, anstatt eines verwaltungsfreundlichen Gesetzes ein bürgerfreundliches Gesetz auf den Weg zu bringen.

Die Arbeit von Watch Indonesia! orientiert sich an diskriminierten und anders benachteiligten Personen und Gruppen. Der Verein arbeitet auch eng mit indonesischen Nichtregierungsorganisationen zusammen.

Mit seinen Aktivitäten bemüht sich Watch Indonesia! darum, aktiv auf die Lebenssituation in Indonesien Einfluss zu nehmen und die Verantwortlichkeit Deutschlands und anderer Industrieländer gegenüber Indonesien bewusst zu machen und zu verstärken.

Verschiedene Publikationen, ein Newsletter sowie die Zeitschrift „Suara – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor“ über politische, ökologische und wirtschaftliche Entwicklungen der beiden Länder werden von Watch Indonesia! sowohl für Deutschland als auch für Indonesien herausgegeben.

Watch Indonesia! bietet eine informative und umfassende Homepage zu Politik, Wirtschaft, NGO's, Menschenrechtsfragen, Arbeitsrecht, Umweltschutz, Frauen, Adressverzeichnisse zu Indonesien und anderes mehr.

## Watch Indonesia!

Planufer 92

10967 Berlin

Tel / Fax: 030 – 69 81 79 38

E-mail: [watchindonesia@snaflu.de](mailto:watchindonesia@snaflu.de)

[www.watchindonesia.org](http://www.watchindonesia.org)

# Literaturempfehlungen | Asienhaus Essen

- B...**  
**Blechmann-Antweiler, Maria**  
Ohne uns geht es nicht.  
Ein Jahr bei Frauen in Indonesien,  
Münster: Lit-Verlag 2001
- C...**  
**Croissant, Aurel | Martin, Beate**  
| **Kneip, Sascha (Hg.)**  
The Politics of Death:  
Political Violence in Southeast Asia,  
Berlin: Lit Verlag 2006
- E...**  
**Effner, Henning**  
„Trade Union Care Center“:  
DGB und FES unterstützen den Aufbau eines  
gewerkschaftlichen Beratungszentrums in Aceh,  
Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2005
- Ellwein, Warsito (Hrsg.)**  
Demokratisierung in Indonesien.  
Bilanz und Perspektiven,  
Essen: Asienhaus 2003
- F...**  
**Fritsche, Klaus | Schreiner, Klaus (Hrsg.)**  
Nach den Wellen der Zerstörung. Wiederaufbau  
und Autonomie. Aceh nach dem Tsunami,  
Essen: Asienhaus 2005
- G...**  
**Gäbler, Heike (Hrsg.)**  
Indonesien in Berlin,  
Berlin: Der Beauftragte des Senats  
für Integration und Migration 2003
- H...**  
**Hadiwinata, Bob S. | Schuck, Christoph (Hrsg.)**  
Democracy in Indonesia.  
The Challenge of Consolidation,  
Baden-Baden: Nomos 2007
- Hermann, Johannes**  
Regionale Konflikte in Indonesien,  
Hamburg: Abera 2002
- Herrmann, Johannes**  
Unter dem Schatten von Garudas Schwingen –  
Chancen und Probleme nationaler Integration  
in Indonesien,  
Wettenberg: Johannes Hermann J&J Verlag 2005
- Hilger-Hesse, Irene (Hrsg.)**  
Perlen im Reisfeld. 39 Erzählungen aus Indonesien,  
Tübingen: Erdmann 1971
- Husa, Karl | Jordan, Rolf**  
| **Wohlschlägl, Helmut (Hrsg.)**  
Ost- und Südostasien zwischen Wohlfahrtsstaat  
und Eigeninitiative. Aktuelle Entwicklungstendenzen  
von Armut, Alterung und sozialer Unsicherheit,  
Wien: Abhandlungen zur Geographie und Regional-  
forschung, Band 10, Institut für Geographie und  
Regionalforschung der Universität Wien 2007
- J...**  
**Jordan, Rolf (Hrsg.)**  
Soziale Sicherheit und  
Demokratisierung in Indonesien,  
Essen: Asienhaus 2005
- K...**  
**Kayam, Umar**  
Ein Hauch von Macht,  
Roman, Unkel: Horlemann-Verlag 1998
- Keller, Anett**  
Pressefreiheit in Indonesien, in:  
**Ritter, Martin (Hrsg.)**  
Medien und Transformation in Südostasien,  
TKG-Schriftenreihe, Band 2, 2007
- L...**  
**Loose, Renate | Loose, Stefan | Mlyneck, Werner:**  
Indonesien,  
Köln: DuMont 2004
- Lubis, Mochtar**  
Straße ohne Ende,  
Roman, Unkel: Horlemann-Verlag 1996
- M...**  
**Mangunwijaya, Y. B.**  
Die Webervögel,  
Roman, Unkel: Horlemann-Verlag 1993
- Multatuli**  
Max Havelaar oder die Kaffeeversteigerung  
der Niederländischen Handelsgesellschaft,  
Berlin: Aufbau-Verlag 1948
- S...**  
**Schlicher, Monika**  
Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit.  
Die Arbeit der Empfangs-, Wahrheits-  
und Versöhnungskommission,  
Aachen: Missio 2005
- Schmitz, Manuel**  
Ethnische Konflikte in Indonesien und  
die Integrationspolitik Suhartos,  
Hamburg: Institut für Asienkunde Hamburg 2003
- Schulze, Kirsten E.**  
Mission not so impossible: the Aceh Monitoring  
Mission and lessons learned for the EU,  
Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung,  
Internat. Policy Analysis 2007
- Schwarz, Adam**  
A nation in waiting – Indonesia's Search for Stability,  
St. Leonards, N.S.W. Allen&Unwin 1999
- Schwarz, Adam**  
Indonesia: The 2004 Elections and Beyond,  
Singapore: Institute of Southeast Asian Studies 2004
- Siebert, Rüdiger**  
5 mal Indonesien. Annäherung an einen Archipel,  
München: Piper Verlag 1988
- S...**  
**Siebert, Rüdiger**  
Indonesien. Inselreich in Turbulenzen,  
Unkel/Rhein: Horlemann Verlag 1998
- Siebert, Rüdiger**  
Deutsche Spuren in Indonesien.  
Zehn Lebensläufe in bewegten Zeiten,  
Unkel/Rhein: Horlemann Verlag 2002
- Simanjuntak, Lena | Blazy, Helga**  
Töchter Matahari's.  
Geschichten von und über Frauen aus Surabaya,  
Köln: Deutsch-Indonesische Gesellschaft 2004
- Spitzing, Günter**  
Die Schattenwelt Indonesiens. Wayang als Weg zum  
Verständnis der Menschen auf Bali, Java und Lombok,  
Hamburg: Asu Poleng-Verlag 2002
- T...**  
**Thoma, Gert W. | Köhler, Anja**  
Vom Kampf um ein wenig Sicherheit:  
die Rechte indonesischer Arbeiterinnen drohen zu  
Gunsten des Investitionsklimas geopfert zu werden,  
Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2006
- U...**  
**Utami, Ayu**  
Saman,  
Unkel: Horlemann-Verlag 2007
- V...**  
**Vickers, Adrian**  
A history of modern Indonesia,  
Cambridge University Press, 2005
- W...**  
**Wick, Ingeborg**  
Das Kreuz mit dem Faden.  
Indonesierinnen nähern für deutsche Modemultis,  
Siegburg: SÜDWIND-Texte 11/2000
- Wick, Ingeborg**  
All die Textilschnäppchen – nur recht und billig?  
Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China  
und Indonesien,  
Siegburg: SÜDWIND Institut für Ökonomie und  
Ökumene 2007
- Wiedemann, Charlotte**  
Die Hütte der kleinen Sätze.  
Politische Reportagen aus Südostasien,  
Berlin: Edition Freitag 2004
- Z...**  
**Zimmermann, Gerd R.**  
Indonesien. Eine geographische Landeskunde,  
Nackenheim a. Rhein: Edition Matahan 2003
- Das Asienhaus in Essen koordiniert seit 1992 die  
Aktivitäten des Korea-Verbandes, des Philippinenbüros,  
des Südostasienbüros, der Südostasien-Informationss-  
stelle und der Tibet Initiative Deutschland.**

# Anett Keller | **Wichtige Links** zu Indonesien

## Arbeitsrecht | Sozialstandards | Gewerkschaften

International Labour Organisation (ILO) Indonesia Office .....	<a href="http://www.ilo.org/public/english/region/asro/jakarta/">www.ilo.org/public/english/region/asro/jakarta/</a>
Indonesien-Seite von Labournet .....	<a href="http://www.labournet.de/internationales/indonesien/index.html">www.labournet.de/internationales/indonesien/index.html</a>
Indonesien-Seite von Labour-Start .....	<a href="http://www.labourstart.org/cgi-bin/show_news.pl?country=Indonesia">www.labourstart.org/cgi-bin/show_news.pl?country=Indonesia</a>
Internationaler Gewerkschaftsbund .....	<a href="http://www.ituc-csi.org/">www.ituc-csi.org/</a>
Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks .....	<a href="http://www.nord-sued-netz.de/">www.nord-sued-netz.de/</a>
SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene .....	<a href="http://www.suedwind-institut.de/">www.suedwind-institut.de/</a>

## Botschaften

Botschaft der Republik Indonesien in Berlin .....	<a href="http://www.indonesian-embassy.de/">www.indonesian-embassy.de/</a>
Deutsche Botschaft Jakarta .....	<a href="http://www.jakarta.diplo.de/Vertretung/jakarta/de/Startseite.html">www.jakarta.diplo.de/Vertretung/jakarta/de/Startseite.html</a>

## Nichtregierungsorganisationen

Action in Solidarity with Asia and the Pacific (ASAP) .....	<a href="http://www.asia-pacific-action.org/">www.asia-pacific-action.org/</a>
Asienhaus Essen .....	<a href="http://www.asienhaus.de/">www.asienhaus.de/</a>
Deutsch-Indonesische-Gesellschaft .....	<a href="http://www.adtractive.de/dig/">www.adtractive.de/dig/</a>
International NGO-Forum on Indonesian Development (INFID) .....	<a href="http://www.infid.org/newinfid/index.php?lang=EN">www.infid.org/newinfid/index.php?lang=EN</a>
Kommission für die Verschwundenen und die Opfer von Gewalt (KONTRAS) .....	<a href="http://www.desaparecidos.org/kontras">www.desaparecidos.org/kontras</a>
TAPOL, Menschenrechtsorganisation mit Sitz in London .....	<a href="http://tapol.gn.apc.org/">http://tapol.gn.apc.org/</a>
WALHI, Indonesiens größtes Umwelt-Netzwerk .....	<a href="http://www.eng.walhi.or.id/">www.eng.walhi.or.id/</a>
Watch Indonesia! – Arbeitsgruppe für Demokratie, Menschenrechte und Umweltschutz in Indonesien und Osttimor .....	<a href="http://home.snafu.de/watchin/">http://home.snafu.de/watchin/</a>
Westpapua-Netzwerk .....	<a href="http://www.west-papua-netz.de/">www.west-papua-netz.de/</a>

## Entwicklungszusammenarbeit

Friedrich-Ebert-Stiftung Indonesien .....	<a href="http://www.fes.or.id">www.fes.or.id</a>
Friedrich-Naumann-Stiftung Asien .....	<a href="http://www.fnfasia.org/">www.fnfasia.org/</a>
Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) .....	<a href="http://www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/608.htm">www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/608.htm</a>
Hanns-Seidel-Stiftung Indonesien .....	<a href="http://www.hsfindo.org/">www.hsfindo.org/</a>
Konrad-Adenauer-Stiftung Indonesien .....	<a href="http://www.kas.de/proj/home/home/64/1/index.html">www.kas.de/proj/home/home/64/1/index.html</a>
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) .....	<a href="http://www.kfw-entwicklungsbank.de/EN_Home/LocalPresence/Asia49/Indonesia59/index.jsp">www.kfw-entwicklungsbank.de/EN_Home/LocalPresence/Asia49/Indonesia59/index.jsp</a>
UNDP Indonesien .....	<a href="http://www.undp.or.id/">www.undp.or.id/</a>

## Medien

Deutsche Welle Radio, Indonesisches Programm .....	<a href="http://www.dw-world.de/dw/0,2142,631,00.html">www.dw-world.de/dw/0,2142,631,00.html</a>
Inside Indonesia – Onlinemagazin zu Indonesien .....	<a href="http://www.insideindonesia.org/">www.insideindonesia.org/</a>
Tempo – Indonesiens größtes Nachrichtenmagazin .....	<a href="http://www.tempointeraktif.com/">www.tempointeraktif.com/</a>
The Jakarta Post – Englischsprachige Tageszeitung .....	<a href="http://www.thejakartapost.com">www.thejakartapost.com</a>

## Osttimor

Deutsche Osttimor-Gesellschaft (DTOG) .....	<a href="http://www.osttimor.de/">www.osttimor.de/</a>
East Timor Action Network (ETAN) .....	<a href="http://etan.org/">http://etan.org/</a>
Judicial System Monitoring Programme (JSMP) .....	<a href="http://www.jsmp.minihub.org/">www.jsmp.minihub.org/</a>
Timor-Leste Institute for Reconstruction Monitoring and Analysis .....	<a href="http://www.laohamutuk.org/">www.laohamutuk.org/</a>

## Wissenschaft | Kultur

Deutsche Gesellschaft für Asienkunde .....	<a href="http://www.asienkunde.de/">www.asienkunde.de/</a>
European Alliance für Asian Studies .....	<a href="http://www.asia-alliance.org/">www.asia-alliance.org/</a>
European Institute for Asian Studies (EIAS) .....	<a href="http://www.eias.org/">www.eias.org/</a>
GIGA Institut für Asien Studien (IAS) .....	<a href="http://www.giga-hamburg.de/index.php?file=ias.html&amp;folder=ias">www.giga-hamburg.de/index.php?file=ias.html&amp;folder=ias</a>
Goethe Institut Jakarta .....	<a href="http://www.goethe.de/ins/id/jak/deindex.htm">www.goethe.de/ins/id/jak/deindex.htm</a>
Horlemann-Verlag .....	<a href="http://www.horlemann.info/joomla/">www.horlemann.info/joomla/</a>
Indonesia Research Unit, Fakultät für Politikwissenschaften, Justus-Liebig-Universität Giessen .....	<a href="http://www.indonesia-research-unit.com/">www.indonesia-research-unit.com/</a>
Institut für Südostasienstudien an der Universität Passau .....	<a href="http://www.iseap.de/">www.iseap.de/</a>
International Institute for Asian Studies der Universität Leiden .....	<a href="http://www.iias.nl/">www.iias.nl/</a>
Malaiiologischer Apparat am Orientalischen Seminar der Universität zu Köln .....	<a href="http://www.uni-koeln.de/phil-fak/orient/indo/">www.uni-koeln.de/phil-fak/orient/indo/</a>
Seminar für Südostasienstudien an der Humboldt Universität zu Berlin .....	<a href="http://www2.hu-berlin.de/asaf/soa/">www2.hu-berlin.de/asaf/soa/</a>



Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich  
Verantwortlich: Nina Berg  
Redaktion: Anett Keller, Andreas Merx  
Textkorrektur: Sibel Kara  
Layout: Meike Range  
Druck: VVA Düsseldorf

DGB Bildungswerk e.V. | Nord Süd Netz  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Tel.: 02 11/43 01 384  
Fax: 02 11/43 01 500  
E-mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de  
Internet: www.nord-sued-netz.de

Fotos von fotolia und iStockphoto, sofern nicht anders betitelt. © Titelbild: Christoph Czarski

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt.

Dezember 2007

